PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 27. Juli 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

29. Juli 1976 Jg. 4 Nr. 30 50 Pfennig

Interview mit Rechtsanwalt Dr. Heldmann

Verbot der Verteidigung in politischen Prozessen

Nach der erneuten Verhaftung von Rechtsanwalt Croissant hat das Landgericht Stuttgart ihm nun auch den Verteidiger entzogen. Rechtsanwalt Heldmann wurde von der Verteidigung Croissants ausgeschlossen, mit der Begründung, daß er schon im RAF-Prozess verteidige und nach dem neuen Gesetz eine Mehrfachverteidigung in der selben Strafsache ausgeschlossen sei. Damit wird der Fall Croissant von der Justiz von vorneherein zur gleichen Strafsache erklärt wie der RAF-Prozess selbst, in dem Croissant Verteidiger war. Die bürgerliche Klassenjustiz versucht die Verteidigung in politischen Prozessen systematisch zu verhindern, indem sie sie als Verbrechen der Mittäterschaft selbst unter Strafverfolgung stellt. Die KVZ-Redaktion hatte Gelegenheit zu einem Gespräch mit Rechtsanwalt Heldmann, das wir im folgenden wiedergeben.

Von Anfang an ging die Unterdrückung der Verteidigerrechte der Angeklagten in den RAF-Prozessen Hand in Hand mit gesetzlichen Maßnahmen, in politischen Prozessen generell die Rechte der Angeklagten und ihrer Verteidigung aufzuheben. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die neuerliche Verhaftung von Rechtsanwalt Croissant?

Die neuerliche Verhaftung von Rechtsanwalt Croissant nimmt offenbar neue Gesetzgebung zur Unterdrückung politischer Verteidigung vorweg: nämlich als neuen Haftgrund den Verdacht einer Straftat nach § 129 Strafgesetzbuch (krimineller Vereinigung).

Die derzeit verhandelten großen Prozesse – Stammheim, Kaiserslautern, Hamburg, Düsseldorf – gehen ihrem Ende entgegen. Bundesanwaltschaft, Bundesregierung und eine hörige Presse hatten jene durch Sondergesetzgebung vorbereiten lassen: durch Änderung der Strafprozeßordnung zum 1. Januar 1975. Mit dem Ergebnis, unter anderem: In Stammheim, Kaiserslautern, Hamburg finden die Prozesse ohne Angeklagte statt. In Kaiserslautern und Hamburg finden sie auch ohne Verteidiger statt, die durch das Vertrauen der Angeklagten legitimiert wären. In Stammheim sind von 14 Vertrauensverteidigern noch zwei übrig geblieben. Gegen alle aber hat die Bundesanwaltschaft Ehrengerichtsverfahren einleiten lassen, welche unverhüllt auf die Vernichtung der beruflichen Existenz zielen.

In Düsseldorf wird voraussehbar die Verteidigung durch Anwälte des Vertrauens der Angeklagten mit Croissants Verhaftung zu Ende sein.

Croissants Verhaftung und die am selben Tag dem Landgericht Stuttgart vorgelegte Anklage gegen ihn machen eine weitere Dimension deutlich: die Kriminalisierung der Verteidigung in politischen Strafverfahren.

Weitere Gesetze gegen die Verteidigungsrechte von Angeklagten hat der Bundestag bereits verabschiedet: erweiterte Handhabe für die Justiz, Verteidiger aus dem Prozeß und darüberhinaus von der Berufsausübung auszuschließen, den Verkehr zwischen Angeklagten und Verteidigern zu überwachen.

Und wiederum weitergehende Einschränkungen, die in ihrem Ergebnis das Ende der freien Verteidigung bedeuten, werden bereits angestrebt. Das tut der Generalbundesanwalt selbst und ganz direkt: die Überwachung von Schriftwechsel und Gesprächen zwischen Verteidiger und Mandant „ohne weitere Voraussetzung"; „Prozeßsabotage" als Ausschließungsgrund für Verteidiger; sitzungspolizeiliche Maßnahmen des Gerichts gegen Verteidiger. „Das heißt, wenn der Verteidiger befürchten muß, wenn er sich unflätig benimmt, daß der Vorsitzende sagt: ‚Herr Wachtmeister, drei Tage Bau', kann das doch wirken." So schreibt es das SPD-Organ „Vorwärts" am 14. Juni.

Staatsanwälte und Richter sollen danach also unkontrollierte und unkontrollierbare Macht erhalten, sich jederzeit eines unbequemen Verteidigers entledigen zu können.

In der Hauptverhandlung am 22. Juli in Stammheim hat Richter Prinzing ungeniert und folgenlos die Verteidigung durch die Vertrauensanwälte als Störung des Verfahrens denunzieren dürfen.

Selbst die bürgerliche Presse schreibt, daß der Zeuge Müller, der selbst auch Angeklagter ist, gekauft und zum Instrument der Staatsanwaltschaft gemacht wurde. Wie ist die Justiz mit dem Zeugen Müller vorgegangen?

Die Justiz hat den Zeugen Müller eingekauft. So darf er seit Jahr und Tag aus seiner Zelle heraus Handel treiben: Er verkauft RAF-Interna an Zeitschriften. Und nicht nur an Zeitschriften. Nachdem im März 1976 die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Müller wegen Ermordung des Hamburger Polizisten Norbert Schmidt hatte fallen lassen, ist Müller vom Mordvorwurf freigesprochen worden. Kaum war dieser Freispruch rechtskräftig geworden, hat Müller sich bedankt: Im April und Mai 1976 hat er ausgiebig das ausgesagt, was für eine Verurteilung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim noch wünschenswert erschien. Daß er dann als Zeuge in Stammheim kreuz und quer gelogen hat, wird erfahrungsgemäß die Justiz nicht stören. „Kronzeugen"; die es nach unserem Recht gar nicht gibt, dürfen auch ungestraft vor Gericht lügen.

Übrigens: Das Kronzeugengesetz – also Straffreiheit für den Mittäter, wenn er denunziert – war ja auch angestrebt. Aber Generalbundesanwalt Buback, der meisterliche Gestalter unserer neuen Rechtslandschaft, hat dem „Spiegel" im Februar 1976 verraten: Der Kronzeuge sei unnötig. Und: „Der Staatsschutz lebt davon, daß er von

Fortsetzung Seite 2



Die offizielle Delegation der ZANU, die auf Einladung des ZK des KBW gegenwärtig die Bundesrepublik besucht, spricht zu einer Versammlung in Heidelberg. Sie wird von Rex Chiwara, Vertreter der ZANU in Europa, und A.U. Chidoda, Vertreter der ZANU in Kanada, gebildet. E.K. Tekere, der die Delegation von seiten der ZANU leiten soll, befindet sich gegenwärtig noch in Mozambique. Er wird die Leitung der Delegation übernehmen, sobald er nach Erledigung überraschender und unaufschiebbarer Aufgaben in Mozambique nach Westdeutschland kommen kann. Die Delegation der ZANU wurde vom Sekretär des ZK des KBW willkommen geheißen. Auf der Versammlung in Heidelberg sprach Rex Chiwara vor 850 Teilnehmern. Rex Chiwara berichtete aus den Ausbildungslagern der ZANU, die er vor kurzem besucht hat. Er berichtete über den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, seine Schwierigkeiten und seine Fortschritte. „Ein Volkskrieg kann niemals besiegt werden", diese Tatsache belegte er mit vielen Beispielen. Am folgenden Tag wandte sich die Delegation der ZANU in Darmstadt an eine Versammlung von 250 Teilnehmern. Versammlungen in weiteren Städten folgen.

Ununterbrochene Schläge gegen den Imperialismus im südlichen Afrika

In Zimbabwe nimmt der Befreiungskampf einen mächtigen Aufschwung. Das Siedlerregime mußte zugeben, daß die Zimbabwe-Befreiungsarmee ihre Operationen ausdehnen konnte auf das Gebiet entlang der Grenze zu Botswana und Sambia. Und selbst in Salisbury, der Hauptstadt der 275 000 Siedler, können die Befreiungskämpfer Aktionen durchführen, wie sie das letzte Woche bewiesen haben.

Das rassistische Smith-Regime mußte in der letzten Woche verfügen, daß die Zufahrt zu den Viktoria-Fällen, insbesondere die Fernstraße von dort nach Südafrika, bei Nacht nicht mehr befahren werden darf. Der letzte Abschnitt dieser Straße, die 320 Kilometer zwischen der Siedlerstadt Bulawayo und der Grenze, ist überhaupt nur noch in einem Militärkonvoi befahrbar. Nur die Armeefahrzeuge kommen durch dieses Gebiet.

Die Befreiungsarmee des Volkes von Zimbabwe hat allein in den letzten zwei Wochen über 50 weiße Siedler ausgeschaltet. Bei einer Aktion im Osten des Landes gegen eine Farm und eine Pflanzung wurden 19 feindliche Soldaten außer Gefecht gesetzt, ihr Kriegsmaterial wurde zerstört. Insgesamt ist die Zahl der getöteten weißen Kolonialisten seit Januar dieses Jahres auf 517 gestiegen.

Das rhodesische Siedlerregime versucht mit Aufrüstung und einer Verstärkung seines Vernichtungskrieges gegen das 6,5 Millionen Menschen zählende Volk von Zimbabwe auf die Schläge zu reagieren, die ihm die Befreiungsarmee versetzt. Aber ihm fehlen die Soldaten. Die Rekruten, die es aus der Siedlerbevölkerung ziehen möchte, laufen ihm davon. Sie setzen sich ab, über Südafrika nach London, wo sie von einer Organisation in Empfang genommen und mit Papieren und Arbeit versorgt werden. Die Senkung der Meldepflicht zum Militärdienst von 17 auf 16 Jahre sowie die Kontrolle von Aus- und Einreise der Jugendlichen wird dem Siedlerregime nichts nutzen, dieser Zersetzung – denn es ist Zersetzung, wenn den Siedlern ihr eigener Nachwuchs davonläuft – entgegenzuwirken.

Smith läßt jetzt seine Armee mit ausländischen Söldnern verstärkt auffüllen. Wie die Londoner BBC in einer Sendung enthüllte, hat das Smith-Regime in den USA und in den EG-Staaten ein Netz von Agenten errichtet, die Söldner anwerben. Für die BRD ist das immer noch Thelen, ein früherer Bundeswehrfeldwebel, der bereits als Söldnerwerber bekannt ist und deswegen nach Enthüllung seiner Tätigkeit durch die Zimbabwe-Solidaritätsbe-

Fortsetzung Seite 2

Ein paar Millionen sind den Konzernen zu wenig

Das neue „Ausbildungsplatzförderungsgesetz" ist Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen Kapitalistenverband und der CDU/CSU auf der einen und SPD/FDP-Regierung und Parteien sowie den Gewerkschaften auf der anderen Seite. „Breitseiten der Arbeitgeber gegen Bonns Lehrlingsgesetz", so lautet die Überschrift eines Artikels in der Kapitalistenzeitung „Handelsblatt", der gegen das Gesetz Stellung bezieht. Die CDU/CSU droht mittlerweile mit Verfassungsklage, falls das Gesetz in Kraft treten sollte.

Zehntausende von Jugendlichen hatten im letzten Jahr gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit demonstriert. Das Vertrauen in die bürgerlichen Politiker schwindet und der Gedanke nach Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft faßt mehr und mehr Fuß. Die bürgerlichen Parteien setzen jetzt vor der Wahl alles daran, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. So ist die Auseinandersetzung um das Gesetz entsprechend heftig. Jede der Parteien und Verbände gibt vor, für die Interessen der Jugend zu streiten.

Daß dem keineswegs so ist, wird deutlich, wenn man schaut, worum der Streit geht. Ums Geld, um die Finanzierungsregelung, die dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz zugrunde liegt. Sie beinhaltet eine Umlage für alle Kapitalisten ab 20 Beschäftigten. In der KVZ Nr. 22, S. 9 haben wir über die Höhe der Umlage berichtet und nachgewiesen, daß sie den Großkonzernen zugutekommt, sofern sie neue Ausbildungsplätze schaffen. Siemens würde 13 Millionen DM profitieren.

Wenn der Kapitalistenverband dennoch laut gegen das Gesetz Stellung nimmt, sieht man, daß die Kapitalistenklasse insgesamt und die Mehrzahl der Konzerne gar nicht daran denkt, neue Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen. Sie haben Größeres im Sinn als ein paar Millionen Zulage für Ausbildungsplätze. Sie wollen die Jugend direkt der Ausbeutung unterwerfen. Das bringt wesentlich mehr. Das Recht auf Ausbildung soll weiter eingeschränkt werden. Alle Schranken, die die revolutionäre Arbeiterbewegung zum Schutze der arbeitenden Jugend erkämpft hat, will die westdeutsche Bourgeoisie niederreißen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist der Anfang. Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit für Jugendliche sind möglich. Kinderarbeit ist nicht grundsätzlich verboten. Das ist den Kapitalisten noch zu wenig. Über das Berufsbildungsgesetz wollen sie die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr abschaffen. Die Entwicklung der großen Industrie macht es möglich, Arbeitskräfte einzustellen, die nur begrenzte Qualifikation erfordern, deshalb wird von den Kapitalisten die Ausbildungsdauer verkürzt, Stufenausbildung eingeführt oder nur Förderkurse. Sie setzen alles daran, die jugendliche Arbeitskraft frühzeitig in die Produktion zu ziehen, sie ist billig und dient dadurch gleichzeitig als Mittel zur Spaltung unter den Arbeitern. Die schulische Ausbildung wird entsprechend diesem Interesse der herrschenden Klasse ausgerichtet (vergleiche dazu Arbeitsheft 5 zu Kommunismus und Klassenkampf). Beim Ausbildungsförderungsgesetz sollen alle Kapitalisten zahlen, für neue Lehrstellen, an denen die Kapitalisten gar kein Interesse haben. Deshalb das Geschrei. Es sind für sie unnütze Kosten, wo ihnen doch bei frühzeitiger Heranziehung der Jugendlichen in die Produktion riesige Profite winken. Dazu brauchen sie keine Ausbildungsplätze, sondern die Beseitigung des Rechts auf Ausbildung.

Begeisterung für Bourgeoisfestival läßt nach

Die bürgerliche Presse veröffentlicht Umfrageergebnisse, wonach das Interesse an den Olympischen Spielen stark nachgelassen habe. Nur jeder Dritte erkläre sich für „stark interessiert". 1972 seien es noch 77 Prozent gewesen. Die „Bild"-Zeitung teilte mit, nur 34 Prozent der Fernsehzuschauer hätten sich die Eröffnungsfeier der Olympiade in Montreal angesehen. Der Rest sah „Die Meuterei auf der Bounty".

Afrikanische Länder einig über den Boykott der Olympischen Spiele

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat den Entschluß der afrikanischen Staaten, nicht an den Olympischen Spielen teilzunehmen, solange Neuseeland wegen seiner Sportbeziehungen zum südafrikanischen Kolonialistenregime nicht ausgeschlossen ist, eine Erklärung abgegeben. Darin wird die Haltung der afrikanischen Sportler gelobt und die Boykottentscheidung ein politischer Akt genannt, der die Entschlossenheit der afrikanischen Länder widerspiegele, sich von jeder Ausnutzung und Demütigung der Afrikaner freizumachen. „Das freie und sich weiter befreiende Afrika ist nicht gewillt, den eitlen Ruhm einiger Medaillen oder den flüchtigen Nimbus einiger sportlicher Spitzenleistungen dagegen einzutauschen, seinen Anspruch auf Würde, Freiheit und Gerechtigkeit durchzusetzen, der eben von den rassistischen Machthabern des Apartheidsystems im südlichen Afrika und anderswo mit Füßen getreten wird", heißt es in der Erklärung. Dem Boykott hatten sich bis auf Senegal und Elfenbeinküste alle afrikanischen Staaten angeschlossen. – (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Juli)

des Apartheidsystems im südlichen Afrika und anderswo mit Füßen getreten wird", heißt es in der Erklärung. Dem Boykott hatten sich bis auf Senegal und Elfenbeinküste alle afrikanischen Staaten angeschlossen. – (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Juli)

Rassistenregime in Südafrika aus Leichtathletikverband ausgeschlossen

Der Präsident des Deutschen Sportbundes und ehemalige Polizeiminister von Nordrhein-Westfalen Weyer erklärte auf den Boykottbeschluß der afrikanischen Staaten, auch die Bundesrepublik unterhalte Sportbeziehungen zum Rassistenregime in Südafrika. Die USA kündigten an, ihre Nationalmannschaft der Turner werde noch vor Abschluß der Olympischen Spiele zu Wettkämpfen nach Südafrika fliegen. „Südafrika ist anerkanntes Mitglied des internationalen Verbandes, also ist der Besuch kein Regelbruch", erklärten die USA namens der imperialistischen Mächte, die diese Regeln diskutiert haben. – Selbst in diesen vom Imperialismus aufgebauten Verbänden könnte es aber bald schon ein „Regelbruch" sein. Am 22. Juli wurde Südafrika in Montreal mit 227 gegen 145 Stimmen aus dem Internationalen Amateurleichtathletikverband ausgeschlossen.

Feindselige Haltung der Sowjetunion gegenüber dem chinesischen Volk

Zu der Erklärung des sowjetischen Delegationsleiters, bei den 21. Olympischen Spielen in Moskau würde niemand ausgeschlossen, die sich direkt bezog auf den Ausschluß des Marionettenregimes auf Taiwan von den Spielen in Montreal, erklärte die chinesische Presse: „Diese niederträchtige Handlungsweise der Sowjetrevisionisten, ganz offen die Tschiang-Bande unter ihre Fittiche zu nehmen und ihr zu schmeicheln, ist ein weiterer schlagender Beweis für ihre feindliche Haltung gegenüber dem chinesischen Volk und für ihre trüben Gedanken zur Schaffung von zwei China." (Radio Peking)

Sofortige Aufnahme der VR China!

Die sofortige Aufnahme der Volksrepublik China in das Internationale Olympische Komitee und alle internationalen Sportverbände und gleichzeitigen Ausschluß Taiwans, das eine besetzte Provinz Chinas ist, hat in einer Presseerklärung der Bundesvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) gefordert. Der Bundesvorstand der GDCF hat sich an das Internationale sowie an das Nationale Olympische Komitee der BRD gewandt mit der Aufforderung, „sich dafür einzusetzen, daß der rechtmäßige Status der Volksrepublik China in allen internationalen Sportorganisationen und im IOC hergestellt wird".

Verbot der Verteidigung in politischen Prozessen

Fortsetzung

Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute, die sich dafür engagieren, wie Herold (Leiter des Bundeskriminalamts) und ich, die finden immer einen Weg."

Die Aussagen des Zeugen Müller wurden von der Bundesanwaltschaft und vom Gericht insbesondere benutzt, um die Verteidigertätigkeit selbst als Fortsetzung der politischen Tätigkeit der Angeklagten strafrechtlich anzuklagen und zu verfolgen. Sie haben schon in vielen politischen Prozessen verteidigt. Wie beurteilen Sie die dadurch geschaffene Lage?

Ausgiebig und auch ungefragt hat als Zeuge in Stammheim Müller seine Geschichten verbreitet über die angebliche Konspiration der Verteidiger. So ungefähr zwanzig von ihnen hat er bei den Namen genannt. Sie sollen die RAF am Leben erhalten, auch neu aufgebaut, den Stockholmer Anschlag vorbereitet haben. Die Kriminalisierung der Anwälte war wohl der Schwerpunkt im Konzept der Staatsanwaltschaft, den Kleinhändler Müller zum Helfer in ihren Rechtssachen aufzublasen. Damit zugleich hat die Bundesanwaltschaft weitere Programmvorschau geliefert: zum Abschluß der gegenwärtigen Verfahren die Eröffnung der neuen Prozeßwelle – die Verteidiger von heute: die Angeklagten von morgen. Diese Methode zum System erhoben kenne ich bisher nur aus dem der Bundesrepublik nah befreundeten Kaiserreich Iran, dort allerdings wohl zurückhaltender angewendet als jetzt bei uns.

Dabei tut die Bundesanwaltschaft so, als hätten die Baader-Meinhof-Gesetze vom 1. Januar 1975 schon in den Jahren 1972 bis 1974 gegolten. Die Beschuldigung nämlich, diese Anwälte hätten von 1972 bis 1974 die Kommunikation zwischen den isoliert gefangenen RAF-Angehörigen aufrechterhalten, ist abstrus: völlig legal, häufig gerade durch Gerichte dazu bestellt, haben diese Verteidiger bis zum 31. Dezember 1974 jeweils eine Mehrzahl der Gefangenen aus der RAF verteidigt. Das Verbot der Mehrfachverteidigung, mehr als einen Beschuldigten in demselben Strafverfahren zu verteidigen, ist erst am 1. Januar 1975 in Kraft getreten. Die Gefangenen aus der RAF sahen sich zudem gemeinsamer Anschuldigung und der Blockanklage gegenüber: also anstelle individueller Tatvorwürfe dem Vorwurf der Gesamtverantwortung für alle Taten. Der Blockanklage konnte sachgemäß nur die Blockverteidigung entgegengesetzt werden. Das setzt selbstverständlich die Kommunikation zwischen den Beschuldigten und zwischen ihnen und allen ihren Verteidigern voraus. Wie anders sollte man diese Verteidigung vorbereiten können?

Nach unserer Auffassung ist das Vorgehen der Justiz nicht nur durch aktuelle Beweisnot bestimmt. Vielmehr folgt sie dem Interesse der Bourgeoisie, mit allen Mitteln zu verhindern, daß sie selbst in den politischen Prozessen in die ihr gebührende Rolle des Angeklagten gerät und die Prozesse als politische Tribüne genutzt werden. Wie ist Ihre Meinung als Verteidiger in politischen Prozessen dazu?

Das Vorgehen der Justiz, insbesondere z.B. die nahezu totalen Möglichkeiten für die Ausschließung von Angeklagten aus ihrem Prozeß – etwa: man sperre sie lange genug in Isolierhaft, um sie anschließend wegen Verhandlungsunfähigkeit aus der Hauptverhandlung auszuschließen – und die beliebige Entfernung der Verteidiger aus der Hauptverhandlung – Gefängnis, Arrestzelle, Berufsverbot – zielen genau dort hin, jegliche politische Erklärung für kriminalisiertes Handeln aus den Prozessen fernzuhalten. Noch war das in Stammheim nicht ganz gelungen. Ein wenig und stark filtriert ist in die Öffentlichkeit gedrungen, *daß* eine Kausalbeziehung besteht zwischen dem US-Völkermord in Indochina und der Sprengung für die US-Aggression genutzter militärischer Einrichtungen der USA auf dem Boden der BRD. Justiz soll künftig dafür sorgen, daß dieser Teil der Wahrheitsermittlung aus den Prozessen verschwindet. Dann wird Aufklärung vor Gericht nicht mehr stattfinden. Dann wird Justiz nur noch als Aburteilungsmaschine funktionieren.

Ununterbrochene Schläge gegen den Imperialismus im südlichen Afrika

Fortsetzung

Ununterbrochene Schläge gegen den Imperialismus im südlichen Afrika

Fortsetzung

wegung vor einem Jahr von einem Münchner Gericht zu 3000 DM Geldstrafe auf Bewährung verurteilt werden mußte.

Die Verbrechen der Söldner

Die Fernsehsendung enthüllte die Tätigkeit der Söldner des rhodesischen Siedlerregimes. Diese Tätigkeit zeigt auch der folgende Bericht. McCarthy, ein ehemaliger Söldner des rhodesischen Siedlerregimes, berichtet von einem Massaker an der Bevölkerung eines Dorfes in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1975: Die Söldner hatten ein Dorf, das aus 17 Hütten bestand und in dem etwa 60 Personen lebten, mit Mörsern und automatischen Waffen überfallen, nachdem sie gesehen hatten, wie fünf Befreiungskämpfer dieses Dorf nach Einbruch der Dunkelheit betreten hatten. Über das, was sich im Anschluß an diesen vernichtenden Feuerüberfall ereignete, berichtet McCarthy:

„Unser Unteroffizier betrat dann das Dorf, er schoß mit seinem Schnellfeuergewehr und warf Handgranaten auf alles, was noch am Leben war. Ich selbst und mein Kumpel erhielten den Befehl, unseren Beobachtungsposten zu verlassen, in das Dorf zu gehen und jeden festzunehmen, der zu entfliehen versuche. Aber da war nichts mehr außer durchlöcherte Körper, viel Blut und Verwundete, die stöhnten und schrieen. Unter den Opfern Frauen und Kinder. Ich habe gesehen, wie ein Soldat ein Baby, das in einem Tuch auf den Rücken seiner Mutter gebunden war, mit Stiefeltritten herausstieß und ihm an der Mauer einer Hütte den Schädel einschlug. Dann wurden die Körper in ein Loch geworfen im Nordwesten des Dorfes, mit Benzin übergossen und angezündet. Die wenigen Überlebenden wurden erschossen." (Afrique Asie)

Dieser Bericht, der noch weitere Beispiele enthält, zeigt, daß das rassistische Siedlerregime dieselben Methoden anwendet wie die US-Imperialisten im Krieg gegen die Völker Indochinas oder der portugiesische Kolonialismus in Mozambique, Guinea Bissau und Angola. Aber die US-Imperialisten wurden von den Völkern Indochinas und die portugiesischen Kolonialisten von den Völkern Afrikas geschlagen. Dem rhodesischen Siedlerregime wird es genauso ergehen.

Namibia: Unter den weißen Siedlern verbreitet sich die Angst

In Namibia verstärken sich die Aktionen der Befreiungsfront SWAPO von Tag zu Tag. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet:

„Die Preise für Gänse und Hunde – bewährte Wachttiere in Südwestafrika – sind in den letzten Monaten in Namibia getiegen; Häuser und Landwirtschaftsbetriebe werden zunehmend billiger. Unter den Weißen des Landes herrscht zwar keineswegs Panikstimmung, aber doch eine gewisse Nervosität. Etliche verkaufen nichttransportierbaren Besitz, ‚nicht um weggehen zu können, sondern lediglich aus Vorsicht'. Etliche eröffnen neue Bankkonten in Südafrika anstatt in Südwestafrika."

Nach den gelungenen Aktionen der Befreiungskämpfer gegen verschiedene Farmen gäbe es bei den Farmbesitzern nur noch ein Thema: die Sicherheit. Sie hätten Selbstverteidigungsgruppen gebildet. Geschäftsleute aus Windhoek hätten einen „Terrorismus-Fonds" gegründet, aus dem Belohnungen ausgezahlt werden an Personen, die von den Befreiungskämpfern geplante Aktionen verraten. All das sind gute Anzeichen dafür, daß es um die Sache der rassistischen Siedler – knapp 100000 – schlecht steht, während es um den gerechten Kampf des Volkes von Namibia gut steht.

Azania: „Wir kämpfen für unsere Brüder und Schwestern, die in Soweto gefallen sind"

Schließlich Azania, das die Rassisten Südafrika nennen. Die blutige Niederschlagung des Aufstandes von Soweto mit Hunderten von Toten durch die Polizei und die Armee des Vorster-Regimes hat das Volk von Azania nicht eingeschüchtert und mutlos gemacht. Es hat seinen Kampf gegen die weißen Herren fortgesetzt.

Auf die am 21.7. verfügte Wiedereröffnung der Schulen reagierten Eltern und Schüler zunächst mit einem Boykott. Die Einführung der Sprache der Rassisten, Afrikaans, als Unterrichtssprache war vor einem Monat der Anlaß der Kämpfe in Soweto. Das Siedlerregime mußte diese Maßnahme rückgängig machen. Jetzt haben die Eltern in Soweto sich zusammengeschlossen, die Wiedereröffnung der Schulen, die Freilassung aller damals festgenommenen Jugendlichen gefordert, die sich immer noch in Haft befinden und denen der Prozeß gemacht werden soll. Weiter forderten sie die Aufhebung des Verbots öffentlicher Vesammlungen, das das Vorster-Regime über das ganze Land verhängt hat.

Daß das Volk von Azania keinesfalls gewillt ist, die Aburteilung von Befreiungskämpfern hinzunehmen, zeigt die folgende Aktion: Am 19.7. sollte im Gerichtshof Kempton Park 11 Afrikanern der Prozeß gemacht werden, weil sie laut Anklage an einer Demonstration in Tanbisa teilgenommen hatten. Die Demonstration richtete sich gegen den Wirt eines Restaurants, der den Schwarzen den Zutritt verweigert hatte. Der Prozeß konnte aber nicht stattfinden, weil am Morgen des 19.7. der Gerichtshof in Flammen aufging.

Eine weitere Aktion wird aus Alice gemeldet, wo die Studenten der Fort-Hare-Universität, an der 1700 Schwarze studieren, einen Untrstützungsfonds für die Bevölkerung in Soweto gründen wollten. Die Studentenvertreter hatten sich versammelt, um einen Beschluß zu fassen, als der Rektor das verbot. Darauf versammelten sich alle Studenten in der Universität, um gegen dieses Verbot zu protestieren. Der Rektor holte die Polizei, die die Universität räumen sollte. Die Studenten führten eine Demonstration durch und schleuderten Brandsätze in das Gebäude. Inzwischen wurde die Universität unbefristet geschlossen.

Zu größeren Aktionen kam es in den Städten Lynnville und Middleburg. In Lynnville demonstrierten 3000 Afrikaner gegen die Rassenunterdrückung. Die Polizei eröffnete das Feuer gegen die Demonstranten. 12 Verwaltungsgebäude, darunter zuerst dasjenige für Bantuangelegenheiten, wurden in Brand gesteckt. In der Nachbarstadt Middleburg führten Studenten eine Demonstration durch. Sie riefen: „Wir kämpfen für unsere Brüder und Schwestern, die in Soweto gestorben sind."

Ein Plan der Imperialisten zur Sicherung ihrer Herrschaft über das südliche Afrika

Ganz genau wie das rhodesische Siedlerregime verschärft auch das südafrikanische die Unterdrückungsmaßnahmen. Zugleich zeigt sich, daß die Lage dieser Statthalter des Imperialismus im südlichen Afrika immer unhaltbarer wird. In allen drei Ländern schließen sich die Völker im Kampf immer fester zusammen und schreiten erfolgreich voran auf dem Weg der Befreiung. In dieser Lage hat der US-Imperialismus den südafrikanischen Rassistenchef zum Rapport bestellt. Unter der Schirmherrschaft des westdeutschen Imperialismus haben die Unterredungen zwischen Kissinger und Vorster im Bayerischen Wald stattgefunden.

Dabei hat die Regierung des US-Imperialismus ihren südafrikanischen Statthalter über einen Plan unterrichtet, wie Zimbabwe der weiteren Ausplünderung und Ausbeutung durch die Imperialisten erhalten bleiben soll.

Britische Truppen sollten in dieser ehemals britischen Kolonie intervenieren, um das Smith-Regime zu stürzen! Man merkt gleich den imperialistischen Braten! Wohl mögen sie Smith zum Rücktritt zwingen, aber die Hauptsache ist die Liquidierung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe, worum es dabei geht. Eindeutig waren deshalb auch die Reaktionen auf diesen Plan. Julius Nyerere, der Staatspräsident von Tansania, erklärte: Er werde nur den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unterstützen, der nicht mehr aufzuhalten sei. Solche Pläne lehne er ab.

Sowjetischer Polizeimajor wegen Betrugs ausgeschlossen

Der sowjetische Fünfkampf-Weltmeister und Olympiasieger Onitschenko von München 1972 wurde wegen Betrugs disqualifiziert. In seinem Degen war ein von Hand zu betätigender Kontakt eingebaut, der bei der Kontrolle der Waffen zunächst nicht aufgefallen war, also ziemlich fachmännisch angebracht gewesen sein muß. Als der Betrug aufgedeckt wurde, rechtfertigte sich Onitschenko damit, der Degen sei ausgeliehen. Die Offiziellen waren bestürzt. Onitschenko ist Generalsekretär der Vereinigung für modernen Fünfkampf in der Sowjetunion, „verdienter Meister des Sports" und im Zivilberuf Polizeimajor in Kiew. Die revisionistische Linie, im Sport nach materiellen Prämien zu streben und Trophäen nachzurennen, ist freilich nicht seine Erfindung, sondern die der Breshnew-Clique. Onitschenko ist das Opfer dieser Linie.

Sowjetunion zieht geschlagene Wasserballmannschaft zurück

Die Sowjetunion weigerte sich zunächst, ihre Wasserballmannschaft, 1972 in München Olympiasieger, nach Verpassen der Endrunde der letzten sechs Mannschaften überhaupt wieder antreten zu lassen im Kampf um die folgenden Plätze. Erst nach einem Spiel, zu dem die Mannschaft nicht angetreten war, war man bereit, sie ihr Pflichtpensum noch erfüllen zu lassen.

Gewaltkur erfolglos

Rolf Milser, Gewichtheber aus der Bundesrepublik und von der Presse vor den Wettkämpfen als einer der Favoriten gefeiert, ist wegen eines Muskelkrampfs ausgeschieden. Der

Gewaltkur erfolglos

Rolf Milser, Gewichtheber aus der Bundesrepublik und von der Presse vor den Wettkämpfen als einer der Favoriten gefeiert, ist wegen eines Muskelkrampfs ausgeschieden. Der

Duisburger, der normalerweise im Mittelschwergewicht startet, mußte in den letzten zehn Tagen 10 Kilo abhungern, um in einer leichteren Gewichtsklasse an den Start gehen zu können. Die Gewaltkur für eine Goldmedaille blieb erfolglos: Salz- und Kalkmangel aufgrund mangelnder Flüssigkeitsaufnahme führten zum Krampf. – Die westdeutsche Presse, die seit Tagen nicht müde wird, sich angesichts der siegreichen rumänischen Turnerin Comaneci über unnatürliches Trainingspensum und Raub an der Kindheit auszulassen, kommentierte den Fall Milser: „Eine einzige Tragödie". (Bild-Zeitung)

Bezahlung für Leichtathleten

Der Internationale Amateurleichtathletikverband hat in Montreal beschlossen, auch bei Leichtathleten die Zahlung von Verdienstausfällen unter Aufsicht der nationalen Verbände zu gestatten. Weiter wurde den Leichtathleten erlaubt, bis zu 45 Arbeitstage im Jahr auf Wettkampfreise zu internationalen Sportfesten zu sein, die Starts in Nationalmannschaften nicht eingeschlossen. Damit sind die Amateurbestimmungen auch offiziell unterhöhlt. Ihren Ursprung hatten sie darin, daß die Reichen beim Sport unter sich bleiben wollten, wie sie das noch heute bei den teuren Amateursportarten wie Reiten, Segeln, Fechten weitgehend sind. Die neuen Bestimmungen tragen der Entwicklung Rechnung, daß in den kapitalistischen Ländern die Bourgeoisie sich nicht selber über Jahre zu Höchstleistungen schindet, sondern sich dazu eigens Lohnabhängige hält, die für sie auftreten müssen und von ihr in den verschiedensten Formen unterhalten werden.

Die Kapitalisten feiern Olympia, die Lohnabhängigen kämpfen um Lohn

350 Fernsehtechniker konnten sich in einem fünftägigen Streik eine Lohnerhöhung von 14 Prozent erkämpfen. Ebenfalls im Streik befanden sich unmittelbar vor Beginn der Olympischen Spiele die Piloten der kanadischen Luftverkehrsgesellschaft. Die Kapitalistenklasse, die die Spiele durchführt in Sportstätten, die von Arbeitern gebaut wurden und aus den Steuern der Lohnabhängigen gezahlt werden, spart am Lohn, wo sie kann und wo sie es mit schlecht organisierten Lohnabhängigen zu tun hat: Den Hostessen würde der vereinbarte Lohn ohne Vorankündigung um mehr als 20 Prozent gekürzt.

An der Olympiade gesundgestoßen haben sich die Baukonzerne. Das olympische Dorf war mit 35 Millionen Dollar veranschlagt. Gekostet hat es 100 Millionen.

Der syrische Expansionismus – ein weiterer Feind der palästinensischen Revolution und der arabischen Sache

Im Verlauf der letzten Wochen haben die reaktionären christlichen Truppen ihre Angriffe auf die libanesischen und palästinensischen Volksmassen fortgesetzt. Die syrischen Truppen im Libanon sind verstärkt worden. Sie halten bald drei Fünftel des Libanon besetzt.

Das Lager Tel-Al-Zaatar wird weiter von den verkommenen Milizen Camille Chamouns belagert. In Stellungnahmen bejubeln die Reaktionäre den Heldenmut ihrer Milizen. Er besteht darin, daß sie ein Lager vollständig eingeschlossen haben und mit mörderischem Beschuß überziehen. Gleichzeitig werden von den christlichen Milizen erneut Angriffe im Gebiet von Metn, östlich von Beirut, eröffnet. Gelingt ihnen hier ein Erfolg, so ist der Weg frei nach Zahle in den Bergen. Diese Stadt ist eine ihrer Hochburgen, gegenwärtig von den fortschrittlichen Truppen belagert.

Syrien hat die Provinz Bekaa (zirka 100 km lang und 15 km breit an der Ostgrenze des Libanon) unter Kontrolle. Deren Hauptstadt Balbek ist eingenommen. Ebenso halten die syrischen Truppen die Nordprovinz Akkar besetzt. Syrische Truppen greifen das Palästinenserlager Nahr-El-Bared in der Nähe von Tripoli an, der Hafen von Tripoli wird mit Kanonen beschossen. Ausgehend von Sofar (zirka 25 km östlich von Beirut) führen die syrischen Truppen eine Einkreisung Beiruts durch. Von Saida aus rücken syrische Truppen nach Norden, von Sofar ausgehend nach Nordwesten in Richtung Jounieh.

Am Mittwoch hat der syrische Präsident Hafis-Al-Assad in einer dreistündigen Rede unverhohlen den syrischen Expansionismus begründet: „Syrien und Libanon haben in ihrer Geschichte sehr lang ein einziges Volk, ein einziges Land gebildet. Wir haben ebenso Brüder auf der einen Seite der Grenze wie auf der anderen.“ Einer seiner Generäle hat in einem Interview mit „Le Monde“ erklärt: „Das, was gegenwärtig in dieser Region geschieht, ist die Revision der Sykes-Picot-Verträge, die während des ersten Weltkriegs durch Paris und London geschlossen wurden, um ihre Einflußsphären in Großsyrien abzugrenzen, das damals ottomanisch war.“ Damals wurde Syrien dem französischen Kolonialismus vermacht, der 1923 das Gebiet Sandschak als autonomes Gebiet einrichtete, 1926 von Syrien Libanon abspaltete. Der General fährt fort: „Was den Sandschak angeht, sehen Sie auf allen offiziellen Karten, daß er als Teil Syriens behandelt wird und nicht als der Türkei. Ziehen Sie daraus Ihre Schlußfolgerungen.“ (Le Monde, 27.7.) Sandschak wurde vor knapp 40 Jahren vom französischen Imperialismus an die Türkei vermacht, um sie für ein Bündnis mit England und Frankreich zu gewinnen. 1926 wurde der Libanon künstlich vom französischen Imperialismus eingerichtet, um Syrien klein zu halten. Bei der territorialen Aufteilung wurde genau darauf geachtet, daß der Libanon von einer christlichen Mehrheit beherrscht wird, als deren Schutzpatron die Imperialisten beständig auftreten können. So hat der Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg verschiedene Spaltpilze gesät, um stets in der Lage zu sein, Verwirrung zu stiften, Unruhe zu schüren, die Völker und die neugeborenen Nationalstaaten gegeneinander ausspielen zu können. Befriedigt bemerkt ein hoher amerikanischer Diplomat: „Weil die Christen sich so gut zu helfen wissen, brauchen wir uns in die Angelegenheit nicht einzumischen, selbst wenn wir es tun wollten.“ (Le Monde, 22.7.)

Die „Angelegenheit“ – das ist für den Imperialisten der Klassenkampf im Libanon, die Widersprüche zwischen den arabischen Staaten, das Vorgehen Syriens gegen das libanesische und palästinensische Volk. Die Rechnung der Zionisten scheint ebenfalls aufzugehen: „Wir sind dabei, einen konfessionellen Krieg zu planen und zu erwarten, der im Libanon stattfinden und die gleiche Wirkung haben soll.“ (Al Sha'ab, 12.4.75) Mit diesen Worten begründete vor mehr als einem Jahr der israelische Premierminister Rabin die kurzfristige Einstellung von zionistischen Überfällen auf den Libanon.

Zionismus und Imperialismus setzen bei ihren Plänen auf die vom Kolonialismus geschaffenen Spaltungslinien. Im syrischen Expansionismus haben sie jetzt ein weiteres Instrument gefunden für die Schwächung des palästinensischen Befreiungskampfes.

Auf Grundlage des bewaffneten Kampfes haben die libanesische nationale Bewegung sowie die PLO erneut politisch die Initiative ergriffen, um den feindlichen Vormarsch zu stoppen und den Krieg zu beenden. Dienstag, den 20. Juli, wurde mit den Vertretern der Phalange-Partei ein Abkommen geschlossen, in dem die Wiederherstellung der Stromversorgung Beiruts sowie die Bildung einer kampffreien Zone festgelegt wurde. In diese kampffreie Zone sollten 1300 Mitglieder der arabischen Friedenstruppe einrücken. Vereinbarungen wurden getroffen über den Zugang des Internationalen Roten Kreuzes zum Lager Tel-Al-Zaatar, um die Verwundeten und Schwerverletzten zu bergen. Dies wurde umso dringlicher, nachdem am Samstag nach schwerem Artilleriebeschuß im Lager ein unterirdischer Stand zusammenbrach und an die 300 Frauen unter sich begraben hat.

All diese Vereinbarungen wurden von den Reaktionären vorsätzlich gebrochen. Camille Chamouns Horden feuerten weiter und verhinderten jede Bergungsmaßnahme: „Unsere Partei hat das Waffenstillstandsabkommen nicht unterzeichnet und wir haben Befehl, die Truppen der arabischen Liga daran zu hindern, hierher zu kommen. Als die arabischen Truppen begannen, vorzurücken, haben wir über ihre Köpfe in die Luft geschossen als Zeichen der Warnung, aber sie haben ihr Vorrücken fortgesetzt. Nach einer Viertelstunde habe ich Befehl gegeben, auf sie zu schießen.“ Der Kommandant der Belagerungstruppen um das Lager erklärt: „Es gibt keine Möglichkeit für einen Waffenstillstand, bevor wir gewinnen.“ Zugleich griffen christliche Verbände den Stadtteil Nabaa an, der von zirka 60000 Moslems bewohnt wird, der im Nordosten Beiruts in der Nähe des Lagers liegt. Gleichzeitig unternahm die PLO in Absprache mit der libanesischen nationalen Bewegung eine politische Initiative gegenüber Syrien. Eine Delegation der PLO unter Führung von Farouk Kaddumi wurde nach Damaskus entsandt. Dort hat sie einen Drei-Punkte-Plan vorgelegt: „Rückzug der syrischen Truppen von bestimmten Positionen, die sie gegenwärtig besetzen; Einrichtung von Kontingenten der arabischen Friedenstruppe auf allen Demarkationslinien, die die beiden Lager trennen; daraufhin Einberufung eines ‚runden Tisches' unter dem Vorsitz von Elias Sarkis, dem gewählten Präsidenten des Libanon, um eine politische Lösung der Krise zu erarbeiten.“ (Le Monde, 25.7.76)

Ungeachtet der Gespräche haben syrische Truppen im Norden Libanons das Palästinenserlager Nahr-El-Bared angegriffen. Die syrische Regierung verlangt von der PLO, daß sie eine direkte Vereinbarung mit den reaktionären christlichen Parteien treffen soll, daß ansonsten die Verhandlungen ausschließlich zwischen den libanesischen Parteien ohne die PLO stattfinden. Dieser Vorschlag beinhaltet, daß die syrischen Truppen im Libanon nicht zurückgezogen werden und zielt auf die Spaltung zwischen der libanesischen nationalen Bewegung und der PLO. Dieser Spaltungsversuch ist auf Sand gebaut, denn im Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion haben das libanesische und palästinensische Volk gemeinsame Interessen. – (hjh)

Das Profitstreben kennt keine Grenzen

Erst Arbeiterimport, dann Kapitalexport

Nach dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte will die Bundesregierung nun ein weiteres Konzept für die Abschiebung ausländischer Arbeiter aus der BRD vorlegen. Das berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 22. Juli. Es soll verbunden sein mit einem Programm zur Förderung des Kapitalexports in die Heimatländer der ausländischen Arbeiter. Zur Finanzierung soll dabei nicht nur die staatliche „Entwicklungshilfe“ benutzt werden, auch die Spargroschen der Ausländer auf deutschen Banken sollen für die imperialistische Expansion herhalten. Die Regierung sagt, das sei auch für die Heimatländer von Vorteil, damit ließe sich die Arbeitslosigkeit dort mildern. Das ist prächtig. Erst hat der Kapitalismus diese Länder mit seinen Waren überschwemmt, Millionen brotlos gemacht und gezwungen, sich außer Landes einen Ausbeuter zu suchen. Jetzt kommen die Imperialisten mit „Entwicklungshilfe“.

Der Kapitalismus hat diese Länder als riesiges Reservoir behandelt, aus dem er Arbeitskräfte ziehen kann. Im Laufe von wenigen Jahren wurden Millionen von ausländischen Arbeitern herumgestoßen, je nach Bedarf in die Fabriken gepreßt, wieder aus der Produktion geworfen zurück in die industrielle Reservearmee, sei es in der BRD oder wieder zurück in ihre Heimatländer.

Nun geht der BRD-Imperialismus mit Riesenschritten zum Kapitalexport über, um aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse in anderen Ländern noch größere Profite zu saugen. Aufgehäuft worden ist das Kapital dafür aus der Ausbeutung des westdeutschen Proletariats und auch der ausländischen Arbeiter, dem Teil des westdeutschen Proletariats, der der Willkür der Kapitalisten fast völlig rechtlos ausgeliefert ist.

„In diesem Zusammenhang“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ weiter, „verweist die Bundesregierung auf die geburtenstarken deutschen Jahrgänge, die in den nächsten Jahren aus der Schule in das Berufsleben drängten.“ Nachdem mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz den jugendlichen Arbeitern Schutzrechte vor schrankenloser Ausbeutung geraubt sind, ist ein großer Teil der ausländischen Arbeiter für die Kapitalisten ersetzbar. Die ausländischen Arbeiter wurden geholt, als der Arbeitsmarkt in Westdeutschland nicht mehr genügend hergab für die Ausweitung der kapitalistischen Produktion. Geholt wurden sie als Preisbrecher für die Ware Arbeitskraft. Es war insbesondere das Bedürfnis des Kapitals nach größeren Massen von Arbeitern im früheren Alter und bei bester Gesundheit, das Millionen in die westdeutschen Fabriken zog. In den Jahren, wo am meisten aus ihnen herauszuholen ist, wollen die Kapitalisten sie hier haben. Die BRD sei „kein Einwanderungsland“, hieß es deshalb von vornherein. Duda, „Arbeitsmarktexperte“ von der Bundesanstalt für Arbeit: „Wir haben uns von der Ware Arbeitskraft ... nur das Beste genommen.“ (Wirtschaftswoche, 9. April 1976) An den Ford-Bändern, schreibt die „Wirtschaftswoche“ weiter, „steht praktisch keiner, der älter als vierzig ist“. Hauptsächlich sind es türkische Arbeiter.

Bis 1966 sind bereits 1,24 Millionen Ausländer in der BRD beschäftigt.

Die Krise von 1967/68 wirft eine halbe Million Lohnabhängige aufs Pflaster. Dabei wird fast eine Viertelmillion ausländischer Arbeiter wieder abgeschoben. 1969 aber sind bereits wieder mehr als 350 000 zusätzliche ausländische Arbeiter an die Bänder geholt. Mit einer Exportoffensive kommen die westdeutschen Imperialisten aus der Krise heraus. Möglich wird sie durch die Verschärfung der Ausbeutung, die unter dem Druck der riesigen industriellen Reservearmee durchgesetzt werden kann. Bis Ende 1973 schwillt die Zahl der ausländischen Arbeiter auf über 2,5 Millionen an.

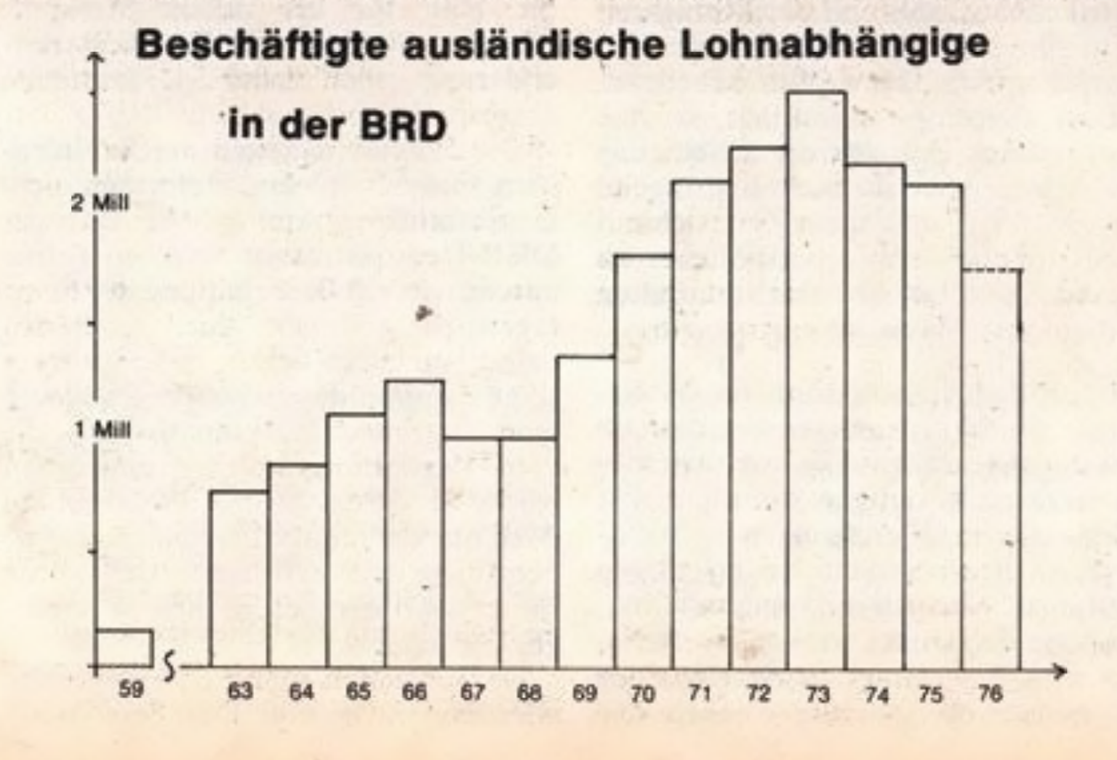
In der Krise ab 1974 wiederholt sich die Abstoßung von Arbeitskräften aus der Produktion in die Reservearmee in noch größerem Umfang. Bis zum Sommer 1976 wird nicht weniger als eine halbe Million der ausländischen Arbeiter wieder aus dem Land gedrängt.

Die Anziehung und Abstoßung von Arbeitskräften ist vollständig von der Bewegung des Kapitals beherrscht. Je mehr die Arbeiter arbeiten, je mehr fremden Reichtum sie produzieren, je mehr Kapital, je mehr die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, um so mehr verringert sich relativ der Bedarf an Arbeitskräften, um so mehr Arbeiter werden „freigesetzt“, „während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt.“ (Karl Marx, Das Kapital Band I, Seite 669)

Die Regierung will jetzt die Abschiebung ausländischer Arbeiter noch beschleunigen. Bereits Ende 1973 erließ sie einen Anwerbestopp. Das Wirtschaftsministerium läßt sich 1974 ein Gutachten über die „Ausländerbeschäftigung“ ausarbeiten. (Siehe Bulletin Nr. 57 vom 10. Mai 1974) Die Gutachter empfehlen eine Beschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Erstens nehme der „Nutzen“ der „Ausländerbeschäftigung“ ab, weil sich staatliche Investitionen für Schulen, Krankenhäuser usw. in einem bestimmten Umfang auf Dauer nicht mehr vermeiden ließen (wie bisher der Fall). Zweitens lasse sich durch weitere Rationalisierung der Bedarf an ausländischen Arbeitern verringern. Vor allem aber könne man diese Arbeiter jetzt in ihren Herkunftsländern brauchen, wenn „durch wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Bundesrepublik private Unternehmen verstärkt zu Investitionen in den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitskräfte angeregt werden“.

Die jetzt angekündigten „Rückführungsrichtlinien“ haben sich diese Empfehlungen offensichtlich zu eigen gemacht. Entsprechende Verhandlungen mit der Türkei und Jugoslawien sind angekündigt. Einen Teil der ausländischen Arbeiter auf den heimatländischen Arbeitsmarkt zurückzustoßen, das drückt noch mehr auf das niedrige Lohnniveau dort, welches den Kapitalexport so verlockend macht. Nebenbei entledigen sich die Kapitalisten dadurch noch der Kosten für Versicherungsleistungen, wenn die kurze Zeit des Arbeitslosengeldbezugs abgelaufen ist.

Um mit der Arbeiterklasse so umspringen zu können, um ihre Kampfkraft durch Spaltung zu schwächen, sind die ausländischen Arbeiter von Anfang an in fast völliger Rechtlosigkeit gehalten worden. Arbeitserlaubnis wird „nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes“ erteilt. (§ 19 des Arbeitsförderungsgesetzes) „Sie ist zu befristen und kann auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden.“ Gegenwärtig wird die Arbeitserlaubnis oft nur noch für jeweils zwei Monate ausgestellt. Im November 1974 erhielten die Arbeitsämter ausdrückliche Weisung, an Ausländer Arbeitsplätze nur noch zu vermitteln, wenn kein deutscher Arbeiter dafür gefunden werden könne. „Wir können zwar nicht die bei uns beschäftigten Ausländer wie Sklaven behandeln“, meinte der Minister Arendt, „die man heute einkauft, morgen wieder wegschickt. Aber wir werden dafür sorgen, daß unsere deutschen Arbeitnehmer zuerst Arbeit erhalten.“ (Siehe „Die Zeit, 14. Dezember 1974) Daß jetzt deutsche Arbeiter auf das Lohnniveau herabgedrückt werden sollen, auf das die ausländischen Arbeiter gedrückt worden sind, das will er als Leistung angerechnet haben.



Die Aufenthaltsgenehmigung wird ebenfalls nur befristet erteilt und nach dem verschärften Ausländergesetz von 1965 nur, wenn „Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt“ sind. Ein Recht auf eine Genehmigung existiert nicht. „Der Regierung“ müsse „für den äußersten Fall einer erheblichen Veränderung der arbeitsmarktpolitischen Situation ein gewisser Handlungsspielraum erhalten bleiben“, schrieb dazu der Ministerialdirigent Schiffer vom Innenministerium.

Ab April 1975 wurde die Freizügigkeit der ausländischen Arbeiter noch weiter eingeschränkt. 23 Stadtregionen wurden zu Sperrgebieten erklärt.

Und damit sich die ausländischen Arbeiter nicht zur Wehr setzen können, sind ihnen jegliche politischen Rechte fast völlig geraubt. Versammlungs- und Vereinsfreiheit existieren ganz ausdrücklich nicht. Ebenso sind sie gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen. Von den Finanzämtern werden sie geschröpft. Den Gesetzen des bürgerlichen Staates sind sie unterworfen. Politische Rechte haben sie keine. Durch die vollständige Entrechtung dieses Teils der Arbeiterklasse wird der Druck auf die ganze Arbeiterklasse verschärft. Um so höher ist das Klassenbewußtsein der ausländischen Arbeiter einzuschätzen, die sich an den Klassenkämpfen der Arbeiter aktiv beteiligen. – (hv)

Gewerkschaftliche und politische Rechte im öffentlichen Dienst! Weg mit dem KPD-Verbot!

1972 berief der damalige Bundeskanzler Willy Brandt eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder ein, um den Radikalenerlaß beschließen zu lassen. Bis zum vergangenen März wurden infolge dieses Erlasses bereits 496 724 „Bewerber" für den öffentlichen Dienst von den Landesämtern für Verfassungsschutz geprüft.

Weil alles seine Ordnung haben muß, hat das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Mai Leit- und Grundsätze beschlossen, wodurch die Anwendung dieses Beschlusses jetzt eine Ordnung hat. Die Sozialdemokratie hat die Stirn, diese Leit- und Grundsätze jetzt als ein Mittel gegen „Auswüchse" und gegen Willkür" bei der notwendigen Überprüfung auszugeben. Die Bundesregierung hat die Leit- und Grundsätze des Bundesverfassungsgerichtes jetzt als Richtlinie für die Länder verfeinert. Die SPD- und die SPD/FDP-regierten Länder sind zu weiteren Verfeinerungen fortgeschritten.

Im Bulletin der Bundesregierung heißt es:

„Der freiheitlich-demokratische Staat geht von der Verfassungsloyalität seiner Bürger aus. Zugunsten der Bewerber für den öffentlichen Dienst spricht daher grundsätzlich die Vermutung, daß sie in ihrer Person die Gewähr der Verfassungstreue bieten."

Rund eine halbe Million, also 0,8 Prozent der Wohnbevölkerung, wurden in den vergangenen vier Jahren von den Landesämtern für Verfassungsschutz durchleuchtet. Die Ergebnisse dieser Durchleuchtung befinden sich auf Computerplatten gespeichert und warten darauf, an die zentrale Datensammlung für alle Bundesbürger angeschlossen zu werden. Die Kosten dafür sind beträchtlich. Es mag sein, daß der „freiheitlich-demokratische Staat" sozusagen als Idee von der „Verfassungsloyalität der Bürger" ausgeht. Es liegt außerhalb unserer Untersuchung, wovon Ideen ausgehen. Die imperialistische Bourgeoisie, soviel beweist die Zahl dieser Überprüfungen, geht davon aus, daß die „Bürger" für den „freiheitlich-demokratischen Staat" gefährlich sind wie E605 für Ungezieferer.

Am deutlichsten ist diese Erkenntnis bei den Sozialdemokraten. Die freie und Hansestadt Hamburg hat es bisher für nötig befunden, 2,86 Prozent ihrer Einwohner zu überprüfen. Dicht folgt Bremen mit 2,76 Prozent. Mit deutlichem Abstand und 1,15 Prozent Geprüften folgt Westberlin, das aber seinen Vorsprung vor Baden-Württemberg hält, das es bisher auf 1,15 Prozent Geprüfte gebracht hat. In Bayern ist man jetzt bei 0,66 Prozent.

Es ist nicht ganz richtig, den Anteil der Geprüften an der Wohnbevölkerung zu berechnen. Wer kommt schon in die Lage eines „Bewerbers" im öffentlichen Dienst? Fast ausschließlich lohnabhängig Beschäftigte.

Der Charakter dieser Regelung erschließt sich. In vier Jahren sind nicht ganz 2,5 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten der BRD überprüft worden. Die herschende Kapitalistenklasse legt sich bei Gelegenheit der Überprüfung der „Bewerber für den öffentlichen Dienst" eine Gesinnungskartei über die gesamte Arbeiterbevölkerung an. In Hamburg und Bremen, so kann man schätzen, sind bereits so um die 8 Prozent der lohnabhängigen Bevölkerung geprüft.

Über jeden hundertsten der geprüften hat der Verfassungsschutz inzwischen „Erkenntnisse", die er der Behörde mitgeteilt hat. Die Anzahl derjenigen, über die „Erkenntnisse" vorliegen, muß in letzter Zeit steil angestiegen sein. Obwohl die 5000, über die beim Verfassungsschutz „Erkenntnisse" vorliegen, wirklich nur einen geringen Prozentsatz der wirklichen Radikalität im öffentlichen Dienst wie unter den Bewerbern dorthin ausmachen, sind es bereits *zuviele*. Auch sind die Auswahlmethoden der Bundesämter für Verfassungsschutz zweifelhaft. Unter den fünftausend „Erkannten" befinden sich etlich, die in Wirklichkeit Bundestagsabgeordnete werden wollen und zwecks Karriere auch mal einen Schritt nach links machen. Diesen Schritt machen sie dann auffällig und mit Getöse, und schon hat man sie „erkannt". Wir wissen positiv, daß unter diesen Leuten viele sind, über deren „Verfassungstreue" man sich nicht den geringsten Zweifel nachen muß. Auch bedarf die Bourgeoisie zum Beispiel an den Hochschulen etlicher junger Politiker, die links daherreden, um die Bewegung an die bourgeoisie anzuketten. Damit das klappt, müssen sie schon mal zu einer Demonstration gehen und schwuppdich, sind sie „erkannt".

Länder	Überprüfungen	Erkenntnisse	Ablehnungen
Baden Württemberg	106 462	731	85
Bayern	71 436	400	46
Berlin	24 000	1 800	95
Bremen	20 100	421	15
Hamburg	50 000	—	36
Hessen	50 000	970	26
Niedersachsen	38 249	351	57
Nordrhein-Westfalen	84 308	523	30
Rheinland-Pfalz	24 770	131	22
Saarland	7 000	34	0
Schleswig-Holstein	20 399	173	16

Daher erklären sich die folgenden Passagen in den Richtlinien der Bundesregierung:

„8. Es wird sichergestellt, daß den anfragenden berechtigten Stellen nur solche (gerichtsverwertbare oder vorhaltbare) Tatsachen mitgeteilt werden, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können."

SCHULKOLLEGIUM
BEIM REGIERUNGSPRÄSIDENTEN
IN DÜSSELDORF

4 DÜSSELDORF 1, den 24. Januar 1975

Az.: 33 D 5% - Klaus Stein

An die Leitung
des Staatl. Bezirksseminars
für das Lehramt am Gymnasium

Krefeld

Betr.: Überwachung der Ausbildung des Studienreferendars Klaus Stein
Bezug: Tel. Unterrichtung durch Reg. Insp. z.A. Liebchen am 24.1.1975

Gemäß Erlaß des Kultusministers vom 7.1.1975 ist die Unterrichtstätigkeit des Studienreferendars während der Ausbildung in geeigneter Weise daraufhin zu kontrollieren, ob sie den Anforderungen eines verfassungsgemäßen Unterrichts entspricht. Etwaige Anhaltspunkte für eine verfassungswidrige Unterrichtsführung bitten wir, uns umgehend mitzuteilen.
Die Ausbildungsschule des Studienreferendars bitten wir, entsprechend zu unterrichten.

Im Auftrage:
gez. Scholz

Beglaubigt:
Reg.-Angest.

In Nordrhein-Westfalen gibt es zwar kein Verfassungsschutzgesetz. Durch Kultusministererlaß werden aber dieselben Methoden der Bespitzelung durchgesetzt. Obiger Brief ging zu Beginn der Ausbildungszeit des Referendars K. Stein vom Schulkollegium an sein Bezirksseminar. Wegen Mitgliedschaft in der DKP ist seine Einstellung unterdessen abgelehnt worden.

Der Bourgeoisie graut vor dem Gedanken, Jahr für Jahr zehntausende Spitzelberichte vor die Gerichte geschleift zu bekommen. Für den Fall, der, wie gesagt, häufig eintritt, daß den Organen der Staatssicherheit der Falsche ins Netz geht, ist auch vorgesorgt:

„Äußerungen und Handlungen eines jungen Menschen aus seiner Ausbildungs- und Studienzeit, insbesondere, wenn sie längere Zeit zurückliegen, dürfen zur Begründung einer Einstellungsablehnung nur herangezogen werden, wenn sie nach Art und Schwere berechtigten Anlaß zu der Annahme geben, der Bewerber werde nach seiner Ernennung nicht die Gewähr bieten, daß er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintritt."

Diese Renegatenklausel wird die herrschende Klasse auch nichts nützen. Nicht ganz 500 Bewerber wurden in den vergangenen Jahren nicht nur als Radikale erkannt, sondern auch tatsächlich aus diesem Grund nicht eingestellt. Es bereitet uns eine gewisse Genugtuung, der Öffentlichkeit mitteilen zu können: Nach unseren „Erkenntnissen" ist nicht nur die Quote der Radikalität mit 5000 von 500 000 zu niedrig gegriffen und allerhand durchs Netz gegangen, nein, bei dem Versuch, die Böcke von den Schafen zu sondern, sind auch erheblich mehr „Radikale" in den öffentlichen Dienst gelangt, als davon ferngehalten werden konnten. Hinzukommt: Der abgewiesene „Radikale" bleibt „radikal". Oft wird er es erst richtig.

Ein Mensch, ein lohnabhängiger Mensch, über den zum Zeitpunkt seiner Einstellung oder eben seiner Beschäftigung keine „Erkenntnisse" vorlagen, gewinnt vielleicht selber „Erkenntnisse" und wird radikal.

Wir raten nicht, die Tätigkeit der Organe der Staatssicherheit zu unterschätzen. Wir raten schon gleich gar nicht, sich mit Gesetzen und Verordnungen, die diesen Organen allerhand legale Entfaltungsmöglichkeiten bieten, abzufinden.

Wir stellen bloß fest, daß nicht nur prinzipiell die Machenschaften der unterdrückerischen imperialistischen Bourgeoisie hilflos und zum Scheitern verurteilt sind. Auch aktuell entwickeln sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse, zugunsten der Revolution.





Krankenhaus Wolfsburg

Angriff auf Fünftagewoche im Gesundheitswesen

Wolfsburg. Die Bourgeoisie hat es geschafft, die Produktivität der Arbeiter in Westdeutschland auf bisher ungekannte Höhen zu bringen. Daß dies nicht einfach eine Folge des technischen Fortschritts ist, sondern auf zunehmender Intensität der Arbeit beruht, sieht man deutlich an dem Verfall der Gesundheit der Arbeiter. Die Folgen sind ganz ähnlich wie bei jedem anderen Raubbau auch, z.B. dem in der Landwirtschaft am Boden – kurzfristig hohe Erträge, langfristig gewaltige Kosten für die Wiederherstellung der Produktionsgrundlagen.

Vor diesem Hintergrund versteht man sowohl die „Kostenexplosion im Gesundheitswesen" als auch das Gejammer der Kapitalisten darüber. Ihre Strategie zur Senkung dieser Kosten ähnelt nun haargenau dem Prinzip, das sie schon in der Industrie mit soviel Erfolg angewendet haben: Lohnsenkung und Mehrarbeit bei den Belegschaften der Krankenhäuser.

Die Bemühungen um Planstellenstreichungen, Rationalisierung usw. laufen bereits seit einiger Zeit, sie stellen insgesamt jedoch nur eine Art Vorbereitung auf die Einführung industriemäßiger Arbeitsmethoden im Gesundheitswesen dar.

Früher wurden von den Krankenhäusern in der Ferienzeit in größerem Umfang Aushilfskräfte eingestellt, heute geschieht dies nur noch in Ausnahmefällen. In vielen Krankenhäusern wurden früher die Schüler überhaupt nicht auf die Planstellen angerechnet. Heute sagt man, daß drei Schülerinnen eine examinierte Schwester ersetzen. Oft kommt es sogar vor, daß die Zahl der vorhandenen Pflegekräfte auf einer Station einfach auf die Zahl der Planstellen bezogen wird ohne Rücksicht darauf, ob es sich um ausgebildete Kräfte handelt oder nicht.

Trotzdem ist die Bourgeoisie unzufrieden. Die Arbeitseinteilung geschieht auf den einzelnen Stationen relativ selbständig, Zeiten der Anspannung und Zeiten der relativen Ruhe wechseln sich ab. Im Wolfsburger Krankenhaus wird z.B. seit Einführung der Vierzigstundenwoche in einem zweiwöchigen Rhythmus mit zehn Arbeitstagen und vier freien Tagen gearbeitet. Die tägliche Arbeitszeit ist acht Stunden. Bei einer achtstündigen Arbeitszeit sind Überschneidungen zwischen den verschiedenen Diensten ganz unvermeidbar. Diese Überschneidungen finden im Wolfsburger Krankenhaus während der Mittagszeit statt, wo sich alle vier Dienstzeiten überschneiden. Der größte Arbeitsanfall ist allerdings vormittags, so daß man mittags Zeit für die Erledigung von Arbeiten hat, die nicht so dringend sind. Man hat auch noch Zeit, sich mit den Patienten etwas persönlicher zu befassen, sich mit ihnen zu unterhalten und auf ihre Wünsche einzugehen.

Die Pflegedienstleitung im Wolfsburger Stadtkrankenhaus hat deshalb Überlegungen angestellt, wie man dieses Ärgernis beseitigen kann. Das Ergebnis dieser Überlegungen sieht folgendermaßen aus: Statt der bisherigen Fünftagewoche soll die Fünfeinhalbtagewoche eingeführt werden. Statt bisher zehn Arbeitstage in zwei Wochen soll es dann elf Arbeitstage geben. Die tägliche Arbeitszeit wird entsprechend verkürzt, so daß man innerhalb von zwei Wochen auf eine Gesamtstundenzahl von 80 kommt. Trotz formeller Beibehaltung der Vierzigstundenwoche bedeutet dies eine Verkürzung der Freizeit, denn ein zusätzlicher Arbeitstag bedeutet einen zusätzlichen Arbeitsweg, Umkleidezeit usw. Es ist fast jeder Schwester und jedem Pfleger klar, daß ein freier Tag für die Erholung viel nützlicher ist als ein paar Minuten mehr Freizeit pro Tag.

Daß die geplante Dienstzeitänderung auf Mehrarbeit hinauslaufen wird und nichts anderes, wird an folgendem Vorhaben deutlich: Demnächst wird hier ein neues Bettenhaus eröffnet. Neueinstellungen sind nicht vorgesehen. Aus dem bestehenden Personal sollen die Kräfte freigesetzt werden, die man für die neuen Stationen braucht. Allein durch die Dienstzeitänderung sollen dabei 34 Planstellen eingespart werden.

Die Lohnabhängigen am Krankenhaus sind mit solchen Reformen nicht einverstanden. Am 1. Mai auf der DGB-Demonstration wurden Transparente für die Beibehaltung der Fünftagewoche getragen. Auch der Personalrat war nicht bereit, ohne weiteres seine Zustimmung zu geben. Er bildete eine Verhandlungskommission, die vom Verwaltungsdirektor umworben wurde nach dem Motto: Es kostet Sie doch nur ein müdes Lächeln, wenn sie dem Plan jetzt zustimmen. Ich werde Ihnen dann bei Gelegenheit auch entgegenkommen.

Darauf ließen sich die Personalräte allerdings nicht ein. Der Personalrat hat aber reinweg gar nichts getan, um die Kollegen zu informieren.

Der „Schrittmacher", die Betriebszeitung des KBW, informierte daraufhin die Belegschaft von dem Angriff auf die Fünftagewoche. Es wurde erläutert, welche Nachteile der neue Dienstplan bringt, wie die Verwaltung vorgeht, den Personalrat einzuwickeln, und daß die Stationsschwestern dafür gewonnen werden sollen, die fünfeinhalb Tage auf ihren Stationen zu propagieren. Die Enthüllungen verursachten eine gewaltige Aufregung, die Fronten kamen in Bewegung.

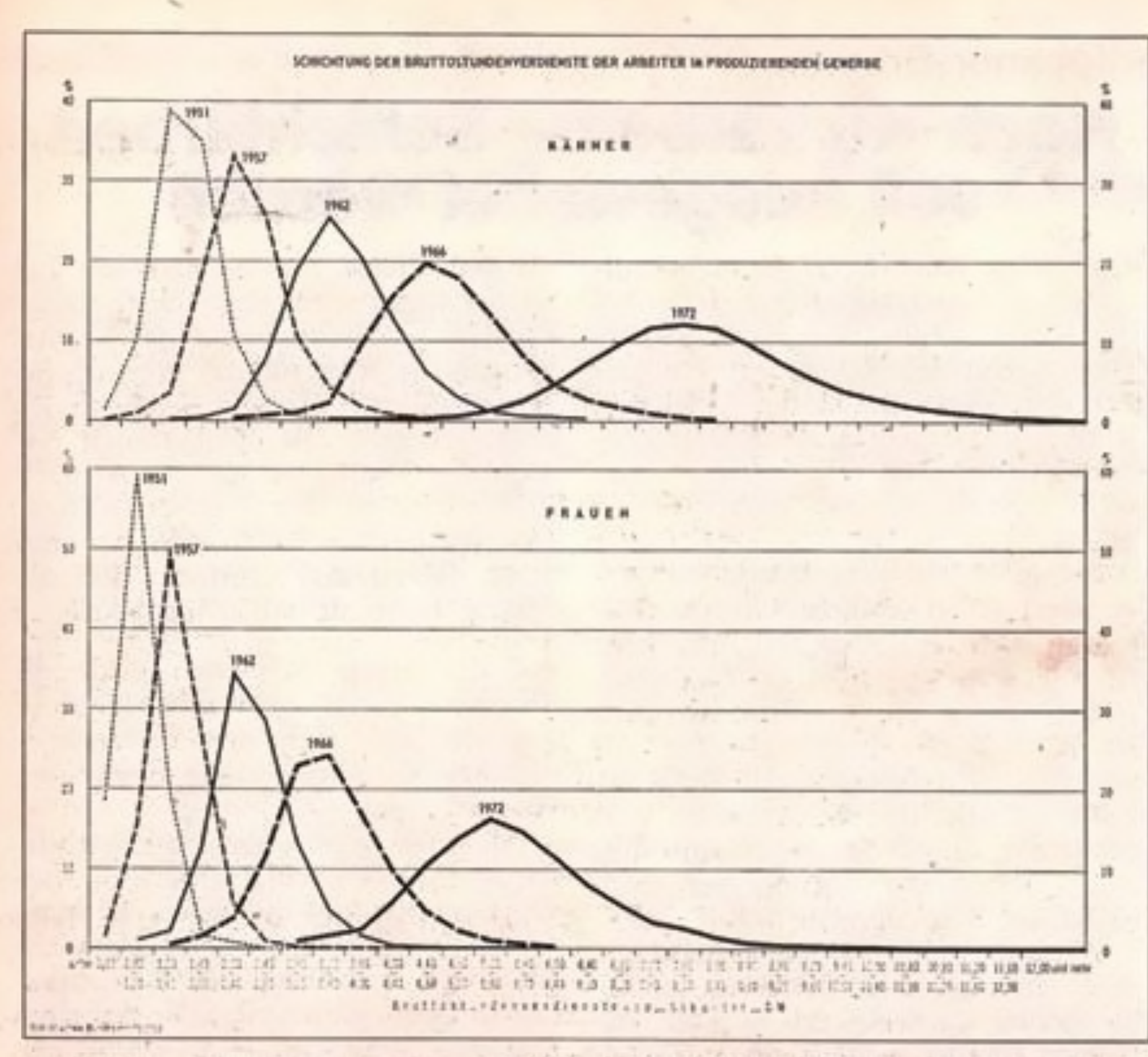
Zunächst stellte sich heraus, daß die Vorsitzende des Personalrats, eine Ärztin, SPD-Mitglied, voll auf seiten des Dienstherrn steht. Sie blies im Personalrat zur Kommunistenhatz und agitierte auf verschiedenen Stationen für die Dienstzeitänderung.

Wie man hört, hat die Personalratsvorsitzende inzwischen damit gedroht, den Verfassungsschutz einzuschalten, um die Störenfriede in der Belegschaft ausfindig machen zu lassen und sie dann rauszuwerfen.

Gleichzeitig geschah aber noch etwas anderes. Die Kollegen der Wachstation begannen mit einer Unterschriftensammlung gegen die Fünfeinhalbtagewoche, die sich schnell auf andere Stationen ausbreitete. Der „Schrittmacher" ging von Hand zu Hand, er wurde an schwarzen Brettern und in Fahrstühlen ausgehängt. Die Forderung nach einer Personalversammlung tauchte auf.

War es dem Dienstherrn gelungen, den Personalrat an die Kette zu legen und die fortschrittlichen Personalratsmitglieder einzuschüchtern, so mußte er erleben, wie sich gleichzeitig die Selbständigkeit der Belegschaft entwickelte. Er versuchte seine alte Taktik fortzusetzen – Einschüchterung und Isolierung der Kommunisten. Als Sprachrohr wurde eine Stationsschwester benutzt, die sich in einem offenen Brief an die Belegschaft wandte. Darin heißt es: „Einerseits wird auf den Stationen über Personalmangel geklagt, andererseits will man nicht einsehen, daß die Fünfeinhalbtagewoche eine Entflechtung auf den Stationen mit sich bringt."

Damit sprach sie sich klar für die Fünfeinhalbtagewoche aus. „Vielleicht fassen sich die Initiatoren des „Schrittmacher" doch mal ein Herz und stellen sich mit ihrer Meinung öffentlich zur Diskussion." Damit wurde so getan, als wären es ausschließlich die Kommunisten, die sich gegen die Dienstzeitänderung wehren. Es sollte eine Situation entstehen, wo jeder Angst hat, sich gegen die Fünfeinhalbtagewoche zu äußern, weil er sonst als Anhänger des „Schrittmacher" „enttarnt" wird. Die Reaktion auf diesen Angriff war unerwartet. Am nächsten Tag hing am schwarzen Brett eine Gegenerklärung, unterzeichnet von den Stationsschwestern der chirurgischen Stationen. Darin wird die Fünfeinhalbtagewoche zurückgewiesen und die Forderung nach einer öffentlichen Diskussion mit allen Kollegen erhoben. Innerhalb weniger Tage setzten noch weitere Kollegen ihre Unterschrift darunter, wobei viele im Namen der ganzen Station unterschrieben. – (v., Wolfsburg)



Das Schaubild stammt aus der Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik" vom Dezember 1975. Es zeigt anhand verschiedener Lohnstrukturerhebungen, wie es den Kapitalisten gelungen ist, die Belegschaften auseinanderzudehnen und damit die Möglichkeiten der Spaltung der Belegschaften zu vergrößern. In früheren Nummern der KVZ sind Schaubilder über die Lohnstruktur in einzelnen Betrieben veröffentlicht worden, die von der Redaktion der KVZ hergestellt worden sind. Das hier abgebildete Schaubild zeigt, daß die Bourgeoisie die gleichen Untersuchungen treibt. Für die Bourgeoisie zeigen die Ergebnisse dieser Untersuchung die Erfolge ihrer Spaltungspolitik. Für die Arbeiterklasse zeigen die Ergebnisse dieser Untersuchung, wie notwendig es ist, diese Spaltungsversuche zurückzuschlagen und zu verhindern, daß die Belegschaften weiter auseinandergerissen werden. Daß dies immer größeren Teilen der Arbeiterklasse bewußt wird, beweisen die Mark- und Pfennigforderungen aus den Betrieben. Die Gewerkschaftsführungen bekämpfen diese Forderungen in Mark und Pfennig. Dennoch ist es im öffentlichen Dienst und in der Druckindustrie den Gewerkschaftern gelungen, Mark- und Pfennigforderungen durchzusetzen in der Tarifkommission. Es ist von grundlegendem Interesse für die Arbeiterklasse, daß sie gegenüber den Kapitalisten Abschlüsse in Mark und Pfennig für alle gleich erzwingt.

John Deere, Mannheim
Gegen Spaltungsversuche –

John Deere, Mannheim

Gegen Spaltungsversuche – einheitliche Lohnforderungen !

Mannheim. Die Staplerfahrer von John Deere haben vor einem Monat die Forderungen aufgestellt: Schluß mit der Arbeitshetze; mehr Staplerfahrer müssen eingestellt werden; alle Fahrer eine Lohngruppe höher! (Siehe letzte KVZ)

Die John Deere Kapitalisten haben es in der Verhandlung darüber erst mal mit Verzögerungstaktik versucht. Das müsse „erst mit der Konzernleitung in Amerika besprochen" werden; das könne man „nicht hier in Mannheim entscheiden". „Wir schmeißen den Bettel hin, wenn das so weiter geht mit der Hetzerei, und wenn keine Lohnerhöhung kommt", bekamen daraufhin die Meister noch öfter zu hören.

Die Reaktion der John Deere Kapitalisten: Letzte Woche bekamen 6 der etwa 70 Staplerfahrer eine Lohngruppe mehr, von Lohngruppe 5 nach 6. Mit einem faustdicken Spaltungsmanöver sollte also die entstehende Kampffront der Staplerfahrer zum Zusammenkrachen gebracht werden. Doch das hat nicht verfangen: „Das sieht doch ein Blinder, was die da vorhaben. Ein paar kriegen was, damit wieder Ruhe ist, und der Rest soll leer ausgehen. Wir haben mehr Lohn für alle gefordert, und dabei bleibts!" war die Meinung der Fahrer.

So wie bei den Staplerfahrern versuchen die John Deere Kapitalisten derzeit auch in anderen Abteilungen die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zur Ruhe zu bringen, damit sich nicht ein einheitlicher Kampf über den ganzen Betrieb entzündet. Sie wollen unter allen Umständen verhindern, daß die Forderung der Vertrauensleute nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung ihnen als geschlossene Forderung aller Abteilungen gegenübertritt. Deshalb versuchen sie, solange die Kämpfe noch zersplittert sind und keine einheitliche konkrete Lohnforderung steht, die „Brandherde" auszutreten.

Im „Kleinen Gußputz" in der Gießerei haben sie z.B. innerhalb weniger Wochen dem einheitlichen Kampf der Arbeiter um verlängerte Vorgabezeiten nachgegeben. Um etwa ein Drittel verbesserte Vorgabezeiten konnten erkämpft werden.

In anderen Abteilungen reagieren sie mit verschärftem Druck. Die Farbspritzer am Montageband haben vor 5 Wochen das ganze Band eine dreiviertel Stunde abgestellt und sind einem Zeitnehmer auf die Pelle gerückt, der, auf der Galerie der Halle versteckt, ohne Benachrichtigung des Betriebsrats, die Zeit gestoppt hat. Die John Deere Kapitalisten haben daraufhin einem der Farbspritzer einen Verweis gegeben, um die ganze Abteilung einzuschüchtern.

Im Bau 20 in der Packerei, wo mit durchschnittlich 7,90 DM die niedrigsten Löhne gezahlt werden und deshalb die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen sind, täglich 9 Stunden zu schaffen, haben die Kapitalisten vor 2 Wochen die tägliche Überstunde gestrichen und wollen dafür samstags schaffen lassen. Das bringt mehr Produktionsleistung als eine angehängte Stunde täglich, rechnen sie sich aus. Die Abteilung weigert sich bislang geschlossen, samstags zu arbeiten. „Aber das Geld brauchen wir. Allein mit samstags nicht schaffen, kommen wir nicht weiter. Wir brauchen mehr Lohn."

Der niedrige Lohn ist es, der den Kapitalisten als Mittel zur weiteren Verschärfung der Ausbeutung dient. Der niedrige Lohn ist es aber gleichzeitig, der in immer mehr Abteilungen die Einheit darüber herstellt, daß jetzt geschlossen von allen Abteilungen der Kampf um innerbetriebliche Lohnerhöhungen geführt werden muß. In mehreren Abteilungen, z.B. der Gießerei, beginnt die Diskussion darüber, wie die Lohnerhöhung aussehen muß. „100 DM müssen drin sein!" meinen viele. „Aber nur wenn alle einig sind, sonst kriegen wir das nicht durch."

Der Einsatz des Staatsapparats gegen den Druckerstreik wird noch fortgesetzt

Nürtingen/Tübingen. Nur mit brutalem Polizeieinsatz war es den Druckkapitalisten in der Nacht zum 12. Mai gelungen, eine Notausgabe der von vier Stuttgarter Zeitungen aus dem Senner-Verlag auszuliefern. Dabei waren vier Druckarbeiter festgenommen worden, sämtliche Nummern der im Umkreis parkenden Autos waren auch von der Polizei notiert worden. Am 2. Juli erschien die Polizei nun bei Michael Sauter, dem Sekretär der Ortsgruppe Tübingen des KBW, um ihn zur erkennungsdienstlichen Behandlung auf die Wache zu bringen. Es liege eine Strafanzeige gegen ihn im Zusammenhang mit der Festnahme vor. Er war ebenfalls bei der Blockadeaktion vor dem Verlagshaus festgenommen worden. Auf seine Weigerung, auszusagen und mit auf die Wache zur erkennungsdienstlichen Behandlung zu kommen, zogen die Polizisten wieder ab, nachdem sie vorher eine staatsanwaltschaftliche Vorladung angekündigt hatten.

Hoechst AG

Der Monatslohn – ein Mittel zu erhöhter Ausbeutung und zur Spaltung der Arbeiter

Frankfurt. Im Werk Frankfurt-Höchst der Hoechst AG wurde gemäß einer Betriebsvereinbarung zwischen dem 1.4.74 und dem 31.3.1975 für die 13000 Arbeiter ein neues Lohnsystem eingeführt, der **Monatslohn.** Gerechter und durchschaubarer soll es sein, so Vorstand und Betriebsrat. Weil nach objektiven Maßstäben die Leistung des einzelnen Kollegen besser berücksichtigt würde.

Wenn die Hoechst-Kapitalisten ein neues Lohnsystem einführen und sich die Umstellung was kosten lassen, so nicht aus der Erwägung heraus, den Arbeitern einen „gerechteren" Lohn zukommen zu lassen. Das ausgeklügelte System des Monatslohns dient dazu, die Arbeiter zu mehr Arbeit bei gleichem Lohn anzutreiben. Es dient dazu, die Löhne zu senken. Kurz, es dient zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter. Und es dient dazu, den Kampf der Arbeiter durch Spaltung zu behindern. Auch das alte System mit den verschiedensten, tariflich nicht abgesicherten Zulagen bot vielfältige Möglichkeiten für Spaltungsversuche. Der Monatslohn soll noch wirksamer sein.

Der Zweck des Monatslohns ist Spaltung

Der Monatslohn beruht auf der *analytischen Arbeitsplatzbewertung.* Alle Arbeitsplätze werden hinsichtlich verschiedener Anforderungen bewertet. Je nach Einordnung des Arbeitsplatzes in einer Rangfolge von Richtbeispielen werden die einzelnen Anforderungen gewertet. Es ergeben sich Wertzahlen.

in einer Rangfolge von Richtbeispielen werden die einzelnen Anforderungen gewertet. Es ergeben sich Wertzahlen.

Die Summe der Arbeitswerte bestimmt den Hauptbestandteil des Monatslohns, den *Arbeitswertlohn.* Es gibt Arbeitswerte zwischen 1 und 72. Je 3 Arbeitswerte bilden eine *Lohnstufe,* von denen es also 24 gibt – gegenüber 7 tariflichen Lohngruppen.

Die niedrigste Einstufung, die derzeit in der Praxis vorkommt, ist Lohnstufe 5. Die Arbeitsplätze angelernter Arbeiter werden um die Lohnstufe 8 herum eingestuft, die von Facharbeitern um Stufe 12 herum, die von höherqualifizierten Facharbeitern bis zu Stufe 18.

Der zweite wesentliche Bestandteil des Monatslohns ist die *persönliche Zulage.* Sie wird ebenfalls nach einem verkomplizierten Verfahren jedes Jahr neu ermittelt. Sie ist an den Arbeitsplatz gebunden. Sie ist in den unteren Lohnstufen niedriger als in den höheren. In Stufe 5 sind es durchschnittlich 55, maximal 110 DM, in Stufe 21 durchschnittlich 105, maximal 210 DM.

Die persönliche Zulage „entgilt die individuelle Leistung" (laut Broschüre der Werksleitung). Damit der „Leistungsanreiz" gewährleistet ist, liegt von vornherein die Verteilung der Beurteilungen fest, nämlich als Gauss'sche Verteilung: 50 % liegen im Durchschnitt des Betriebes bzw. der Abteilung, je 20 % knapp darüber und darunter, je 5 % über und unter dem Schnitt. Da die Grenzen der Zulagenhöhen festliegen, heißt das: wer seinen Lohn durch eine höhere Zulage verbessern will, muß die anderen Kollegen ausstechen. So soll Konkurrenz und Spaltung unter den Arbeitern entstehen.

Bei der Einführung des Monatslohns gab es starken Widerstand; denn für einen Teil der Kollegen lag der Monatslohn unter ihrem bisherigen Lohn (Tariflohn plus Zulagen). Für diese Fälle gibt es eine „Besitzstandklausel", durch die den betroffenen Kollegen der Differenzbetrag auch ausgezahlt wird. Auf diesen „Besitzstand" werden aber 25 % jeder Tariferhöhung angerechnet, so daß ihr Lohn nach einigen Tariferhöhungen relativ gesunken ist. Für den größeren Teil der Kollegen lag der Monatslohn aber über dem alten Lohn. Diese Tatsache erleichterte es den Kapitalisten, den Monatslohn durchzusetzen.

Erfahrungen mit dem Monatslohn

Inzwischen gibt es weitere Erfahrungen, die deutlich zeigen, wer Vorteile vom Monatslohn hat.

1. Oft wird nach Ausscheiden eines Kollegen der Arbeitsplatz niedriger eingestuft.

2. Bei Rationalisierungen bewährt sich der Monatslohn für die Hoechst-Kapitalisten. Erstens liefert die Arbeitsplatzbeschreibung das Material dafür, Arbeitsabläufe straffer und intensiver zu organisieren. Zweitens: Die nach der Rationalisierung verbliebenen Arbeitsplätze werden neu und niedriger bewertet, und die Löhne der verbliebenen Kollegen sinken. Dabei kann sich die Werksleitung auf die mit dem Betriebsrat vereinbarte Regelung des Monatslohns berufen.

3. Die Vereinbarung über den Monatslohn sieht weiterhin vor: Bei Neu-Einstellung wird ein Arbeiter erst nach einer Einarbeitungszeit mit vollem Arbeitswertlohn bezahlt. Bei Eintritt in den Betrieb erhält er einen Arbeitswertlohn, der für jedes Vierteljahr der Einarbeitungszeit je eine Lohnstufe unter dem vollen Arbeitswertlohn liegt. Der Lohn steigt dann jedes Vierteljahr um eine Lohnstufe, bis er die volle Höhe erreicht hat. Der Betrieb kann auf diese Weise erheblich Lohn sparen, wenn er lange Einarbeitungszeiten festsetzt.

Die Hoechstarbeiter sollen aus dem gewerkschaftlichen Kampf herausgehalten werden

Sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen Lohnsystem liegt der Lohn der Hoechstarbeiter über dem Tariflohn und auch über dem Effektivlohn der Arbeiter kleinerer Chemiebetriebe. Für die anderen beiden Großkonzerne gilt das gleiche.

Diese Lohnunterschiede werden von den Kapitalisten für Spaltungsversuche

zerne gilt das gleiche.
Diese Lohnunterschiede werden von den Kapitalisten für Spaltungsversuche

benutzt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer tun das ihrige, um die Belegschaften der Großbetriebe aus dem gewerkschaftlichen Kampf herauszuhalten. 1971 z.B. hat der Hoechster Betriebsrat einen Streik der Hoechstarbeiter und damit einen erfolgreichen Streik der Chemiearbeiter in Hessen verhindert.

Durch den Monatslohn wird diese Spaltung noch vertieft. Tariferhöhungen werden laut Betriebsvereinbarungen auf den Arbeitswertlohn angerechnet, der über dem Tariflohn liegt. Die Erhöhung wird zwischen Betriebsrat und Werksleitung ausgehandelt. In diesem Jahr kam heraus, daß der Arbeitswertlohn zwischen 5,85 % (Lohnstufe 1) und 5,92 % (Lohnstufe 24) stieg (absolute Beträge zwischen 85 und 131 DM). Auf diese Weise wuchs der Unterschied zwischen den einzelnen Lohnstufen jedes Jahr um 2 DM auf 35 DM von heute.

Die Unterschiede zwischen Tariflohn und Arbeitswertlohn haben sich seit Einführung des Monatslohns, also in 2 Jahren, um etwa ein Zehntel vergrößert: Lohnstufe 5 (1677 DM) gegenüber der zugehörigen tariflichen Lohngruppe II rund 310 DM (vor 2 Jahren 280 DM), Lohnstufe 12 (1922 DM) gegenüber Lohngruppe V 480 (420) DM, Lohnstufe 20 (2202 DM) gegenüber Lohngruppe VI 680 (600) DM.

Wie diese Spaltung gefördert und zur Verhinderung eines einheitlichen Lohnkampfes gegen die Chemiekapitalisten benutzt wird, zeigt uns jedes Jahr bei den gewerkschaftlichen Diskussionen um die Tarifforderungen der Sozialdemokrat Brand, Betriebsratsvorsitzender, Mitglied des Aufsichtsrates und der Tarifkommission. Er spricht gegen Festgeld- und für Prozentforderungen, weil bei letzteren die Hoechstarbeiter besser abschneiden. Diese Politik, die die Spaltung der Arbeiter bewirken soll, stärkt nur die Kapitalisten in dem Versuch, die Löhne aller Chemiearbeiter herabzudrücken. Dagegen wurde 1974 bei der Aufstellung der Forderung im Bezirk Hessen eine Mindestforderung durchgesetzt. Diese Forderung nach einem Mindestbetrag stärkte die Einheit der Chemiearbeiter und es konnte eine Erhöhung von mindestens 170 DM erkämpft werden.

Die Arbeiter von Hoechst machen ihre Erfahrungen mit dem Monatslohn. Diese Erfahrungen zeigen ihnen, daß der Monatslohn ein verschärftes System der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch die Kapitalisten ist, ein System der Spaltung der Arbeiter ist, daß an dem kapitalistischen Lohnsystem nichts gerecht ist, daß das Lohnsystem insgesamt beseitigt werden muß. – (k., Betriebszelle Hoechst AG, Frankfurt)

Arbeitsschutz immer mangelhafter

Der Jahresbericht der Gewerbeaufsicht meldet für 1975 die Zahl von 523000 Verstößen in 100000 Betrieben. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Erhöhung der Verstöße um 13 %. Die Bußgelder dagegen sanken um knapp 30 %. Die meisten Verstöße werden für den Bereich des Arbeitsschutzes gemeldet: 400000 im Jahr 1975 gegenüber 330000 im Vorjahr. Bei in einer Sonderaktion überprüften Zahl von 590 Betrieben, die sich auf die Werkzeuge und Hilfsgeräte bezog, wurden in 430 dieser Betriebe 5708 Mängel registriert. Bei einer Kontrolle von Pressen und Stanzen in 53 Betrieben im Bezirk Siegen gab es Beanstandungen in allen Betrieben. Bei der Überprüfung von technischen Arbeitsmitteln und Geräten stieg die Zahl der Beanstandungen gegenüber dem Vorjahr um 40 %.

Streik bei Westinghouse (USA)

30000 Arbeiter und Angestellte der Westinghouse Electric Corp. haben einen unbefristeten Streik zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen beschlossen. Sie haben sich damit den 15000 Streikenden angeschlossen, die bereits am 11. Juli in den Streik getreten waren. Die Hälfte der 165 Fabriken der Firma wird durch den Streik nach Angaben eines Sprechers der Kapitalistengesellschaft stillgelegt. (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.7.)

Weitere Entlassungen in der Industrie

Die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie ist im ersten Quartal 1976 saisonbereinigt noch einmal zurückgegangen um 35000 Lohnabhängige. Das teilte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung mit. Die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten in der Industrie halten trotz Produktionssteigerungen an. Lediglich im Automobilbau, in der Stahlverformung sowie in der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie hat die Zahl der Beschäftigten zugenommen. Die Lohnstückkosten sind im gleichen Zeitraum in der Industrie um 5,5 Prozent gesunken. Der „Aufschwung" bedeutet für die Arbeiter nicht das Ende der Arbeitslosigkeit, sondern gesteigerte Ausbeutung für alle, die im Lohn stehen. – (Nach Handelsblatt, 21.7.76)

die Arbeiter nicht das Ende der Arbeitslosigkeit, sondern gesteigerte Ausbeutung für alle, die im Lohn stehen. – (Nach Handelsblatt, 21.7.76)

Nordwestliche Holzwirtschaft: Schlichtung zur Erneuerung des Manteltarifvertrags

Nachdem die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag-Nord (MTN) für gescheitert erklärt hat (siehe letzte KVZ), läuft jetzt das Schlichtungsverfahren unter Vorsitz von Regierungsdirektor Kraft (Nordrhein-Westfalen). Die erste Schlichtungsverhandlung blieb ohne Ergebnis. Die zweite Verhandlung soll am 28.7.76 in Bremen stattfinden. Unter den Belegschaften wird diskutiert, wie die Forderungen der Holzarbeiter für längeren Urlaub und höheres Urlaubsgeld durchgesetzt werden können. Im Januar 1974 hatten die Holzarbeiter die Erfahrung gemacht, daß Verbesserungen im Manteltarif gegen die Kapitalisten nur im Streik durchgesetzt werden können. – (r., Hamburg)

Kapital geht über Leichen

Essen. Arbeiter der Metallfabrik Hermsen zogen Proben aus den Bottichen der Waschanlage, in der mithilfe von giftigen Chemikalien gebrauchte Kupplungen von Ölrückständen gereinigt werden. Die Ortsgruppe des KBW schickte diese Proben an Chemiker der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe in Köln, einer Massenorganistaion des KBW. Das Ergebnis: Die Brühe in einem der beiden Bottiche setzt sich – in klarem Zustand – zusammen aus Tetrachloräthylen und Triclopentan. Das Handbuch für Arbeitsmedizin von H. Valentin u.a., erschienen im Thieme Verlag Stuttgart, schreibt über das Einatmen von Tetrachloräthylen-Dämpfen: „Chronische Form: Es wird von einigen Fällen berichtet, in denen es nach schwacher, jedoch sehr langer Exposition (Einwirkung) ohne Übergangssymptome durch plötzlichen Herzstillstand zum Exitus letalis gekommen ist." Exitus letalis ist der lateinische Ausdruck für Tod. Der Arbeiter, der jetzt in der Waschanlage der Firma Hermsen arbeitet, ist dort schon 4 Jahre. Die Einwirkung der Dämpfe ist alles andere als schwach. Schutzvorrichtungen und Ventilation gibt es nicht.

Elektrokonzerne verlangen Tribut

Die internationale technische Kommission hat beschlossen, daß sämtliche elektrischen Schukostecker und -steckdosen durch neue einheitliche Steckerverbindungen ersetzt werden sollen. Kosten dafür entstehen ungefähr 60 bis 80 Milliarden Mark in der Europäischen Gemeinschaft. 60 bis 80 Milliarden Mark haben die Völker der EG zu berappen, weil die Elektrokonzerne mal wieder eine andere Norm einführen. Hinzu kommen noch die anzuschaffenden Adapter für die Übergangszeit, solange noch die alten Schukostecker und -steckdosen als auch die neuen Stecker und Steckdosen benutzt werden. – Von dieser Normänderung sind die Kapitalisten nicht betroffen, denn sie benutzen in der Produktion kaum Schukosteckdosen, sie haben Kraftstrom und damit anders normierte Steckerverbindungen. – (nach Metall Nr. 15/76)

Stahlkapitalisten

„Preis geht vor Menge"

„Obschon die Stahlproduktion gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 sogar noch weiter gefallen ist, sind die Preise teilweise bis 30 % und mehr nach oben gegangen, wodurch sich die Etragslage spürbar verbessert hat. Dies kleine Stahlwunder erklärt sich ganz einfach: Die Werke haben sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an die Empfehlungen der (EG-)Kommission zur Produktionsdrosselung gehalten. Das ist nicht ohne Absprache möglich gewesen. Dabei wurde im Dunkeln mancherlei gemunkelt." Seinen Kommentar zur Entwicklung in der Stahlindustrie überschreibt das „Handelsblatt" sinnig: „Augenzwinkern bei Stahl". Das Augenzwinkern soll sagen, daß die westdeutschen Stahlkapitalisten den Kartellierungsprozeß in der westeuropäischen Stahlindustrie bereits bedeutende Schritte vorangetrieben haben, bevor sie ihre Pläne jetzt der EG-Kommission zur Genehmigung vorlegen.

Die „Süddeutsche Zeitung" charakterisiert diese Pläne folgendermaßen: „. . . kommt die deutsche Stahlindustrie in Brüssel mit ihren Bestrebungen durch, dann ist der Dirigismus auf diesem wichtigsten Grundstoffmarkt perfekt und ist aus einer europäischen Gemeinschaft ein nacktes Superkartell geworden, wie es vor 1939 schon besser, weil ehrlicher und ungeschminkter, bestanden hatte. Um nämlich künftig einen so rapiden Verfall der Walzstahlpreise wie 1975 zu vermeiden oder wenigstens spürbar zu mindern, sollen nach dem Willen der deutschen, holländischen und luxemburgischen Stahlindustrie jeweils vierteljährlich für alle Walzstahlsorten Produktionsquoten festgelegt werden, d.h. durch Angebotsverknappung sollen die Preise stabilisiert werden. . . . Damit nicht genug. Die deutsche Stahlindustrie fordert mit ihren Verbündeten in Holland und Luxemburg außerdem die Bildung von sogenannten Rationalisierungsgruppen der Unternehmen über die Ländergrenzen hinweg. Dahinter verbergen sich schlicht knallharte Investitionsabsprachen. Ferner sollen diese Gruppen für eine gemeinsame Rohstoffpolitik zuständig sein. Diesem Ziel dient bereits der Zusammenschluß der deutschen, holländischen und luxemburgischen Verbände. Bisher standen namentlich die Franzosen und Engländer solchen Ideen eher reserviert gegenüber, aber das soll sich geändert haben. Die Italiener und Belgier würden dann auch mit von der Partie sein."

Soweit her ist es freilich noch nicht mit der Einheit. Die französische Zeitung „Le Monde" schreibt über die von den westdeutschen Stahlkapitalisten eingeleitete Kartellierung und die bereits geschlossene „Wirtschaftsvereinigung" der westeuropäischen, holländischen und luxemburgischen Stahlkapitalisten: „Eine wahrhaftige Kriegsmaschine, fähig, nicht nur die Fundamente der Montanunion zu erschüttern." Die französichen Stahlkapitalisten fürchten, innerhalb des Kartells den Kürzeren zu ziehen. Um irgendwelche grundsätzliche Bedenken gegenüber dem Zentralisierungsprozeß in der westdeutschen Stahlindustrie handelt es sich dabei nicht, sondern um die Vorherrschaft in diesem Kartell.

Die Stahlindustrie in Europa ist hochkonzentriert. Das hat die Krise in der Stahlindustrie nicht verhindern können. Auf die Krise antworten die Stahlkapitalisten mit einer weiteren Zentralisierung. Die Krise von 1975 hat sich in tiefen Produktionseinbrüchen ausgedrückt. Daß sie dabei die Preise nicht halten konnten, hat die Stahlkapitalisten geschmerzt. „Europas Stahlindustrie braucht Krisenkonzepte", fordert das „Handelsblatt". Lyrischer bringt es die „Süddeutsche Zeitung": „Europas Stahlindustrie sehnt sich nach einem Kartell, ‚um besser durch die Krise zu kommen'." Die Produktion steigt davon nicht. Darum geht es den Stahlkapitalisten auch nicht. Es geht ihnen um die Preise und die Profite. Darin haben sie erste Erfolge erzielt: „In der Stahlpreisfrage sind die europäischen Stahlwerke nach Thoelkes Angaben geschlossen zur Durchsetzung des Grundsatzes ‚Preis geht vor Menge' bemüht. Die Stahlunternehmen seien in ihrer Preispolitik ‚felsenfest', und es gebe hier im Gegensatz zu früheren Jahren – keinen Ausbrecher. Auch die großen japanischen Stahlkonzerne betrieben eine Politik der stabilen Stahlpreise." Thoelke ist das für den Stahlbereich zuständige Mitglied der Geschäftsleitung von Klöckner und Co.

Je höher der Konzentrationsgrad einer Industrie, desto deutlicher zeigen sich die Tendenzen zur Verfaulung, in die der Kapitalismus übergegangen ist, seit er in die imperialistische Epoche eingetreten ist. Das heißt nicht, daß der Kapitalismus in dieser Epoche keine Perioden des Aufschwungs mehr kennt. Sie werden von der Gesellschaft teuer bezahlt durch tiefe Krisen und Kriege. Die Stahlindustrie steckt gegenwärtig in einer Periode der Stagnation. Der hohe Konzentrationsgrad verhindert, daß die Stahlindustrie durch Kapitalentwertung und Kapitalvernichtung aus der Krise herauskommt. Dies ist der einzige Weg der kapitalistischen Krisenüberwindung. Da in den anderen Industriebereichen die Kapitalisten nicht investieren, weil sie immer noch Überkapazitäten haben, steigen in der Stahlindustrie fast nur die Aufträge aus der Fahrzeugindustrie. „Wachsende Unsicherheit auf dem Stahlmarkt", „Das Stahlgeschäft zieht erst langsam wieder an", so lauten einige Schlagzeilen aus den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Zeitungen. Otto Wolff von Amerongen, einer der Großen der Stahlkapitalisten und Chef des Handelstages, „hält es für möglich, daß schon im September die Stahlproduktion erneut eingeschränkt werden muß". Es ist klar, daß das an die Adresse der Stahlarbeiter gerichtet ist. Die neuen Tarifverhandlungen stehen dann an, nachdem bereits zum 1. August die Tarife für die stahltypischen Zuschläge auslaufen. Dabei handelt es sich um Zuschläge für Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit, die in der Stahlindustrie besonders weit verbreitet ist. Um 3,8 % haben die Stahlkapitalisten im Verlauf des letzten Jahres den Bruttowochenverdienst auf durchschnittlich 435 DM gesenkt. Das sind kaum mehr, als 310 DM netto in der Woche. In der Stahlindustrie wie in den anderen Industrien hat sich die Lage der Arbeiter im letzten Jahr verschlechtert. Der Kapitalismus hemmt die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Die Arbeiter sollen dafür mit Lohnkürzungen aufkommen. Die Kapitalisten schließen sich zusammen, um die Preise und die Profite zu halten. Und die Arbeiter sollen sich nicht zusammenschließen, um den Preis ihrer Arbeitskraft zu verteidigen? Sie müssen sich zusammenschließen, wenn die Lage der Arbeiter nicht weiter verschlechtert werden soll.

Man muß die Kräfteverhältnisse berücksichtigen. Einen Streik müssen die Kapitalisten insbesondere wegen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt fürchten. Wie die Kapitalisten die Lage auf dem Arbeitsmarkt einschätzen zeigt folgendes Zitat aus der Süddeutschen Zeitung. Es zeigt die Schwierigkeiten der Kapitalisten, die Abgänge zu ersetzen und die bescheidenen Neueinstellungen vorzunehmen, weil der Preis der Arbeitskraft für die schweren Arbeitsbedingungen besonders niedrig ist: „Die Arbeitsdirektoren der Stahlindustrie bekundeten noch in diesen Tagen, einer Meinung von Bremen bis Süddeutschland, daß sie die dringend benötigten Arbeitskräfte nicht fänden, weil der Schichtdienst zu unbeliebt und das früher vorhandene Reservoir an Gastarbeitern erschöpft sei." – (gs)

Klöckner-Bremen

Nach Kurzarbeit – Schichtarbeit soll ausgeweitet werden

Bremen. Auch wenn der Arbeitsdirektor es hartnäckig leugnet: Jeder bei uns weiß, daß und wie die Klöckner-Herren Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit genutzt haben, um die Arbeitsleistung in immer weniger Arbeitszeit zusammenzupressen: Die Anlagen waren nicht ausgelastet, wir dafür um so mehr!

Nachdem die Kapitalisten die Arbeitszeit derart verdichtet haben, wollen sie jetzt die Arbeitszeit ausweiten. Bis jetzt ist es so, daß nicht in allen Bereichen in Voll-Kontischicht, also auch am Wochenende, gearbeitet wird. An verschiedenen Anlagen und im Kaltwalzwerk ruht die Produktion am Wochenende. Zum Teil wird an fünf und zum Teil an sechs Wochentagen gearbeitet, am Sonntag aber nicht!

Wenn die Beize auf Vollkonti hochgefahren wird, dann bedeutet das für das ganze Kaltwalzwerk, wo die gebeizten Bänder weiterbearbeitet werden, daß auch dort durch Ausweitung der Schichtarbeit das Wochenende für die Arbeiter aufgehoben wird.

Die Kapitalisten wissen natürlich, daß jede Ausweitung der Schichtarbeit auf Widerstand trifft, weshalb sie nach der Salamitaktik vorgehen. So haben sie erst mal nur den Arbeitern an der Beize 2 verschiedene Schichtpläne für die Voll-Kontischicht vorgelegt. Gleichzeitig sollte die bisher feste Pause von einer Viertelstunde aufgehoben und dafür Pausenablöser eingesetzt werden. Beide Pläne sowie der Pausenablöser sind von *allen* Arbeitern an der Beize in einer Unterschriftensammlung abgelehnt worden. Eine solche Einheit hatte es an der Beize schon lange nicht mehr gegeben! Wenn man sich die ruinösen Voll-Kontischichtpläne genauer ansieht, kann man diese Geschlossenheit gut verstehen. Siehe folgendes Schema (Arbeitsrhythmus eines Arbeiters):

Schema 1: Konti-Schicht (1 Sonntag frei)

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1. Woche	X	F	F	F	F	F	F
2. Woche	F	X	S	S	S	S	S
3. Woche	S	S	X	X	N	N	N
4. Woche	N	N	N	N	X	X	X
5. Woche	X	F	F	F	F	F	F

Schema 2: Alternativentwurf (2 Sonntage frei)

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1. Woche	F	F	F	F	F	F	F
2. Woche	S	S	S	X	X	X	X
3. Woche	N	N	N	N	N	N	N
4. Woche	X	X	X	S	S	S	X
5. Woche	F	F	F	F	F	F	F

F: Frühschicht; S: Spätschicht, N: Nachtschicht; X: frei

2. Woche	S	S	S	X	X	X	X
3. Woche	N	N	N	N	N	N	N
4. Woche	X	X	X	S	S	S	X
5. Woche	F	F	F	F	F	F	F

F: Frühschicht; S: Spätschicht, N: Nachtschicht; X: frei

Der zweite Entwurf wird als „arbeitnehmerfreundlich" verkauft, weil die Arbeiter zwei freie Sonntage im Monat haben, im Gegensatz zum ersten Plan, wo nur ein Sonntag im Monat frei ist.

Den beiden Schichtplänen ist zu entnehmen, daß die freien Tage meistens mitten in der Woche liegen, also wenn die Frau auf Arbeit und die Kinder in der Schule sind. Was soll man da zu Hause, das Geld wird sowieso gebraucht, und wenn die Möglichkeit besteht, macht man eben Überschichten.

Die Schichtarbeit, insbesondere die Voll-Kontischicht, isoliert die Arbeiter weitgehend vom öffentlichen und politischen Leben. Kommt am Sonntag mal Besuch, hat man nichts davon, weil man zur Schicht muß. Ausgehen lohnt nicht, weil man entweder schon am selben Abend oder am nächsten Tag in aller Frühe wieder zur Schicht muß. Beteiligung am Klassenkampf außerhalb des Betriebes, Schulungen, Mitarbeit in politischen Organisationen wird erschwert. Es läuft letztlich darauf hinaus, daß man für Klöckner Profite schafft und den Rest der Zeit nur noch ißt und schläft, um am nächsten Tag wieder schaffen zu gehen. Die Lebenszeit ist in Arbeitszeit für das Kapital verwandelt. Nicht nur das. Die Lebenszeit wird durch die Schichtarbeit auch noch verkürzt. Die Schichtarbeit ruiniert die Gesundheit und die Arbeitskraft ist in kürzerer Zeit verschlissen. Erst vor kurzem haben zwei Arbeiter einen Herzinfarkt erlitten – um die fünfzig Jahre alt und schon jahrelang auf der Hütte Schichten gekloppt. Schichtarbeit auf der Hütte ist für diese Arbeiter nicht mehr drin. Fallen aber die Schichtzulagen weg, bleibt ein Hungerlohn.

All diese Erfahrungen sprechen für das Verbot der Schichtarbeit und der Überstunden und für die Verkürzung der Arbeitszeit. Es ist auch klar, daß noch jede Ausweitung der Schichtarbeit auf den Widerstand der Arbeiter gestoßen ist.

Nachdem der Betriebsrat erst großartig erklärt hat, daß er sich gegen jede Ausweitung der Schichtarbeit wenden werde (Röpke, DKP, auf der letzten Betriebsversammlung), hat er jetzt auf Bereichsversammlungen mit Engelszungen für die Konti-Schicht geworben. Dennoch haben sich zwei Schichten der Beize einstimmig gegen die Ausweitung ausgesprochen. Über die dritte Schicht hört man Widersprüchliches: Der Betriebsrat behauptet, sie hätten für die Ausweitung gestimmt; die Kollegen sagen, sie hätten gar nicht abgestimmt, sondern lediglich für eine 19. Schicht in der Woche ausgesprochen (bisher 18).

Jedenfalls ist der Betriebsrat nach dieser Unklarheit in der dritten Schicht noch mal auf Bereichsversammlungen der anderen beiden Schichten gegangen, um sie umzustimmen. Vor einer erneuten Abstimmung hat er sich allerdings gehütet. Verwirren und Einschüchtern war seine Taktik. Ein Kollege: „Erpreßt haben die uns. Sie haben gedroht, das ganze Kaltwalzwerk würde stillgelegt, wenn wir nicht Konti-Schicht machen." Von einigen Arbeitern wird das durchschaut. Sie sagen: „Wenn der Betrieb das tatsächlich vor hätte, würde er keinen Mucks darüber verlauten lassen und uns bis zum letzten Tage wühlen lassen. Und jeder Betriebsrat, der diese Nachricht in die Belegschaft tragen würde, würde sofort wegen Bruch des Betriebsgeheimnisses vor den Kadi gezerrt. Das ist nichts als Angstmache."

In dieser scharfen Auseinandersetzung sind zwei entscheidende Schwächen hervorgetreten: Die erste kommt darin zum Ausdruck, daß Arbeiter sich erbittert gegen die Konti-Schicht wehren, gleichzeitig aber sagen, die Tonnen würden sie auch in der alten Schichtweise schaffen, wenn nötig mit Überstunden. Das läuft auf dasselbe

chen hervorgetreten: Die erste kommt darin zum Ausdruck, daß Arbeiter sich erbittert gegen die Konti-Schicht wehren, gleichzeitig aber sagen, die Tonnen würden sie auch in der alten Schichtweise schaffen, wenn nötig mit Überstunden. Das läuft auf dasselbe

heraus wie Konti-Schicht. Es gibt aber nur eins: Entweder die Interessen der Kapitalisten oder die Interessen der Arbeiter, oder, wie einer zu den Hinweisen der Betriebsleitung auf die „Gemeinsamkeit" der Interessen meinte: „Die Tonnen und Pläne der Betriebsleitung können uns nicht interessieren! Wenn wir jetzt mit mehr Schichten aus der alten Anlage das rausholen, was eine moderne Anlage schaffen würde, dann wird möglicherweise von den Profiten, die sie dabei machen, später doch eine moderne Anlage gebaut und wir wegrationalisiert." Die zweite Schwäche kommt darin zum Ausdruck, daß in den letzten Tagen immer häufiger die Frage aufgeworfen wird: „Können die uns das nicht doch aufdiktieren? Welche Möglichkeiten haben wir denn, das zu verhindern?" Diese Frage wird jetzt diskutiert. Durch das Schwanken und Umfallen des Betriebsrats hat die Geschäftsleitung einen Fuß in die Tür gekriegt. Ganz durch ist sie allerdings noch nicht. Die Frage „Wer wen?" ist noch nicht entschieden. – (Zelle Klöckner Bremen)

Klöckner-Osnabrück

Stahltypische Zuschläge – keine Entschädigung für Schichtarbeit

Für die Eisen- und Stahlindustrie ist in § 4 des Manteltarifvertrages festge-

Klöckner-Osnabrück

Stahltypische Zuschläge – keine Entschädigung für Schichtarbeit

Für die Eisen- und Stahlindustrie ist die Vereinbarung über die stahltypischen Zuschläge gekündigt. Die stahltypischen Zuschläge sind die Zuschläge für die Mehr-, Spät-, Nacht-, Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit.

Gekündigt ist jetzt der § 7 des Manteltarifvertrages, der Zuschläge festlegt, nicht die Arbeitszeitregelung, die in § 4 des Manteltarifvertrages festgelegt ist. Der § 4 bestimmt die Schichtarbeit und legt die Konti-Arbeitsweise (rund um die Uhr) fest. Die Konti-Arbeitsweise legt fest, daß die Arbeiter nach einem Schichtplan arbeiten, der die Belegschaften in vier Schichten aufteilt in einem Vierwochengrundturnus mit durchschnittlich 42-stündiger wöchentlicher Arbeitszeit.

Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen

Mehrarbeit 1. und 2. Überstunde	25 %
Mehrarbeit 3. u. weitere Überstd.	50 %
Spätarbeit 14 – 22 Uhr	12,5 %*
Nachtarbeit 22 – 6 Uhr	20 %*
Samstags Frühschicht	15 %*
Samstags Spätschicht	25 %*
Sonntags	70 %*
Nachtmehrarbeit	50 %*
Nachtarbeit Samstag auf Sonntag	50 %*
Feiertags	100 bzw.150 %*

* vom Ecklohn

Über die Verhandlungen, die am 16. Juli zwischen den Bezirksleitungen Hagen, Münster, Essen und Köln mit dem Kapitalistenverband stattgefunden haben, läßt die IG Metall im Betrieb verbreiten, daß es keine Verhandlungen gewesen sind, sondern nur Gespräche, daß die IG Metall eine Angleichung der Zuschläge der metallverarbeitenden Industrie verlange. Hierzu ein Vergleich mit dem Manteltarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden:

Metallverarbeitende Industrie Nordwürttemberg/Nordbaden

Mehrarbeit 1. und 2. Überstunde	25 %
Mehrarbeit 3. u. weitere Überstd.	50 %
Spätarbeit 12 bis 19 Uhr	20 %
Nachtarbeit 19 bis 6 Uhr	30 %
Mehrarbeit Samstag nach 12 Uhr	50 %
Nachtmehrarbeit	50 %
Sonntags	50 %
Feiertags	100 bzw. 150 %

Der Vergleich zeigt, daß die Zuschläge in der metallverarbeitenden Industrie im Durchschnitt höher liegen.n. Auch nach einer Angleichung an die Metallverarbeitung hängt der Vertrag für die Stahlarbeiter trotzdem hinterher, denn der entsprechende Tarifvertrag für Nordwürttemberg/Nordbaden läuft bereits wieder am 31. Oktober 1976 aus.

Die einfachen Gruben- und Ofenarbeiter in Konti-Schicht bekommen einen Lohn zwischen 8,50 und 9,50 DM in der Stunde. Hinzu kommen die Zuschläge, die um die 300 DM netto im Monat ausmachen. Durch die Steuerabzugsfreiheit der Nachtzuschläge und die Sonntagsarbeit fallen die Zuschläge bei Konti-Arbeit hoch aus. Aber demgegenüber bekommt ein Former in der Stahlgießerei, der nur in Frühschicht arbeitet, einen Stundenlohn um die 12 DM. Nur durch die Zuschläge kommen die Gruben- und Ofenarbeiter auf den Effektivlohn wie die Former.

Die alleinige Erhöhung der Zuschläge wirkt nicht gegen die Auswirkungen der Schichtarbeit selbst

Bei der schon seit September andauernden Kurzarbeit ist den Stahlwerkern der Zuschlag als ein Bestandteil ihres Lohnes besonders klar geworden. Die stahltypischen Zuschläge werden bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes nicht berechnet, so daß sich ein besonders hoher Verlust ergibt. Den Arbeitern im Stahlwerk fehlen seit dem Beginn der Kurzarbeit bis heute schon über zwei Monatslöhne, besonders durch den Fortfall der Zuschläge. Immer wieder wird die Forderung nach Absicherung der Zuschläge als Einkommen sowie eine betriebliche Lohnerhöhung gefordert.

Aus der Schilderung der Verhältnisse wird klar, daß eine Erhöhung der Zuschläge den Kapitalisten keine Einschränkungen gegen die Schichtarbeit auferlegt werden.

Auf der Belegschaftsversammlung bei Klöckner im Juni forderten Arbeiter der Georgsmarienhütte und aus Osnabrück den Gewerkschaftsvertreter auf, sich für mehr Urlaub für Schichtarbeiter einzusetzen. In Georgsmarienhütte wurde ihm eine Unterschriftensammlung mit ein paar Hundert Unterschriften von Schichtarbeitern mit der Forderung nach zwei Tagen mehr Urlaub für Schichtarbeiter übergeben. In Osnabrück wurde die Schichtarbeit von einem Arbeiter angegriffen, indem er sie als gesundheitsschädlich bezeichnete. Sie lasse kein Leben mehr zu und die Bezahlung sei allemal zu niedrig, stellte er in seinem Beitrag fest. Er forderte mehr Urlaub für Schichtarbeiter, denn es gehe immer mal ein Tag weg, weil man an einer Feier teilnehmen will und bei Schicht zwangsläufig Urlaub genommen werden müsse (H., Zelle Klöckner Osnabrück und Georgsmarienhütte)

Weniger Bergleute, höhere Ausbeutung

Die Bergbau AG Dortmund will 210 Millionen DM Profit, den sie aus den Arbeitern herausgeholt hat, dazu verwenden, die in den sechziger Jahren unter Einstreichung hoher staatlicher Prämien stillgelegte Schachtanlage „Viktoria I/II" in Lünen wieder in Betrieb zu nehmen. Die Schachtanlage „Viktoria III/IV" gewährleistet in einigen Jahren keinen profitablen Abbau mehr. Die Bergarbeiter auf diesem Schacht in Lünen arbeiteten früher auf Zechen wie Zollern I und II in Dortmund. Als diese geschlossen wurden, mußten sie einen doppelt und dreifach längeren Weg zurücklegen. Jetzt werden sie erneut herumgeschoben auf einen anderen Schacht. – Insgesamt sind in den letzten 20 Jahren 127 Schächte stillgelegt worden. Auf den 40 verbliebenen arbeiten heute 107931 Bergleute unter Tage, gegenüber 377841 vor zwanzig Jahren. Das ist ein Rückgang um 71 %. Die Kohleförderung ging im gleichen Zeitraum lediglich um 39 Prozent zurück. Ein Bergarbeiter heute muß mehr als das Doppelte fördern wie 1956. – (Nach Ortsbeilage Dortmund und Süddeutsche Zeitung vom 22.7.76)

Kreiskrankenhaus Schwetzingen

Mitgliederversammlung der ÖTV hält am Kampf gegen Refa-Kommission fest

Schwetzingen. Ende Mai hatten die ÖTV-Vertrauensleute mit der Unterschriftenaktion gegen die Refa-Kontrollen mit den Forderungen begonnen:

Keine Refa-Kontrollen am Kreiskrankenhaus! Keine Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen! Keine Ausweitung von Mehrarbeit und Überstunden! Erweiterung der Stellenpläne!

Außerdem: Einberufung einer Personalversammlung zur Beratung von Maßnahmen gegen die Rationalisierungskommission gemeinsam mit dem Personalrat. (Siehe KVZ Nr. 21)

Bald nach Beginn der Unterschriftenaktion hatte über ein Drittel des Personals – manche Abteilungen geschlossen – die Forderungen mit Unterschrift unterstützt. Die ÖTV-Kreisverwaltung in Mannheim wurde aufgefordert, den Kampf zu unterstützen. Daran dachte die Kreisverwaltung jedoch nicht im Traum! Stattdessen wurden die ÖTV-Mitglieder im Personalrat, der in einem Flugblatt vor der Refa-Kommission gewarnt hatte, vom ÖTV-Kreisausschuß gemaßregelt: Als Personalräte hätten sie keinesfalls das Recht, mit eigenen Stellungnahmen in die Maßnahmen der Dienststelle einzugreifen.

Den Vertrauensleuten wurde kurz und bündig erklärt: Die Refa-Kontrollen sind nach dem Krankenhausgesetz erlaubt, also sei die Dienststelle im Recht, also könne man nichts machen. Unter der Hand ließ die Kreisverwaltung im Krankenhaus verbreiten: Die Unterschriftenaktion ist „illegal“, die Listen müssen „eingezogen“ werden.

Schließlich fand sich eine Mehrheit im Personalrat, die öffentlich erklärte: Keiner hat das Recht, in irgendeiner Form gegen die Refa-Kontrollen zu sein. Die Belegschaft traute ihren Augen nicht. Die Veröffentlichung stieß auf einhellige Ablehnung und Empörung. Einige meinten: „Was wir brauchen, ist ein Personal- und kein Verwaltungsrat!“

Genauso öffentlich haben die ÖTV-Vertrauensleute reagiert. In einem Flugblatt erklärten sie u.a.: „Zur Wahrung seiner Arbeitskraft wie auch eines verantwortlichen Arbeitsablaufes muß sich das Personal gegen Rationalisierungen auf seinem Rücken zur Wehr setzen. (. . .) Um Schranken zu errichten gegen den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft, sind die Forderungen der Unterschriftensammlung gut geeignet. (. . .) Das Recht auf die freie Betätigung für seine Interessen kann sich das Personal nicht nehmen lassen. Sie zu fördern und zu erleichtern, wäre gerade die Aufgabe des Personalrats. (. . .) Die unverzügliche Einberufung einer Personalversammlung ist nötiger denn je!“

Die ÖTV-Kreisverwaltung ließ tags darauf unter Umgehung der ÖTV-Mitglieder das Flugblatt durch das einzige DAG-Mitglied im Hause vom ÖTV-Brett entfernen, was dieses auch mit großem Vergnügen tat.

Die Haltung der Mehrheit der Vertrauensleute wurde vom größten Teil der Belegschaft eindeutig und druckvoll unterstützt. Innerhalb eines Tages hatte zum Beispiel die Gynäkologische Abteilung nahezu vollständig die Unterschriftensammlung zur Erzwingung der Personalversammlung wiederholt.

Mit der ÖTV-Kreisverwaltung wurde eine Mitgliederversammlung vereinbart. Die fand am letzten Freitag statt. Zu Beginn der gut besuchten Versammlung brachte der ÖTV-Kreissekretär dreist die Abwahl und den ÖTV-Ausschluß des Vertrauensleuteobmanns wegen Durchführung einer nicht von der Kreisverwaltung genehmigten Aktion im Wiederholungsfall ins Gespräch. Danach wurde er allerdings von den Gewerkschaftern am Krankenhaus arg ins Gebet genommen und befragt, warum die Kreisverwaltung – ebenfalls im Wiederholungsfall – uns keinerlei Unterstützung bei der Durchsetzung unserer offensichtlich vollkommen berechtigten Forderungen gewährt und unseren Kampf sogar direkt behindert habe. Wenn schon von Gewerkschaftsausschlüssen die Rede sei, dann stünden andere Personen zur Debatte. Dazu fiel dem Kreissekretär nichts ein, außer, daß die Refa-Kontrollen vielleicht doch einige für uns positive Ergebnisse bringen könnten.

Die Mitgliederversammlung hat sich aber nicht beirren lassen. Ohne Gegenstimmen wurde beschlossen:

– Die Unterschriftenaktion gegen die Refa-Kontrollen ist ein richtiger Schritt gegen die drohende Rationalisierung gewesen!

– Die ÖTV-Personalräte setzen sich für die alsbaldige Durchführung einer Personalversammlung ein!

– Die Vertrauensleute stellen der Belegschaft Informationsmaterial über die Refa-Kommission zur Verfügung.

– Die ÖTV-Kreisverwaltung wird noch einmal aufgefordert, uns beim Kampf gegen die drohenden Rationalisierungen jegliche Unterstützung zu geben.

Zuletzt ging auch noch die vom ÖTV-Kreissekretär angeregte Abwahl der Vertrauensleute in die Hose. Stattdessen wurden gerade die Gewerkschafter als Vertrauensleute neu gewählt, die sich am aktivsten für die Forderungen der Unterschriftenaktion eingesetzt hatten. Der neugewählte Vertrauensleutekörper wird die Personalversammlung gut vorbereiten und den Zusammenschluß gegen die Rationalisierungskommission weiter voranbringen müssen. –(Zelle Kreiskrankenhaus Schwetzingen)

Uniklinik Kiel

ÖTV-Vertrauensleute unterstützen Medizin-Studenten

Kiel. Die KVZ hat in ihrer letzten Nummer berichtet über den Kampf der Medizinstudenten gegen die Einführung eines praktischen Jahres, in dem sie als rechtlose Lohndrücker an den Kliniken gehalten werden sollen. Die Fachkonferenz Medizin der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hatte beschlossen, gemeinsame Kundgebungen von Klinikpersonal und Studenten gegen die Einführung dieses

nannte ,praktische Jahr'. (. . .)

Mit der Abschaffung des Status der Medizinalassistenten sollen die Studenten für ihre Arbeit im Krankenhaus kein Geld bekommen. Da z.Zt. rund 60 % der Studenten zusätzlich arbeiten, um überhaupt leben zu können, wird für diese die Finanzierung des Studiums fast unmöglich; es sei denn, reiche Eltern kommen dafür auf. Wei-

Solche Zustände sind für alle Beteiligten untragbar, deshalb fordern wir:

– sofortige ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Ausbildungsstätten, d.h. sofortiger Ausbau und sofortige Einrichtung von Lehrkrankenhäusern.

– Gleichstellung der Medizinstudenten während des ,praktischen Jahres' mit den anderen Auszubildenden am

Uniklinik Kiel

ÖTV-Vertrauensleute unterstützen Medizin-Studenten

Kiel. Die KVZ hat in ihrer letzten Nummer berichtet über den Kampf der Medizinstudenten gegen die Einführung eines praktischen Jahres, in dem sie als rechtlose Lohndrücker an den Kliniken gehalten werden sollen. Die Fachkonferenz Medizin der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hatte beschlossen, gemeinsame Kundgebungen von Klinikpersonal und Studenten gegen die Einführung dieses praktisches Jahres anzustreben. Aus Kiel erreichte uns jetzt ein von ÖTV-Vertrauensleuten der Universität Kiel herausgegebenes Flugblatt. Darin heißt es:

„Ab 1. Oktober 1976 tritt bei der Ausbildung der Ärzte an die Stelle der Medizinalassistentenzeit das sogenannte ,praktische Jahr'. (. . .)

Mit der Abschaffung des Status der Medizinalassistenten sollen die Studenten für ihre Arbeit im Krankenhaus kein Geld bekommen. Da z.Zt. rund 60 % der Studenten zusätzlich arbeiten, um überhaupt leben zu können, wird für diese die Finanzierung des Studiums fast unmöglich; es sei denn, reiche Eltern kommen dafür auf. Weiterhin haben die Studenten keinen Ausbildungsvertrag und somit keine Rechte gegenüber dem Krankenhausträger und können so auch nicht mit uns übrigen Beschäftigten für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine bessere Krankenversorgung eintreten. (. . .)

Solche Zustände sind für alle Beteiligten untragbar, deshalb fordern wir:

- sofortige ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Ausbildungsstätten, d.h. sofortiger Ausbau und sofortige Einrichtung von Lehrkrankenhäusern.
- Gleichstellung der Medizinstudenten während des ,praktischen Jahres' mit den anderen Auszubildenden am Krankenhaus, d.h. Ausbildungs- und Tarifvertrag, der beinhaltet:
- Existenzsicherung durch z.Zt. mindestens 700,– DM pro Monat
- Vertretung durch den Personalrat
- Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung einschließlich Streikrecht.“

HBV-Tarifrunde Einzelhandel Schleswig-Holstein

90 Prozent gegen das Spalterangebot

Kiel. Im Einzelhandel Schleswig-Holsteins gehen die Tarifauseinandersetzungen weiter. Am 24.5. boten die Einzelhandelskapitalisten eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,5 bis 5,2 Prozent für die Masse der Angestellten an. Die Auszubildenden sollten 25 DM erhalten.

Statt Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsstufen sollten die Angestellten im 8. Berufsjahr um 11,3 % angehoben werden, um eine breitere Schicht besser bezahlter älterer „Mitarbeiter“ zu schaffen und so eine neue Spaltungslinie unter die Belegschaften zu tragen.

Die DAG nahm dieses Angebot am 21.6.1976 sofort an! In der HBV dagegen hatte es seit Januar einen heftigen Kleinkrieg um die Aufstellung einer 135 DM-Forderung sowie einer Forderung nach Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen in den Verkäufertarifen gegeben. Der sozialdemokratische Ortsvereinsvorstand blockierte angesichts dieser klassenbewußten Strömung sowie der Kämpfe der Metaller, Drucker und der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst jede Einberufung einer Fachgruppensitzung zur Festlegung der Großen Tarifkommission.

Als Zugeständnis boten die Sozialdemokraten im Juni jedoch eine Umfrageaktion zum Angebot der Kapitalisten an. Mehrere hundert HBV-Mitglieder beteiligten sich (Die genaue Zahl wird vom HBV-Vorstand geheimgehalten). 90 % sprachen sich gegen das Verelendungs- und Spalterangebot der Kapitalisten aus.

Auf dieser Grundlage konnten die Sozialdemokraten nicht mehr umstandslos wie die DAG annehmen. Sie mußten weiterverhandeln. Allerdings stießen sie angesichts des DAG-Abschlusses nunmehr bei den Kapitalisten auf Granit. Mittlerweile ist klar, daß die Einzelhandelskapitalisten nicht einen **Zehntelpunkt** mehr **ohne Streik** herausrücken. Kampfmaßnahmen fürchten die Sozialdemokraten im Vorstand der HBV jedoch.

Zu breit ist mittlerweile die Strömung für klassenbewußte Forderungen. Sie hat sich niedergeschlagen in Solidaritätserklärungen an die streikenden Drucker. Auch die HBV-Jugend hat sich mittlerweile einstimmig für die Erkämpfung eines Existenzlohnes über eine Festgeldforderung ausgesprochen. Die Sozialdemokraten in der HBV sind daher zunächst dazu übergegangen, die Kommunisten zu isolieren.

Am 22.7. haben sie einen Brief an die Einzelhandelskapitalisten veröffentlicht. Darin heißt es vom Tarifverantwortlichen der HBV:

„Wenn ich diese starre Haltung Ihrer Tarifkommission schon bedaure, so halte ich es aber für eine große Geschmacklosigkeit, daß in der Deutschen Einzelhandelszeitung Nr. 12 v. 28. Juni der Anschein erweckt wird, als wenn die Befragungsaktion unserer Organisation motiviert wurde durch Flugblätter des Kommunistischen Bundes Westdeutschland . . . Wir verwahren uns energisch gegen jede Verbindung unserer Organisation mit extremen kommunistischen Gruppen, die bisher fast allein durch die Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes bekämpft werden!“

Eine Entscheidungshilfe für Entlassungen haben diese Arbeiterbekämpfer den Kapitalisten gleich mitgeliefert. Beim Hauptvorstand ist der Auschluß einer Kollegin beantragt worden wegen Beteiligung an der Zimbabwe-Sammlung. Einen offenen Brief der Kollegin zum angedrohten Gewerkschaftsausschluß unterzeichneten jedoch über zehn andere Mitglieder der HBV. Darin wird eine klassenkämpferische Politik auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft verteidigt. 16 Kollegen aus der Abteilung der Kollegin verfaßten zunätzlich einen offenen Brief. Die HBV-Jugendgruppe sprach sich einstimmig gegen einen Gewerkschaftsausschluß aus. Man sieht, der Kampf im Einzelhandel Schleswig-Holstein entwickelt sich prächtig. – (Innenstadtzelle Kiel)

GEW Westberlin

Bürgerliche Politiker hintertreiben Einheit im Kampf

Berlin. Für den 25. August ist eine außerordentliche Landesvertreterversammlung .ler GEW Westberlin einberufen worden. Erneut wird sie sich mit der Übernahme der Bundessatzung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse befassen. Der Akt der Unterwerfung der GEW unter die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ soll erneut vollzogen werden.

Anlaß ist die Entscheidung des Landgerichts Berlin durch Anrufung der Gruppe „Demokratischer Prozeß GEW“, daß die Übernahme der Satzung den Verlust der Autonomie des Landesverbandes Berlin bedeutet. Dies hätte einer Dreiviertelmehrheit auf der Landesvertreterversammlung bedurft, die nicht erreicht wurde. Nach der Übernahme der Satzung haben sich die Auseinandersetzungen weiter verschärft durch das Festhalten am Gastrederecht der mit Hilfe des Unvereinbarkeitsbeschlusses ausgeschlossenen GEW-Mitglieder auf zahlreichen Mitglieder-, Fachgruppen- und vorangegangenen Landesvertreterversammlungen gegen die Erpressungsmanöver des geschäftsführenden Landesvorstandes wie des Hauptvorstandes.

Die Sozialdemokraten und Revisionisten haben sich im Verlauf der Auseinandersetzung mit ihren Unterwerfungsversuchen und zahllosen Betrugsmanövern unter der Mitgliedschaft diskreditiert und an Vertrauen verloren.

Den Widerspruch der Lehrerschaft zum Dienstherrn, dem bürgerlichen Staat, abzustumpfen und die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer zu orientieren am Auftrag des bürgerlichen Staates, zeigten sie sich zunehmend weniger in der Lage.

Bürgerliche Politiker vom Schlage des Sozialistischen Büros sprangen ein, die Rolle der Sozialdemokraten und Revisionisten zu übernehmen.

Die Anrufung des bürgerlichen Gerichts zwecks Intervention in die Koalitionsfreiheit ist mit der Absicht erfolgt, die Initiativen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer zu ersticken und zu vertuschen, daß sie während der Unterwerfungskampagne des Herrn Frister keinen Winkelzug ausgelassen haben, um die Massen an der Entfaltung des Widerstands gegen die Satzungsübernahme zu hindern.

Ihre Absicht offenbart die Furcht vor dem Willen der Lehrer, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat voranzutreiben und darin zu erkennen, daß sie sich von solchen bürgerlichen Politikern befreien müssen.

Um der entfalteten Bewegung die radikale Spitze zu nehmen und sie zu stumpfen, wird behauptet, der Gerichtssaal sei der geeignete Ort, die Kämpfe der Lehrer auszutragen.

Der Widerstand gegen Mehrarbeit, Arbeitshetze, politische Entrechtung, Kontrolle seitens des staatlichen Dienstherrn wie die Indienstnahme durch den bürgerlichen Staat gegen die Volksmassen ist weit entwickelt. So wurde unter den Studienreferendaren aufgezwungene Mehrarbeit verweigert, wurde der Kampf im öffentlichen Dienst für 135 DM breit unterstützt. Trotz Polizeieinsatz und Hausverboten gegen radikale Lehrer wurde die Anwesenheit in den Ausbildungsseminaren durchgesetzt, wurden Volksbildungsstadträte auf Grund eingeleiteter Entlassungsanträge wegen KBW-Kandidatur oder KVZ-Verkauf öffentlich zur Rechenschaft gezogen.

Der Versuch der Aufweichung und Spaltung wird von der bürgerlichen Linie in Gestalt sogenannter Fortschrittlichkeit betrieben. Die SB-Politiker, deren Parteineugründungsdiskussion einen Neuaufguß der abgehalfterten SPD-Politik darstellt, tritt im Gewande parteipolitischer Neutralität auf, wenn sie in einem Antrag auf einer Mitgliederversammlung am 21.6.76 anläßlich der Abschlußdemonstration zu den Berufsschultagen von den Mitgliedern verabschieden lassen wollten, daß die mitgetragenen Parolen wie „Weg mit dem Beamtenrecht“, „Für Einheitsschule unter Volkskontrolle“, „Weg mit dem KPD-Verbot“ „eine Ausnutzung der Demonstration zur Propagierung parteipolitischer Forderungen“ bedeuten, die der „Notwendigkeit des einheitlichen Auftretens der Gewerkschaft widerspricht und das Interesse vieler Kollegen verletzt“.

Die Bedingungen unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern, sich zu befreien von dem Umklammerungsversuch bürgerlicher Politiker, sind jedoch gut. Dieser Schritt ist notwendig und muß bewußt getan werden, um die notwendige Einheit für die zu führende Auseinandersetzung zu erreichen.

Nicht nur der Landesverband Westberlin muß im Kampf für die Interessen der Masse der Lehrer die bürgerlichen Politiker in unterschiedlichem Gewande aus dem Wege räumen. In der gesamten GEW wird diese Auseinandersetzung um die Ziele der GEW geführt. Entschieden werden kann der Kampf auf einer außerordentlich einberufenen Bundesvertreterversammlung in der Abrechnung mit der Politik der Verschmelzung mit dem bürgerlichen Staat und im Sturz der Vertreter dieser Politik. – (bs, Westberlin)

Revisionisten zu übernehmen.

Die Anrufung des bürgerlichen Gerichts zwecks Intervention in die Koalitionsfreiheit ist mit der Absicht erfolgt, die Initiativen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer zu ersticken und zu vertuschen, daß sie während der Unterwerfungskampagne des Herrn Frister keinen Winkelzug ausgelassen haben, um die Massen an der Entfaltung des Widerstands gegen die Satzungsübernahme zu hindern.

Ihre Absicht offenbart die Furcht vor dem Willen der Lehrer, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat voranzutreiben und darin zu erkennen, daß sie sich von solchen bürgerlichen Politikern befreien müssen.

Um der entfalteten Bewegung die

sind jedoch gut. Dieser Schritt ist notwendig und muß bewußt getan werden, um die notwendige Einheit für die zu führende Auseinandersetzung zu erreichen.

Nicht nur der Landesverband Westberlin muß im Kampf für die Interessen der Masse der Lehrer die bürgerlichen Politiker in unterschiedlichem Gewande aus dem Wege räumen. In der gesamten GEW wird diese Auseinandersetzung um die Ziele der GEW geführt. Entschieden werden kann der Kampf auf einer außerordentlich einberufenen Bundesvertreterversammlung in der Abrechnung mit der Politik der Verschmelzung mit dem bürgerlichen Staat und im Sturz der Vertreter dieser Politik. – (bs, Westberlin)

Jagdprämie für Behördenleiter

Augsburg. Der Personalausschuß der Stadt hat mit den Stimmen der SPD beschlossen, „die Position von sechs städtischen Amtsleitern aufzuwerten“. Der Sprung von A 14 nach A 15 macht sich im Endgehalt der Amtsleiter mit einem Plus von 500 DM im Monat bemerkbar. Die außerordentlichen Beförderungen werden vom Oberbürgermeister folgendermaßen begründet: „Vier der beförderten Amtsleiter haben unmittelbar mit den aktuellen Sparmaßnahmen im Personalsektor – bekanntlich sollen sieben Prozent der Beschäftigten eingespart werden – zu tun.“ (Süddeutsche Zeitung, 10.7.) Es sind dies der Leiter des Organisationsamtes, des Personalamtes, des Rechnungsprüfungsamtes und des Kämmereiamtes. Die hohen Dienstaufsichtsbeamten bekommen also ausdrücklich eine Jagdprämie für rausgeworfene Lohnabhängige und zu steigerndes Arbeitstempo. Wenn die Bourgeoisie vom Sparen spricht, hat sie regelmäßig nur die Löhne der Arbeiter, der kleinen Angestellten und Beamten im Auge. (nach Ortsbeilage Augsburg)

Frister: Eine Offenbarung über Spaltung

Der GEW-Vorsitzende Frister versucht in der Juli-Ausgabe von „Erziehung und Wissenschaft“ die breit vorhandene Solidarität unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern Westdeutschlands mit dem Befreiungskampf der spanischen Arbeiterklasse der von ihm seit Jahr und Tag betriebenen Spaltung der GEW nutzbar zu machen. In einem Artikel fordert er auf zur Unterstützung der reformistischen spanischen Richtungsgewerkschaft für Lehrer FETE, die der sozialdemokratischen UGT zugehört. Die UGT stellt sich ausdrücklich als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft den Einheitsorganisationen der spanischen Arbeiterklasse, den Arbeiterkommissionen, entgegen und versucht sie zu spalten. Fristers Begründung: „Die deutsche Gewerkschaftsorganisation der undifferenzierten Einheitsgewerkschaft, die wir uns wegen der geringen Bedeutung der Kommunisten in der Bundesrepublik leisten können, wird von den UGT-Kollegen aufgrund der portugiesischen Erfahrungen und des französischen Vorbildes nicht als zweckmäßig für die Lösung der eigenen Probleme angesehen.“ Die den sozialdemokratischen Führern in den Gewerkschaften „eigenen Probleme“ bestehen darin, die Bewegung der Lohnabhängigen zu spalten und sie für den einen oder anderen Vorstandsposten an die Kapitalisten auszuliefern. Dazu, so Frister, ist in Spanien eine eigene Organisation nötig. Es ist das die Ankündigung, auch in Westdeutschland bedenkenlos die Gewerkschaft zu spalten, wenn die bürgerliche Politik nicht durchgesetzt werden kann.

Vorbereitungszeit für Lehrerin zur Überwachung und politischen „Bewährung“

Mannheim. Die Lehrerin G. Siegmann, die in einem offenen Brief ihre Bespitzelung durch Aufsichtsbeamte des Kultusministeriums zurückgewiesen hatte (KVZ 36/75), ist in den Vorbereitungsdienst übernommen worden. In dem Bescheid heißt es: „Es sollte ihr jedoch gleichzeitig bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Widerruf eröffnet werden, daß ihre spätere Übernahme als Lehrerin nicht vertretbar erscheint, sofern sie sich von ihrem bisherigen Verhalten nicht eindeutig distanziert.“

GEW Fachgruppe gegen Anhörungsverfahren

Gelsenkirchen. Die Fachgruppe Grund- und Hauptschule der GEW Gelsenkirchen hat am 9.7. mit großer Mehrheit eine Resolution gegen das Überwachungs- und Anhörungsverfahren gegen die Lehrerin Barbara Mels beschlossen. Darin heißt es: „Dies ist die alte Praxis der politischen Überprüfung, die darauf abzielt, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in ihrer freien gewerkschaftlichen und politischen Betätigung zu behindern. Gegen die Fortsetzung dieser Praxis protestieren wir und fordern Sie (den Regierungspräsidenten in Münster) auf, das Anhörungsverfahren sofort einzustellen.“

Daimler-Benz

Hinter der Atrappe des Reformmodells die Verringerung der Ausbildung geprobt

Mannheim/Gaggenau. In Gaggenau führt die Daimler-Benz AG seit 1972 einen „Modellversuch" für ein „Berufsgrundbildungsjahr in Betrieb und Schule" durch. Das Modell wird vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zu 90% finanziert, die weitere Ausbildung nach dem ersten Jahr – die Ausbildung dauert insgesamt drei Jahre – zu 50%.

Vor kurzem hat Staatssekretär Jochimsen gegenüber der Presse verlauten lassen, das Gaggenauer Modell habe „die Möglichkeit aufgezeigt, wie auch Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß eine qualifizierte Ausbildung vermittelt werden kann. Die hier erprobten Methoden sollten deshalb auch anderorts in die Praxis umgesetzt werden".

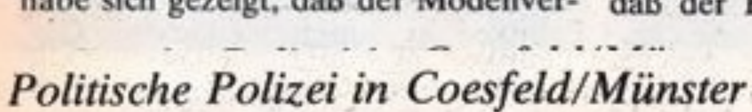
Es fragt sich, was in Gaggenau „erprobt" worden ist.

Zunächst, es handelt sich in Gaggenau um ein „Berufsgrundbildungsjahr in Betrieb und Schule", um ein sogenanntes „kooperatives Berufsgrundbildungsjahr". Von der bisherigen Berufsausbildung unterscheidet sich das dadurch, daß im ersten Jahr der Berufsschulunterricht auf zwei Tage in der Woche ausgedehnt wird und das erste Jahr inhaltlich Grundfertigkeiten vermitteln soll, die für mehrere Berufe eines Bereichs nötig sind.

„Schneidung des Berufsfeldes Metall"

In dem Gaggenauer Modell werden den Lehrlingen die verschiedenen Grundfertigkeiten der Metallbearbeitung wie Feilen, Sägen, Fräsen, Bohren usw. abschnittsweise beigebracht. Renommierstück des „Modells" ist eine Dampfmaschine, die die Lehrlinge innerhalb des Grundbildungsjahres herstellen. Erst nach dem ersten Jahr wird festgelegt, für welchen Beruf die Lehrlinge weiter ausgebildet werden.

Gegenwärtig ist nun die Daimler-Benz AG dabei, die Ergebnisse des Modellversuchs auszuwerten. Bereits im Dezember letzten Jahres hatte in einem Informationsblatt für die Ausbilder bei der Benz-AG gestanden, es habe sich gezeigt, daß der Modellver-



such „auch für eine sinnvolle Untergliederung und Abgrenzung von Teilfeldern des Berufsfeldes Metall von Bedeutung sei". Inzwischen hat die Daimler-Benz AG ein neues „Modell" vorgelegt, in dem die Erfahrungen aus dem Gaggenauer Modell verarbeitet seien.

Jetzt kann man sehen, was in Gaggenau erprobt worden ist und warum das Modell so „richtungweisend" für die Kapitalisten ist. Nach dem neuen Modell soll die gemeinsame Grundausbildung auf ein halbes Jahr verkürzt werden. Danach wird „differenziert", und zwar nach drei Schwerpunkten – feinschlosserische Berufe, grobschlosserische Berufe und Werkzeugmaschinen-Berufe. Die Grundfertigkeiten aus dem alten Modell sollen jetzt im Durchmarsch in vorgegebenen Zeitabschnitten innerhalb des ersten Halbjahres erlernt werden.

Für Drehen zum Beispiel sind zwei Wochen Ausbildungszeit vorgesehen. Im zweiten Halbjahr soll der angehende Feinschlosser noch weitere zwei Wochen drehen lernen, der Grobschlosser erhält überhaupt keine weitere Ausbildung im Drehen, während der Lehrgang für „werkzeugmaschinenorientierte" Berufe neun weitere Wochen Ausbildung im Drehen vorsieht. Ähnlich sind die anderen Fertigkeiten aufgeteilt.

Die Dampfmaschine ist gestrichen. Hergestellt werden sollen jetzt verschiedene Teile für die Lastwagenproduktion. Außerdem soll jetzt gleich zu Beginn der Ausbildung in den Ausbildungsverträgen festgelegt werden, für welchen Beruf ausgebildet wird.

Die Benz-Kapitalisten haben also das Gaggenauer Modell zu dem Zweck durchführen lassen, um herauszufinden, wie sich die bisherigen Metallberufe in einfachere Tätigkeiten zerlegen lassen, und was an „anwendungsbezogener" Ausbildung für diese einfachen Tätigkeiten notwendig und was für die Zwecke der Kapitalisten überflüssig ist.

Die Zerlegung der Ausbildung in die verschiedenen „Bausteine" eigne sich auch für eine „Blockbeschulung", erläutert die Geschäftsleitung ihre Neukonzeption. „Blockbeschulung" heißt, daß der Berufsschulunterricht in bestimmte Blöcke von vielleicht jeweils sechs Wochen zusammengefaßt wird, so daß die Lehrlinge in der übrigen Zeit den Kapitalisten im Betrieb uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Das Ganze steht unmittelbar im Zusammenhang mit Plänen der Metallkapitalisten, die Ausbildungszeit für die meisten Metallberufe nach einer „Neuordnung des Berufsfeldes Metall" auf zwei Jahre zu verkürzen.

Das Gaggenauer Modell, mit Steuergeldern finanziert, dient also unmittelbar der Vorbereitung einer weiteren Verschlechterung und Verengung der Ausbildung für die Mehrzahl der Lehrlinge im Metallbereich.

Aus dem dreijährigen Reformmodell schlüpft eine zweijährige „Sonderausbildung"

Das Gaggenauer Modell wurde als dreijähriges Reformmodell in Szene gesetzt, die Dampfmaschine als Zugnummer. Und schon bei der Auswertung des ersten Durchlaufs kommt eine zweijährige „Sonderausbildung" heraus, bei der die Geschäftsleitung den „Kreis der sogenannten lernbehinderten Jugendlichen ... vordringlich berücksichtigen" wolle. Schließlich, so ein Herr Dolde für die Daimler-Benz AG, könne zur Zeit beobachtet werden, daß der Anteil derjenigen, die ihre Lehre abbrechen bzw. die Prüfung nicht bestehen, zunehme. Es müsse gesehen werden, daß es auch Jugendliche gebe, die den Abschluß einer dreijährigen Ausbildung nicht schafften. Wie doch alles ineinandergreift:

Nachdem in den Hauptschulen dafür gesorgt worden ist, daß ein wachsender Teil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß die Schule verläßt oder gleich auf die Sonderschule abgeschoben wird – allein 1975 verließen 130000 Schüler ohne Abschluß die Hauptschulen und die Sonderschulen –, geben die Kapitalisten jetzt die planmäßige Verkümmerung der Fähigkeiten der Jugendlichen als „Starthilfen für Schulabgänger ohne Abschluß" aus, wie sich das Institut der Deutschen Wirtschaft ausdrückte (Handelsblatt, 23./24.7.76)



Bremen. Solidaritätssportfest zur Unterstützung der ZANU – große Begeisterung bei chinesischen Gymnastikübungen

Unterstützung für den Kampf des Volkes von Zimbabwe

Bremen. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe hatten der Kommunistische Jugendbund und der Kommunistische Studentenbund in Bremen am letzten Samstag zu einem Sportfest auf den großen Sportanlagen am Werdersee aufgerufen. Über 400 kamen und machten die Solidaritätsveranstaltung zu einem großen Erfolg. Das Sportamt hatte die Benutzung von öffentlichen Sportanlagen verweigert, die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe sei nicht „gemeinnützig". Die Besucher scherten sich um die Schikane nicht. Gleich zu Anfang wurde in einer Ansprache die Bedeutung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe hervorgehoben und wurden die Ziele der ZANU propagiert und die Notwendigkeit, diesen Kampf tatkräftig zu unterstützen. An den Spielen in verschiedenen Sportarten nahmen insgesamt neun Fußballmannschaften teil, darunter eine Mannschaft aus dem Jugendzentrum in der Mainstraße, die zum größten Teil von türkischen Jugendlichen gestellt wurde, eine Mannschaft vom Bremer Vulkan und Mannschaften aus verschiedenen Stadtteilen, gestellt von den Mitgliedern der Stadtteilzellen und Jugendlichen aus dem Viertel. Ebenso Volleyballmannschaften. Mit großer Begeisterung wurden chinesische Gymnastikübungen von allen gemeinsam durchgeführt (siehe Bild). Büchertische und Basare wären aufgebaut. Insgesamt brachte die Veranstaltung einen Reinerlös von 700 DM für die Beschaffung der vier Lastwagen für die ZANU.

Kassel. Mit Ständen am Wochenende vor dem Fuldaer Bad hat der Jugendleserkreis der Kommunistischen Volkszeitung über den Befreiungskampf in Zimbabwe informiert und Spenden gesammelt.

Bochum. Durch ein Fußballturnier unterstützten Jugendliche in Bochum den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Die Mannschaft des Jugendzentrums Ickern schlug die Mannschaft des KBW haushoch. Am Abend wurde über die Lage des Befreiungskampfes berichtet und über die Vorbereitung des Besuches des Genossen Tekere diskutiert. Insgesamt 200 DM an Spenden wurden an diesem Tage gesammelt.

Politische Polizei in Coesfeld/Münster

Hausdurchsuchungen bei Jugendlichen

Coesfeld/Münster. Unter dem Vorwand, Belastungsmaterial wegen vorsätzlicher Brandstiftung sicherzustellen, wurde am Dienstag, dem 13. Juli, eine Hausdurchsuchung der Wohnungen von fünf Coesfelder Jugendlichen vorgenommen. Diese fünf Jugendlichen waren im Kampf für ein Jugendzentrum in Coesfeld vor einem Jahr besonders aktiv gewesen. Der Kampf der Coesfelder Jugendlichen für ihr Jugendzentrum war damals in den Sommerferien 1975 von der Stadt zerschlagen worden, indem das Jugendzentrum auf unbestimmte Zeit geschlossen, der fortschrittliche Sozialarbeiter entlassen und indem begonnen wurde, den Kampf der Coesfelder Jugendlichen zu kriminalisieren. Als Vorwand hierfür nahm die Stadt einen Drohbrief, in dem sie aufgefordert wurde, das Jugendzentrum wieder zu eröffnen, andernfalls würde es Brandanschläge geben. Unterzeichnet wurde dieser Brief mit „Die kleine Baader-Meinhof-Bande". Diese Brandanschläge passierten dann auch tatsächlich. Im Laufe des letzten Jahres wurde fast jeden Mittwoch eine leerstehende Scheune, ein Abbruchhaus oder ähnliches angezündet. In zwei weiteren Drohbriefen erklärte sich die „Kleine Baader-Meinhof-Bande" hierfür verantwortlich und kündigte neue Anschläge an. Aus Münster wurde zur Ermittlung eine Sonderkommission der politischen Polizei (14. Kommissariat) geschickt, deren Leiter ein Kriminalhauptkommissar Flormann ist. Der Leiter des 14. Kommissariats war auch persönlich in Coesfeld, um Verhöre durchzuführen. Die Sonderkommission führte die Wohnungsdurchsuchungen durch, zusammen mit fünf Coesfelder Polizisten. Unter dem Vorwand, Schriftproben zum Vergleich mit den Drohbriefen sicherzustellen, wurde alles mögliche politische Material mitgenommen, z.B. Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung, ein Beschluß des Zentralen Komitees des KBW, eine Broschüre des KBW, Mitgliederbriefe des Kommunistischen Schülerbundes, Material zum 13. Strafrechtsänderungsgesetz usw. Es ging nicht um Brandstiftung, das 14. Kommissariat wollte Informationen über die politische Tätigkeit der fünf Jugendlichen. Es wollte wissen, welche politischen Verbindungen die Jugendlichen haben, die vor einem Jahr zum Teil kommunistische Anschauungen in den Kampf ums Jugendzentrum getragen hatten. Und das zeigt, wovor sich die Bourgeoisie fürchtet: daß immer mehr Teile des Volkes sich gegen diesen Staat zusammenschließen und den Marxismus-Leninismus als die Richtschnur ihres Kampfes erkennen.

Türkische Eltern verlangen Entlassung eines faschistischen Lehrers

Celle. Die Kinder der in Celle lebenden türkischen Familien erhalten in der Schule Unterricht zur Erlernung der türkischen Sprache. An der Altstädter Schule wird dieser türkische Sprachunterricht für ca. 100 Kinder, darunter 80% Kurden, von einem türkischen Faschisten gegeben. Er hat kein Interesse daran, den Kurden-Kindern die türkische Sprache beizubringen. Sie sollten lieber nach Hause gehen und dort lernen! Obwohl die meisten Kinder jetzt seit 4 Jahren diesen Sprachunterricht besucht haben, können sie kaum einen Satz türkisch schreiben oder lesen.

Die Eltern der Kinder haben ein berechtigtes Interesse daran, daß ihre Kinder eine gute Schul- und Berufsausbildung erhalten. Wollen diese Kinder später einmal in die Türkei zurückkehren, müssen sie die türkische Sprache gut beherrschen, denn nur dann können sie dort weiter zur Schule gehen oder einen Beruf ausüben.

Daran aber hat der jetzige türkische Sprachlehrer kein Interesse. Umso mehr Zeit widmet er dem Aufbau und der Propaganda für die faschistische „Nationale Bewegungspartei" (MHP). Gestützt auf den US-Imperialismus und seine Streitkräfte in der Türkei verfolgt die MHP das Ziel, mit Waffengewalt einen imperialistischen Staat für alle Türken auf dem Boden des früheren osmanischen Reiches zu errichten. Im Innern versucht sie, mit bewaffneten Horden jegliche demokratischen und insbesondere revolutionären Bestrebungen des türkischen Volkes im Keim zu ersticken.

Obwohl selbst die reaktionäre Regierung Demiral gemäß der türkischen Verfassung gezwungen war, die Nationale Bewegungspartei zu verbieten, wirbt der türkische Sprachlehrer für diese faschistische Organisation und kassiert für sie Beiträge.

An einem solchen Lehrer haben die türkischen Familien kein Interesse! Ende Mai haben sie deshalb Unterschriften (bisher 75) gesammelt mit den Forderungen nach sofortiger Entlassung des bisherigen Sprachlehrers an der Altstädter Schule und Einstellung eines neuen, fortschrittlichen türkischen Lehrers aus Frankfurt. Dieser ist selbst Kurde, versteht die Kinder daher besser und kann so auch einen effektiveren Sprachunterricht geben. Dieser Lehrer hat sich beim zuständigen Regierungspräsidenten in Lüneburg beworben, wurde aber mit der Begründung abgelehnt, es könnten keine neuen Lehrer eingestellt werden. Angesichts der Aktivitäten der Eltern hat er diese in einem Gespräch damit zu beschwichtigen versucht, daß er den Frankfurter Lehrer möglicherweise für 12 Wochenstunden einstellen könne. Doch bis heute haben die türkischen Familien keine Zusage aus Lüneburg erhalten.

Mit dieser Situation wollen sich die Türken im Interesse einer guten Ausbildung ihrer Kinder nicht zufrieden geben. Sie halten fest an den Forderungen: Sofortige Entlassung des bisherigen Sprachlehrers! Einstellung eines neuen türkischen Sprachlehrers! – (Aus Ortsbeilage Celle)

Würzburg. Am Samstag demonstrierten 60 bis 75 Jugendliche gegen die staatliche Bevormundung am Jugendzentrum Falkenhof. Es war seit Jahren die erste Demonstration in Würzburg. Angefangen hatte es damit, daß die Stadt die Öffnungszeiten des Jugendzentrums heruntersetzte und, weil das nicht so ohne weiteres durchgesetzt werden konnte, Clubausweise einführte und ständige Kontrollen. Am 14. Juli besetzten darauf 40 Jugendliche nach einer Demonstration das Haus. Die Polizei rückte an, die Jugendlichen, unvorbereitet auf eine solche Konfrontation, verließen das Haus. Auf der erneuten Demonstration bekräftigten die Jugendlichen ihre Forderungen: Abschaffung der Clubausweise, Selbstverwaltung des Jugendzentrums!

Westberlin. Um die Vernutzung der Arbeitskraft von Lehrlingen auszudehnen, haben die Kammern der Ärzte und Apotheker an den Senat die Forderung nach Berufsschulunterricht am Samstag gestellt. Wie der „Tagesspiegel" vom 17. Juli schreibt, hat der Westberliner Senat dazu festgestellt, „nach dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz sei es nicht ohne weiteres unzumutbar, am Sonnabend Berufsschulunterricht vorzusehen. (...) Er werte die Forderungen als Diskussionsvorschläge, die die Sicherstellung der praktischen Berufsausbildung zum Ziel haben."

Karlsruhe. In der KVZ Nr. 27 haben wir vom Kampf gegen die Entlassung dreier Krankenpflegeschüler am Städtischen Krankenhaus berichtet, allesamt konsequente Interessenvertreter der Pflegeschüler. Jetzt wurde beim Arbeitsgericht die vorläufige Wiedereinstellung durch eine einstweilige Verfügung erreicht. Das Gericht stellte fest, daß der Personalrat vor Aussprechen der Kündigungen habe gehört werden müssen. Der Prozeß selbst soll Mitte August stattfinden. Der Kampf gegen die Entlassungen ist inzwischen auch von der Gewerkschaftsgruppe des St. Vincentius-Krankenhauses in Karlsruhe, von der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften der Universität und durch eine Protestresolution von Beschäftigten am Klinikum Steglitz in Westberlin unterstützt worden. Die ÖTV-Initiativgruppe am Sigmaringer Krankenhaus sammelte 104 Unterschriften und eine Protestversammlung wird vorbereitet.

Die Schikanen auf den Beratungsstellen schüren den Haß auf den § 218

Hamburg. Mit den Beratungsstellen schikaniert und beschnüffelt der bürgerliche Staat Frauen, die zu Abtreibungen gezwungen sind. Dort werden sie registriert, um sie im gegebenen Fall vor Gericht zu schleppen und ins Gefängnis zu werfen. Dem Haß auf den Unterdrückungsparagrafen 218 hat die Tätigkeit dieser Beratungsstellen schon nach einem Monat viel neue Nahrung gegeben. Das Reformhemdchen erweist sich trotz Großeinsatzes der bürgerlichen Presse als zu kurz, um den Polizeicharakter des Gesetzes zu verhüllen.

Das Komitee gegen den § 218 in Hamburg-Altona ist bereits dreimal zu den Beratungsterminen der Pro Familia in der Bülowstraße gegangen – die Stelle ist in einem Entbindungsheim untergebracht –, um direkt am Ort gegen den § 218 zu agitieren, die Tätigkeit dieser Stellen gleich ans Licht zu zerren und die Frauen dort gegen die Bevormundung und Schikanierung zu unterstützen. Es hat sich gezeigt, daß sich die Konfrontation in der Beratungsstelle zuspitzt.

Jedesmal sind etwa 20 Frauen und einige Männer dagewesen. Sicher 40 Prozent waren Ausländer. Reiche Frauen sind dort nie gesehen worden. Zwei bis drei Stunden müssen die Frauen warten. Der Arzt kommt immer eine Stunde zu spät.

Keiner ist dort freiwillig hingekommen. Alle sind fest entschlossen, abzutreiben. Eine Frau erklärt uns, daß sie ihr drittes Kind gerne haben würde, aber es gehe nicht, wie soll sie es großziehen? Wenn sie hier keine Genehmigung kriege, müsse sie es illegal machen.

Die Maske der Menschlichkeit fällt in der Beratung schnell herunter. Eine Afrikanerin berichtete, der Arzt habe sie wegen Sprachschwierigkeiten wieder weggeschickt. Ein Mitglied des Komitees begleitet sie, bietet sich als Übersetzer an. Der Arzt wird jetzt unsicher und wütend. Es stellt sich heraus, daß er durchaus englisch kann. Das Gesetz gibt ihm halt Gelegenheit, so mit der Frau umzuspringen.

Die Frau schildert ihre Lage. Sie studiert jetzt. Drei Kinder wachsen bei den Eltern auf. Dem Arzt reicht das nicht. Er quetscht die Afrikanerin aus, über ihren Freund, über Verhütungsmittel, bis sie in Tränen ausbricht. Dann stellt er ihr schnell doch noch eine „Indikation" aus. Die Afrikanerin erklärt den Wartenden draußen, wie sie behandelt worden ist, sie habe den Arzt gebeten, langsamer zu sprechen, um ihn zu verstehen. Das habe er abgelehnt, Deutsch sei halt seine Muttersprache, da könne er nicht anders. Die Afrikanerin will die Adresse des Komitees, sie hat einen großen Haß auf diesen § 218.

Eine andere Frau wird wegen eines fehlenden Attestes angeschrieen und von dem Sprechzimmer geworfen. Sie ist zunächst völlig verblüfft, das hat sie nicht erwartet, daß sie so menschenfeindlich behandelt wird.

Schon während der Wartezeit war sie zu uns herausgekommen und hatte uns von ihrer Situation erzählt. Im vierten Monat, der Mann erst krank, dann arbeitslos. Zur Zeit kriegt er 220 DM Krankengeld die Woche. Sie haben einige tausend DM Schulden. Als der Arzt ihr gesagt hat, daß sie ein Kind kriegt, sei ihr klargeworden, daß das überhaupt nicht geht, so gerne sie es haben würde, aber wovon? Jetzt ist sie wütend. Für sie ist jeder Tag kostbar, sie ist im vierten Monat. Und dann wird sie rausgeschmissen.

Alle fanden es richtig, daß das Komitee zu der Beratungsstelle gekommen ist und sie unterstützt. Vier haben die Forderungen der Komitees unterschrieben. Drei haben sich Broschüren über das neue Gesetz gekauft. Am darauffolgenden Samstag hat das Komitee in Altona über die Erfahrungen bei der Beratungsstelle informiert und aufgerufen, solange zu kämpfen, bis dieser Schandparagraf beseitigt ist.

An der Beratungsstelle steht jetzt die Forderung: Streichung des § 218! Volksentscheid! – (h., Hamburg)



Mannheim. Über die Tätigkeit der Beratungsstellen haben das Mannheimer Komitee gegen den § 218 und die Ortsgruppe des KBW am letzten Samstag auf einer Kundgebung gegen den § 218 anhand von praktischen Erfahrungen berichtet, gegen die Lügen, die der „Mannheimer Morgen" über das neue Gesetz und die Beratung verbreitet hat. „Ja, wogegen kämpft ihr denn jetzt noch?", wurde gefagt. „Ich denke, nach dem neuen Gesetz kann man auch wirtschaftliche Gründe anführen. Das ist doch für die meisten Familien das Entscheidende", sagte eine junge Frau. Anhand des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wurde ihr erklärt, daß die Richter es für eine zumutbare „Normalsituation" ansehen, daß eine Familie nicht mehr weiß, wie sie ein Kind ernähren soll. Es wurde berichtet, daß die Frauen auf den Beratungsstellen registriert werden und daß hinter der Beratungsstelle der Richter und das Gefängnis lauern. „Dann ist das ja alles nicht wahr, was da immer gesagt wird", meinte die junge Frau zornig. „Das ist ja eine unglaubliche Sauerei! Geben Sie mir diese beiden Broschüren, die will ich genau lesen und mit meinen Bekannten darüber sprechen. Und auf der Unterschriftenliste unterschreiben will ich auch. Denn der § 218. Denn der § 218 muß jetzt endlich vollständig weg!"

„Das Plakat häng ich dahin, wo's hingehört"

Essen. Als wir neulich am Frohnhauser Markt ein Plakat gegen den § 218 klebten, kam ein Arbeiter und fragte, ob er so ein Plakat haben könne. Wir gaben ihm eins und fragten, was er damit machen wolle. „Das häng ich dahin, wo's hingehört!" „Was meinen Sie denn damit? Wollen Sie es vielleicht an eine Kirche hängen?" „Nein, das häng ich ans Klinikum, da muß es hin." Und dann erzählte er uns mit großer Wut, wie seine Frau gegen ihren und seinen Willen im Klinikum dazu getrieben wurde, ein Kind zu behalten, bei dem sich eine Fehlgeburt eingestellt hatte. Und wie die Ärzte um des Profits willen seine Frau 3 Wochen im Krankenhaus behalten haben. „Gegen den § 218 bin ich schon immer", fügte er noch an. Wir vereinbarten einen Termin, an dem er uns genau über die Sache im Klinikum und die Situation seiner Familie berichten will. Auch versprach er, zum Komitee gegen den § 218 zu kommen. (f., Essen)

Neuerscheinung



Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Neufassung des § 218:

„Beratung" und „soziale Hilfen" – staatliche Fallgruben für das Volk

Eine Antwort auf die Broschüre „Vor der Entscheidung steht die Beratung" des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn

Komitees und Initiativen gegen den § 218

Heidelberg

Widerstand gegen die Illegalisierung der demokratischen und revolutionären Bewegung

Heidelberg. Jetzt, wo die herrschende Klasse dreimal über ein Jahr Gefängnis gegen Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) ausgesprochen hat wegen Widerstandes gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßenbahn und Bergbahn AG im Sommer 1975, will sie diese Urteile nutzen, um weitere Schläge gegen Revolutionäre und Beteiligte an den Fahrpreisdemonstrationen vorzubereiten.

Datiert vom 16.7. erhob die Staatsanwaltschaft Heidelberg 3 neuerliche Anklagen gegen die Genossin Helga Rosenbaum, Mitglied des ZK des KBW und Sekretärin der Ortsleitung Heidelberg des KBW. Erneut soll Genossin Rosenbaum vor Gericht gestellt werden, u.a. wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Aufruf zu strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit den Boykottaktionen des KBW gegen die Oberbürgermeisterwahlen in Heidelberg am 9. Mai 1976, die sich gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum von der Oberbürgermeisterkandidatur richteten. Ferner wird erneut Anklage erhoben, da die Genossin Rosenbaum im Gericht während der HSB-Prozesse Oberbürgermeister Zundel als Strichjungen des Kapitals bezeichnet hat; eine erste Verurteilung wegen diesen Vergehens war mit dem Urteil im HSB-Prozess zusammengezogen und zu der Gesamtstrafe von 13 Monaten hinzugerechnet worden. Wegen ihres Plädoyers hierzu soll sie jetzt erneut wiederum abgeurteilt werden.

Mit Schreiben vom 16.7. hat die Staatsanwaltschaft Heidelberg ein Ermittlungsverfahren gegen die Genossin Helga Rosenbaum eingeleitet, worin ihr verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen vorgeworfen werden. Sie habe einen Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Heidelberg vom 24.5.76 in der Kommunistischen Jugendzeitung vom 2.6.76 teilweise abgedruckt. Dies stelle eine Straftat nach § 353 d Ziffer 3 StGB dar. Bei dem Durchsuchungsbefehl handelte es sich um die Hausdurchsuchungen bei den Familien der Jugendlichen im Emmertsgrund, die Ende Mai von der Polizei überfallartig durchgeführt wurden im Zusammenhang mit der Schließung des Jugendzentrums Emmertsgrund.

In der letzten Woche ließ die Staatsanwaltschaft Heidelberg 5 Menschen, teils aus dem Bett heraus, teils vom Arbeitsplatz weg festnehmen, um sie erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, um ihnen dann eine Anzeige wegen Beteiligung an den Fahrpreiskämpfen aufzuhängen. In zwei Fällen wurden die Festnahmen im Gerichtsgebäude durchgeführt, in einem Fall war der Angeklagte gerade zu 500 DM Geldstrafe wegen Unterschriftensammlung gegen den § 218 an der Universität verurteilt worden.

Diese Schritte zeigen sehr gut, was die herrschende Klasse mit den Terrorurteilen und der Verfolgung von Fahrpreisdemonstrationen bezweckt. 3 Terrorurteile sind ihr nicht genug. Ihre Schikanen und Anklageschriften sollen mit der demokratischen Massenbewegung vom letzten Sommer abrechnen.

In den Fahrpreiskämpfen 1975 war die Durchsetzung der Fahrpreiserhöhungen der herrschenden Klasse teuer zu stehen gekommen. In diesen Aktionen konzentrierte sich der ganze Zorn der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat, der sie ausplündert und unterdrückt. Deswegen nahmen die Straßenbahnblockaden breiten Massencharakter an und wurden getragen von den Werktätigen. Eine scharfe Klassenspaltung war aufgebrochen. Die herrschende Kapitalistenklasse, ihre Bourgeoisclumpen im Gemeinderat, ihr Oberkommandierender, der Polizeichef Zundel, ihre Zeitungsschreiberlinge konnten weder durch ideologisches Sperrfeuer und Hetze gegen die Demonstrationen, noch durch Bürgerkriegseinsätze der Polizei die Bewegung zerschlagen. Die Staatsmacht mußte schließlich 2000 Knüppel aufbieten, um die Massenbewegung zum Stehen zu bringen. Zerschlagen werden konnte die Bewegung jedoch nicht, gebeugt konnten die Massen nicht werden.

Die jetzt laufende gerichtliche Verfolgung ist der Versuch der Bourgeoisie, ihrer Willkür Tür und Tor zu öffnen und die demokratische und revolutionäre Bewegung nicht nur in Heidelberg in die Illegalität zu treiben.

Dieser Versuch stößt auf Widerstand. Es gibt keine Bereitschaft unter den Volksmassen, diese Urteile hinzunehmen. Das ist ablesbar an verschiedenen Stellen in der Stadt, die durch Aufschriften wie „Weg mit den HSB-Prozessen" gekennzeichnet wurden. Es ist ablesbar an den spontanen Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Gerichtsurteile. Es ist ablesbar an dem spontanen Entgegentreten zahlreicher Menschen gegen Staatsanwalt und Richter, als diese letzte Woche einen sogenannten Lokaltermin durchführen wollten. Es ist ablesbar an zahlreichen Resolutionen und Erklärungen gegen diese Urteile. In einem Beschluß der ÖTV-Gewerkschaftsgruppe am Deutschen Krebsforschungszentrum vom 22.7.76 heißt es u.a.: „An den Verurteilten soll gezeigt werden, was es heißt, sich gegen den Staat zu stellen. Einschüchtern, den Widerstand brechen, daß soll erreicht werden. Damit sind Oberbürgermeister Zundel und die Justiz jedoch auf dem Holzweg. Wir, die Gewerkschaftsgruppe am Deutschen Krebsforschungszentrum, hatten uns im letzten Jahr dem Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen angeschlossen. Gemeinsam mit anderen Kollegen nahmen wir an den Aktionen teil. Wir hatten diesen gerechten Kampf einbezogen in unseren Kampf gegen Lohnabbau und Verschlechterung des Lebensniveaus der Lohnabhängigen und ihrer Familien. Wir wenden uns daher aufs Schärfste gegen die Verurteilung Einzelner, die gemeinsam mit einem großen Teil der Heidelberger Bevölkerung gekämpft haben. Wir fordern: Weg mit den HSB-Prozessen! Einstellung aller HSB-Prozesse! Rücknahme der Terrorurteile! Wir fordern weiterhin die ÖTV-Kreisleitung Heidelberg auf, sich unseren Forderungen anzuschließen und öffentlich Stellung gegen die Fahrpreiserhöhungsprozesse und die bereits gefällten Urteile zu beziehen."

Die imperialistische Bourgeoisie Westdeutschlands konnte in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ihre Position in der Welt und in Europa relativ stärken und ausbauen. Ihr Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit treibt sie zu schärferer Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und zur Expansion nach außen. Sie will im Kampf um die Neuaufteilung der Welt durch die beiden Supermächte beteiligt sein. Sie kann dieses Ziel nur erreichen durch rabiate Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung des Volkes. Ist es das Ziel der Revolutionäre, in dem gegenwärtigen Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und Bewegung der Volksmassen die Kommunistische Partei wiederaufzubauen, so ist es umgekehrt das Ziel der Bourgeoisie, jeden Keim zu dieser neuen Avantgardeorganisation der Arbeiterklasse zu zerschlagen, jede Bewegung und Regung in der Arbeiterklasse und im Volke zu vernichten. Dazu hat sich die Bourgeoisie Verfassung und Staatsmacht geschaffen. Dazu hat sie das KPD-Verbot geschaffen. Dieses KPD-Verbot bereitete die Bourgeoisie 1956 durch eine umfassende politische Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes vor. Heute ist dieses Verbot lebendige Gegenwart und die Bourgeoisie betreibt seine Anwendung. Das zeigen die Terrorurteile in den HSB-Prozessen. Der Widerstand dagegen wird vorangetrieben und am 18.8. in der Demonstration gegen das KPD-Verbot zu einer ersten großen Aktion zusammengeschlossen werden.

Verbluten oder bestraft werden

Westberlin. Ich bin Krankenschwester auf einer gynäkologischen Abteilung. Neulich bekam ich während des Nachtdienstes einen Anruf. Ein Mädchen rief für ihre Freundin an. Die Freundin hatte illegal abgetrieben und litt nun unter starken Schmerzen und Blutungen.

Die Frage stand so: In ein Krankenhaus zu gehen, hieße peinlichen Fragen ausgesetzt zu sein und strafrechtlich verfolgt zu werden. Nicht hinzugehen, hieße eventuell zu verbluten. Angesichts dieser Situation hielt ich es für sinnvoller, daß sie kommt und eine Strafverfolgung riskiert, als ihr Leben für den Schandparagrafen 218 wegwirft. Doch das Mißtrauen, sich in ärztliche Behandlung zu begeben, blieb. Bis heute ist nicht bekannt, ob sie behandelt worden ist.

Dieser Fall ist Ausdruck des tiefen Mißtrauens des Volkes in den Staat und seine Institutionen. Was erfindet die Bourgeoisie jetzt alles für Lockmittel, um dem Volk den „neuen" § 218 schmackhaft zu machen und die Frauen in die Beratungsstellen zu bekommen. Doch so schnell setzt sich niemand der Bevormundung und dem Unterdrückungsapparat aus. Der Weg zum Kurpfuscher wird weiter angetreten.

All das sind Gründe, warum die Arbeiterklasse und das Volk in der Frage der Abtreibung keine Kompromißlösung mit dem Staat ansteuern können, sondern allein auf die eigenen Kräfte vertrauend das Recht auf Abtreibung vom Staat erzwingen müssen.

Geschäfte mit der Not

Lüneburg. Nach dem Bruch des Elbe-Seitenkanals müssen die Betroffenen in der Gegend sehen, wie sie selbst mit der Katastrophe fertig werden. In der „Landeszeitung" hat der Sprecher der BVK aus Kiel, G. Jung, gleich darauf hingewiesen, daß die Versicherung für Schäden nur dann aufkommen werde, wenn dem Staat die Schuld an dem Dammbruch nachgewiesen werden könne. Eventuell wenn den Baufirmen oder den Planern Verschulden nachgewiesen werden könne. Auf alle Fälle würden für diesen Nachweis langwierige Prozesse notwendig sein. Auch die Hausratsversicherungen fallen aus, weil nur für Wasserschäden durch Leitungswasser gelten. Die Arbeiter und Bauern müssen also ihre Häuser auf eigene Kosten in Stand setzen, neue Möbel kaufen usw. Die Bauern müssen die Zerstörungen in der Landwirtschaft beseitigen.

Die Not lockt die Aasgeier an. Gleich drei Tage nach dem Kanalbruch erschien eine große Anzeige der Kreissparkasse Lüneburg in der „Landeszeitung": Als „Soforthilfe" bietet die Sparkasse „zinsgünstige" Kredite an. Stundung von laufenden Zinsen und Tilgungsdiensten. Die Sparkassen und Banken nutzen die Gunst der Stunde. Die Arbeiter und die kleinen Bauern werden weiter in die Verschuldung getrieben. Für viele bedeutet das den Ruin.

Universität Bochum: AStA-Bildung

Trotz Spaltung durch bürgerliche Politiker – die Studentenbewegung wird ihre Einheit auf den Programmforderungen verteidigen

An der Ruhr-Universität Bochum wurde in der vergangenen Woche ein AStA gewählt, der auf die Politik der Versöhnung der Studentenbewegung mit der Politik der herrschenden Klasse festgelegt ist. Er wird zur Hälfte von SPD- und DKP-Studenten und zur anderen von Vertretern eines Teils der früheren Fachschaftsliste gestellt und schließlich ist dieser AStA unter der Bedingung zustandegekommen, daß er auch innerhalb des VDS bedingungslos dafür eintritt, daß die bisherige Mehrheit von Reformisten und Revisionisten im Vorstand dieses Verbandes erhalten bleibt. Von den zuletzt 18 Mitgliedern im Vorstand dieses Verbandes stimmten 7 diesem AStA nicht zu.

Im Gegensatz zu den Studentenparlamentswahlen endete damit die Bildung des AStA durch das Studentenparlament mit einem Sieg der bürgerlichen Politiker in der Studentenbewegung. Der Verlauf der Auseinandersetzung um diese AStA-Bildung ist lehrreich, sowohl über das Vorgehen der bürgerlichen Politiker wie über die Fehler der Kommunisten. Die nebenstehenden Dokumente zeigen, wie diese Niederlage der revolutionären Studenten im Kampf um die Politik der zentralen Vertretungskörperschaft von der herrschenden Klasse und ihren Vertretern in der Studentenbewegung geplant und betrieben wurde und wie der Opportunismus in den eigenen Reihen der Durchsetzung dieser reaktionären Absichten entgegenkam.

Man kann die „Frankfurter Rundschau“ getrost für das Sprachrohr der Regierungsparteien der herrschenden Klasse betrachten. An der Tatsache, daß das Programm der Fachschaftsliste, welches den Zusammenschluß der Studentenbewegung im Kampf gegen die Politik der herrschenden Klasse ermöglicht, in diesen Wahlen gesiegt hat, kann dieses Regierungsblatt nicht vorbei. Gesucht wird nach der Möglichkeiten, die Wirkungen dieses Fortschritts der Studentenbewegung einen Riegel vorzuschieben und ihn zunichtezumachen. Für den Journalisten, der sich in den Regeln des parlamentarischen Volksbetrugs auskennt, ist klar: Es fehlt die parlamentarische Mehrheit – und das genügt ihm als Zündung des „Spaltungsblitzes“.

Um diese Spekulation der sozialliberalen Bourgeoispresse in die Tat umzusetzen, hatten sich die zuvor bei den Wahlen auf sechs verschiedenen Listen angetretenen Jusos, Liberalen und DKP-Studenten schon zusammengefunden. Sie verlangten von der Fachschaftsliste zunächst den Ausschluß der Kommunisten. Als die beabsichtigte Wirkungen nicht erreicht wurde, versuchten sie es andersherum und erklärten, der AStA müsse sich für die bürgerliche Verfassung erklären.

Damit war klar: Den bürgerlichen Studentenpolitikern ging es im Kampf um die Politik des AStA um die „Einheit“ auf dem Boden der Versöhnung mit der herrschenden Klasse. Die Kommunisten konnten sich in der Fachschaftsliste nicht durchsetzen mit der Forderung nach dem sofortigen Abbruch der Verhandlungen angesichts dieser „Einheitsangebote“, basierend auf Verrat am Kampf der Studenten gegen die herrschende Klasse. Als schließlich die Reformisten und Revisionisten ihren Betrug am Kampf der Studenten verkleidet als „Zusätze“ zum Programm der Fachschaftsliste ins Spiel brachten, wie nebenstehend im Vergleich zu den Programmforderungen der Fachschaftsliste abgedruckt, hielten auch die Kommunisten in der Fachschaftsliste der opportunistischen Strömung auf Einheit auf bürgerlicher Grundlage nicht mehr stand, und der Coup der Reformisten und Revisionisten hatte Erfolg.

Anstatt den Spaltungsabsichten der Reformisten und Revisionisten zu begegnen durch die entschlossene Verteidigung der Einheit der Studentenbewegung im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, haben die Kommunisten aus Furcht vor der Spaltung der Liste der Aktionseinheit der Durchsetzung bürgerlicher Grundsätze im Programm der Liste zunächst zugestimmt. Obwohl die Kommunistische Hochschulinitiative ihre Einheit im Kampf um die Politik der Studentenschaft auf revolutionärer Linie zurückgewinnen konnte, war es schon nicht mehr möglich, die schädlichen Folgen des opportunistischen Vorgehens in der Auseinandersetzung mit den Reformisten und Revisionisten zu verhindern. Deren Spaltungsmanöver gegenüber der Fachschaftsliste hatte Erfolg.

Jedoch niemand soll glauben, die Bildung einer Parlamentskoalition aus Reformisten, Revisionisten und Opportunisten nach Rezepten der „Frankfurter Rundschau“ und gegründet auf Betrug und Spaltung gegenüber dem Kampf der Studenten könnte die Ergebnisse der Wahlen der Studenten vernichten, die sich in den knapp 1 600 Stimmen für den Zusammenschluß auf der Grundlage der Forderungen des Programms der Fachschaftsliste ausdrücken. Solche Wahlen sind ein Gradmesser der politischen Reife der *Studentenbewegung*. Als solche haben sie politische Bedeutung. Der neue AStA, durch Spaltung, Sabotage und Usurpation gebildet, ist fraglos als Hebel der Spaltung, Sabotage und Usurpation der Studentenbewegung gedacht. Diese Aufgabe hat er vor sich, dabei hat er die Studentenbewegung gegen sich.

Welche Schwierigkeiten vor den Zielen dieser bürgerlichen Politiker stehen, kann man daran messen, daß sie bei allen ihren Intrigen und Betrügereien von den Forderungen des Programms der Fachschaftsliste keineswegs herunter konnten. Jetzt sitzen sie im AStA und die Furcht vor der Einheit der Studentenbewegung im Kampf für ihre gerechten Forderungen sitzt ihnen im Genick. Man muß Vertrauen in die Bochumer Studenten haben: Sie werden es ihnen schon brechen.

Die Forderungen der Fachschaftsliste

Für den Erhalt und die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit imperativem und politischem Mandat, Satzungshoheit und Finanzautonomie!

Für freie politische Betätigung in allen gesellschaftlichen Bereichen, vollständige Meinungs-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, Rede- und Kritikfreiheit in allen Lehrveranstaltungen!

Keine Studien- und Prüfungsbedingungen, die gegen die Interessen der Studenten gerichtet sind!

Materielle Gewährleistung des Studiums, d.h. kostendeckende Ausbildungsförderung, 600 DM BAFöG und 1 200 DM Elternfreibetrag sofort!

Einstellung aller Lehrer! Übernahme aller Referendaranwärter in den öffentlichen Dienst!

Solidarität mit allen vom Berufsverbot Betroffenen! Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften! Zurücknahme des Ministerpräsidentenerlasses und des Maulkorbparagraphen 88 a!

Die „Zusätze“ der Reformisten und Revisionisten

1. Kampf dem Abbau demokratischer Rechte

2. Der AStA tritt ein für die Teilnahme der Studenten an allen Gremiensitzungen. Sie werden durch die VS bestimmt, unterliegen dem imperativen Mandat der Vollversammlung und sind ihr rechenschaftspflichtig. Der AStA muß die Gremienarbeit nutzen, um Informationen zu beschaffen und die Forderungen der Studenten zu vertreten. Zur Durchsetzung der Forderungen muß er sich auf den Zusammenschluß der Studenten stützen. Der AStA tritt ein gegen Mitbestimmungsillusionen.

3. Die grundsätzliche Funktion des Kooperativvertrags besteht darin, den Studenten die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen DGB-Führung – die festgelegt ist auf das Grundgesetz und die Mitbestimmung – und Hochschule, die das Hochschulrahmengesetz durchsetzt, schmackhaft zu machen. Die grundsätzliche Funktion muß in erster Linie abgelehnt werden. Die im Rahmen des Vertrags stattfindenden Seminare müssen dazu genutzt werden, Informationen über die Lage und die Auseinandersetzungen in den Betrieben zu verbreiten.

Erklärung der Kommunistischen Hochschulinitiative

1. Auf der gestrigen Sitzung der Fachschaftsliste sind Vereinbarungen zur Veränderung des Programms der Fachschaftsliste getroffen worden. Diese Vereinbarungen stehen im Widerspruch zum Programm der Fachschaftsliste.

2. Für die KHI sind deshalb diese Vereinbarungen null und nichtig.

3. Sie verpflichtet ihre Mitglieder in der Liste, dieses Minimalprogramm, für das die Studenten die Fachschaftsliste gewählt haben, hochzuhalten und vom Kampf der Studenten für Rechte und gegen den bürgerlichen Staat keinen Fußbreit abzuweichen.

4. Die KHI fordert alle aufgrund des Minimalprogramms durch die Studenten gewählten Vertreter auf, sich auf die Grundlage des Programms, für das die Studenten den Kampf aufgenommen und ihre Vertreter gewählt haben, zurückzubesinnen.

5. Die KHI geht nach wie vor davon aus, daß auf der Grundlage dieses Minimalprogramms ein AStA gebildet werden kann, der verschiedene politische Strömungen umfaßt und doch festgelegt ist auf die kompromißlose Vertretung der Interessen der Studenten.

6. Die KHI stellt fest, daß das auch die Bourgeoisie weiß, weshalb sie alles daran gesetzt hat, um das Programm aus der Welt zu schaffen und die Einheit zu spalten. (Im Artikel in der Frankfurter vom letzten Donnerstag hat sie die Marschrichtung dazu angegeben.)

7. Die KHI stellt fest, daß die Bourgeoisie bei der Verwirklichung ihrer Pläne der Spaltung bloß Erfolg haben kann, wenn in den Reihen der revolutionären Studenten selber die Auffassungen der Bourgeoisie ihre Vertreter finden.

8. Um so schädlicher sind die verschiedenen Versuche, das Programm der Studenten durch sogenannte „Zusätze“ in seiner Richtung gegen den bürgerlichen Staat umzukehren.

9. Die KHI verurteilt die Vereinbarungen, kritisiert ihre Vertreter und wird keine Mitglieder in ihren Reihen dulden, die auf diese Art und Weise der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat in die Hände arbeiten.

Einstimmig angenommen von der a.o. MV der KHI vom 20.7.76, Bochum

Bürgerliche Depressionsforschung

Rechtfertigung von Elektroschocks und Zermürbung

Konstanz. Im Sommersemester 1976 war ich, um den Scheinanforderungen für das Diplom zu entsprechen, gezwungen, die Vorlesung „Depression“ zu besuchen. Aufgrund der Klausuren mußte ich mich zwangsläufig mit den Methoden und Ergebnissen der Depressionsforschung beschäftigen.

Über das Ausmaß der psychischen Verelendung, die das kapitalistische Lohnsystem bei denen erzeugt, die ihm unterworfen sind, macht man sich kaum richtige Vorstellungen. Jeder *dritte* Bewohner Westdeutschlands (20 Millionen) wird in seinem Leben psychisch krank und bedarf der Behandlung. Dringend behandlungsbedürftig werden innerhalb eines Jahres über eine Million Menschen.

1971 wurden in der BRD über 360 Millionen Einzeldosen Valium verkauft. Das sind pro Einwohner, Säuglinge mitgerechnet, 6 Einzeldosen. Die Zahl der Alkoholsüchtigen – besonders getroffen wird die Arbeiterjugend – hat sich von 600 000 im Jahr 1971 auf über 1,5 Millionen 1974 verdreifacht (wobei die Zahlen heute noch weit höher liegen).

Diese Zahlen kennzeichnen die allgemeine psychische Degradierung der Lohnabhängigen. Aber auch für unser spezielles Gebiet gibt es Zahlen. Bekannt ist, daß in Zeiten, wo die Kapitalisten die Arbeiter verschärft auspressen und gleichzeitig eine wachsende Zahl von Arbeitern auf die Straße werfen, Depressionen und Selbstmorde rapide zunehmen. In den rheinischen psychiatrischen Landeskrankenhäusern hat sich von 1960 bis 1973 die Anzahl der Depressionsfälle verdoppelt.

Am Anfang der Depressionsforschung steht die Leugnung der gesellschaftlichen Ursachen für das Depressiv-Werden. Die Depression wird als etwas Unerklärliches aufgefaßt. Den bürgerlichen Forschern bleibt unverständlich, warum Menschen längere Zeit depressiv sind. Für sie gibt es keine Gründe, in dieser Gesellschaft länger depressiv zu bleiben. Sie sagen den Menschen immer: Sie können sich doch freuen, das Leben ist doch schön, und nach Regen kommt immer wieder Sonnenschein! Daß Ausbeutung, Unterwerfung unter die Lohnknechtschaft und der Versuch, auch den Arbeitern die bürgerlichen Beziehungen der Konkurrenz aufzuzwingen, Abertausende in Depressionen treiben bis hin zu Selbstmordversuchen, das wird von der bürgerlichen Depressionsforschung geleugnet.

Stattdessen stellt sie Theorien auf, nach denen im Gehirn des Depressiven irgendwas faul ist, grad so wie bei Gelbsucht die Leber einen funktionalen Schaden hat. Die einen behaupten, ein bestimmter Teil des Gehirns arbeite nicht richtig. Andere sagen, der Depressive habe „zuviel hemmende Substanz im Gehirn“.

Den Beweis für diese verrückten Behauptungen versuchen die bürgerlichen Wissenschaftler mit allerlei Tricks anzustellen, was ihnen aber nach eigener Aussage nicht gelungen ist. Verlogen wie sie sind, sprechen sie dann von einer dünnen empirischen Grundlage. Hier werden Geistesstörungen mit Grippe gleichgesetzt. Man wird davon befallen, und statt Penicillin wie bei Grippe gibt man bei Depression Imipremin.

Den entscheidenden Unterschied, daß es bei Depressionen um Gedanken und daraus abgeleitetes Verhalten geht, klammern diese Herren aus, weil sonst gleich Fragen auftauchten wie: Sind die Gedanken richtig oder falsch? Warum fühlt sich der Kranke eigentlich einsam und zermürbt? Durch was wird er in das Gefühl der Isolation getrieben, wo er doch mit Hunderten und Tausenden von anderen Arbeitern und Angestellten in Wirklichkeit täglich zusammenarbeitet? Diesen Fragen darf der Patient nicht nachgehen. Es darf vor allem kein schlechtes Licht fallen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sollen unangetastet bleiben. Der Nebel, den die Kapitalistenklasse um die Profitwirtschaft und die Ausbeutung der Arbeiter und die daraus resultierenden zwischenmenschlichen Verkehrsformen der Konkurrenz durch ihre „Wissenschaftler“ verbreiten läßt, muß erhalten bleiben, denn sonst wäre ihre Herrschaft gefährdet.

Die Quintessenz der ganzen Theorie: Die Profitwirtschaft ist o.k., der Depressive ist gestört und wird dann zur Diagnose „Depression“ verurteilt und entsprechend in der Klapsmühle verwahrt und behandelt. Das ist der Zweck der Depressionsforschung, und der hat nur wenig mit Therapie (griechisch Dienst, Hilfe) zu tun. Um diesen Zweck zu erreichen, scheuen die bürgerlichen Wissenschaftler vor nichts zurück. Deutlichster Beweis dafür ist die sogenannte Elektroschock-Therapie oder auch verschleiernd Elektrokrampf-Therapie (ECT).

Die Elektrofolter

Bei der ECT wird, je nach Variante, dem Menschen ein Stromstoß von 150 bis 600 Volt etwa 2 MSec bis 1 Sekunde durch den Kopf gejagt. Ungefähr eine Minute lang schüttelt und rüttelt es dann den Menschen durch.

Früher, als die ECT noch ohne entkrampfende Medikamente durchgeführt wurde, gab es bei dieser Folter Knochenbrüche, Muskelrisse und ähnliches. Heute wird die ECT mit Medikamenten durchgeführt. Vor dem Stromstoß werden die Menschenopfer narkotisiert, damit sie keine Schmerzen mehr haben, und es werden ihnen entkrampfende Mittel gegeben, was die Knochenbrüche und Muskelrisse stark reduziert hat. In der Fachwelt spricht man von der Entschärfung des Elektroschocks. Das stimmt aber überhaupt nicht. Durch das entkrampfende Medikament tritt in vielen Fällen Atemstillstand ein. Durch das Narkosemittel erhöht sich die Belastung des Herzens, was nicht selten zu Herzstillstand führt.

Was durch die neue Methode erreicht worden ist, ist die Reduzierung der spektakulären Schäden. Die zum Teil ganz erheblichen Störungen des Gedächtnisses (wenn die Menschen von dem Schock aufwachen, wissen sie oft nicht, wo sie sind, wie sie heißen), des Gleichgewichtssystems und der Intelligenz haben durch die neue Methode zugenommen. Dies sind vor allem Langzeitschäden. Die Rate der Todesfälle hat sich gegenüber früher verzehnfacht. Heute stirbt pro 2 000 ECT ein Patient.

Selbst wenn diese Methode irgendeinen Erfolg hätte und Patienten heilen würde, wäre sie wegen der großen Gefahr für die Patienten überhaupt nicht zu rechtfertigen. In der Tat berichten einige Forscher von fabelhaften Verbesserungen des Gesundheitszustandes nach Behandlung mit ECT. Bis zu 100 Prozent, sagen sie. Vor allem bei Selbstmordgefahr und bei depressiven Schüben soll ECT helfen.

Dabei verhält es sich aber so, daß die Menschen durch den Elektroschock körperlich so fertig sind, daß sie gar nicht mehr die Energie zu depressiven Schüben haben. Das Erscheinungsbild kann man in den Landeskrankenhäusern beobachten. Es sind die Patienten, die apathisch und etwas duselig in den Sälen der Anstalten rumhängen.

Ist die körperliche Schwächung nach einer gewissen Zeit verschwunden oder abgeklungen, sind die depressiven Stimmungen natürlich immer noch da. So verwundert es überhaupt nicht, daß 60 Prozent der mit ECT behandelten Menschen danach wieder depressiv werden. Bedenkt man dann noch, daß es sowieso 30 bis 40 Prozent der depressiven Menschen gelingt, ihre depressiven Stimmungen aus eigener Kraft zu überwinden, sieht man die totale Wirkungslosigkeit der ECT.

Die Anwendung der ECT ist denkbar einfach. Je schwerer die Depression, desto härter die Mittel. Bei leichten Depressionen gibt man leichte Medikamente und steigert bei Selbstmordgefahr auf den Elektroschock, danach ist der Mensch bestimmt ruhig. Kopf ab – Depression weg, das ist die Methode der bürgerlichen Wissenschaftler.

Meines Erachtens hat die heutige Depressionsforschung nicht das Niveau des vor Christus lebenden Griechen Hippokrates überschritten, der die Geistesstörungen auf ein Ungleichgewicht der Körpersäfte zurückführte. Und sie ist auch kein Schritt über das Aderlassen des Mittelalters und der Renaissance hinaus. Sie weiß so viel, und sie hat so viel Behandlungserfolg, nämlich gar keinen.

Vielleicht zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Verhaltensweisen, die diese „Forscher“ den Menschen entgegenbringen. Einige melden aus ihren Forschungsstudien, daß ECT bezüglich der Selbstmordrate wesentlich besser abschneidet als zum Beispiel medikamentöse Behandlung. Das heißt nichts anderes, als daß sie Menschen haben sterben lassen um der „wissenschaftlichen Erkenntnis“ willen oder ehrlicher, um ihrer wissenschaftlichen Karriere willen, denn jede veröffentlichte Studie läßt den Kurs des jeweiligen Professors steigen. Dafür gehen diese Herren sprichwörtlich über Leichen. Fatalster Beispiel dafür ist wohl die Studie eines gewissen Professor Kurland aus den USA. Er wollte überprüfen, was mehr Erfolg hat: entweder der elektrisch induzierte Muskelkrampf oder der durch eine chemische Substanz verursachte Krampf. Er fand keinen Unterschied außer dem, daß von den 90 mit Elektroschock gequälten Menschen drei starben.

Es gibt keinen Unterschied zwischen der Methode der Steinzeitmenschen, die den Menschen Löcher in den Kopf bohrten, damit der böse Geist entweichen konnte, und dem Elektroschock, es sei denn der, daß die Steinzeitmenschen wenigstens eine Theorie über ihr Handeln aufstellten. Denn nicht einmal dazu ist die bürgerliche Wissenschaft in der Lage. Fragt man diese Herren, wie denn der Elektroschock wo, wie heilend wirkt, erhält man die banale Antwort: Wir wissen es nicht, oder: Vom Krampf gibt wohl die heilende Wirkung aus.

Diese Depressionsforschung ist nieder, falsch, brutal, reaktionär und im Mittelalter steckengeblieben. Sie ist keine Wissenschaft, sondern Ausdruck der tiefen Unfähigkeit der herrschenden Klasse, schwere Schäden, die direktes Produkt ihrer Ausbeuterordnung sind – wie es bei der Häufung der Depressionen offensichtlich ist – in ihren gesellschaftlichen Ursachen zu erkennen. Die bürgerliche Klasse kann solche Erkenntnis nicht leisten. Sie müßte sich mit dem Gedanken von der Notwendigkeit des Sturzes der Klassenherrschaft durch die Revolution befassen. – (a., Konstanz)

Erfolgreiche Solidaritätsaktionen gegen die Disziplinarstrafen in Sontra

Sontra. Bereits mehrfach wurde in der KVZ (Nr. 28 und 29 sowie in der Ortsbeilage Kassel der KVZ) über die Strafen berichtet, die der Panzerschütze Arendt aus Sontra erhalten soll wegen Beteiligung am 1. Mai in Kassel unter den Forderungen „Lohnfortzahlung während der Dienstzeit" und „Freie politische Betätigung in der Bundeswehr" (acht Tage Bau), wegen „Gehorsamsverweigerung" (21 Tage verschärfte Ausgangssperre) sowie 21 Tage Bau, die noch von den Offizieren vorbereitet werden wegen „Verteilung der ‚Kasseler Militärzeitung' des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel in der Kaserne".

Aufgeschreckt durch das Öffentlichmachen der Bestrafungen durch die Presseerklärung von H. Arendt sowie durch einen Stand des Soldaten- und Reservistenkomitees in Sontra, verblüfft über die Empörung der Sontraer Bevölkerung über diese Disziplinarstrafen, wurden die Offiziere gezwungen, ebenfalls öffentlich Stellung zu beziehen. Sie versuchten den Verharmlosung und Lüge zu vertuschen, daß sie tatsächlich in der Tradition der imperialistischen Kriege und des Faschismus des deutschen Finanzkapitals stehen (siehe dazu auch den anschließenden Artikel). Sie versuchen, die politisch begründete Befehlsverweigerung von H. Arendt zurückzuzerren auf den Tatbestand einer „ganz normalen Befehlsverweigerung". Daß diese Verharmlosungen bei der Sontraer Bevölkerung nicht ankommen, zeigte sich, als das Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel am letzten Samstag erneut einen Stand in Sontra machte, um über die geplanten weiteren 21 Tage Bau zu informieren, die Bedeutung der Forderungen nach Lohnfortzahlung und freier politischer Betätigung zu erklären sowie um Unterschriften gegen diese „Dizis" zu sammeln. Gegenüber dem ersten Stand, den wir in Sontra machten, konnten wir weitere Erfolge erzielen.

Diesmal konnte ein Teil dieser Fragen positiv beantwortet werden. Zunächst mal herrschte wieder große Empörung über die weitere geplante Strafe von 21 Tagen Bau. Mehr Menschen als das erste Mal lasen beide Seiten des Standes.

Die Diskussionen blieben diesmal aber nicht nur bei der Empörung über dieses Unrecht stehen. Vielmehr spitzten sich die Debatten in den meisten Fällen auf das Recht der freien politischen Betätigung für die Soldaten zu, das sie benötigen, um sich gegen Schikane, Kasernierung und Entrechtung zur Wehr setzen zu können. Da war kein einziger, der für das – bestehende – Verbot der politischen Betätigung eintrat, sogar zwei Unteroffiziere und ein Feldwebel traten für das Recht auf Wahrnehmung der eigenen Interessen ein.

In den Diskussionen wurde zumeist klar, daß diese Forderung nicht allein eine besondere Soldatensache ist, sondern daß sie von der Arbeiterbewegung aufgegriffen und entschieden vertreten werden muß, mit dem Ziel, zu verhindern, daß die wehrpflichtige Jugend jemals gegen die demokratische und Arbeiterbewegung eingesetzt werden kann – sei es, daß die bürgerliche Armee deren miserable finanzielle Lage durch Verpflichtung zu Söldnerdiensten nutzt, sei es, daß die Offiziere mittels hoher Strafen den Kadavergehorsam zwangsweise durchsetzen.

Die nächsten Fragen einiger Sontraer bezogen sich deshalb darauf, was sie zur Unterstützung von H. Arendt und für die Zurücknahme der Strafen tun können. Einige wollen diese Strafen mit ihren Kollegen besprechen und an H. Arendt Postkarten schicken, die gedacht sind zum einen als „moralische Unterstützung" sowie als Protest gegen die Maßnahmen des Kommandeurs. Einige Kollegen, die in Betrieben sind, die am Ort für die Bundeswehr arbeiten, haben wegen Angst vor möglichen Nachteilen sich nicht in die Unterschriftenliste gegen die Disziplinarstra-

schriftenliste gegen die Disziplinarstra-

fen eingetragen. Es wurden so zwar nur relativ wenig Unterschriften am Stand gesammelt. Drei Kollegen älteren Jahrgangs arbeiteten in den Diskussionen ihre eigenen Erfahrungen heraus, daß sie als Soldaten des Zweiten Weltkrieges nur für ungerechte Ziele eintreten mußten, weil sie keinerlei Rechte besaßen, und sie erzählten auch Beispiele von sich und anderen Soldaten der Wehrmacht, die individuell ihren Protest vortrugen und deshalb ins KZ gingen. Ein Kollege sagte, daß diese Armee heute ebenfalls nur den Kapitalisten diene und daß die Soldaten das Recht auf politische Betätigung brauchen, damit die Ziele der Kapitalisten auch von innerhalb der Armee bekämpft werden können.

Wir fordern alle demokratisch und revolutionär gesinnten Menschen auf, gemeinsam mit ihren Kollegen, Mitschülern und Kommilitonen die Forderungen nach „Lohnfortzahlung" und „freier politischer Betätigung" in der Bundeswehr zu diskutieren und Protestresolutionen an den Kommandeur des Panzeraufklärungsbataillons 5, Husarenkaserne, 6443 Sontra, zu schicken, ebenso wie an den Panzerschützen H. Arendt zu schreiben, der in der 1. Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons 5 stationiert ist. – (r., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

18 Unterschriften

Nachdem wir vor zwei Wochen das erste Mal in der Kasseler Kneipe „Fidel" die „Kasseler Militär Zeitung" (KMZ) des Soldaten- und Reservistenkomitees verkauften (35 KMZs), waren wir letzten Samstag erneut in der „Fidel". Wir konnten dort 18 Unterschriften für die Forderung nach Rücknahme aller Disziplinarstrafen gegen H. Arendt sammeln. Somit haben sich bereits am ersten Tag unserer Unterschriftensammlung in Sontra und Kassel 31 Menschen gegen diese Strafen ausgesprochen.



„Es gibt keine stärkere Armee als das bewaffnete und militärisch ausgebildete Volk"

„Es gibt keine stärkere Armee als das bewaffnete und militärisch ausgebildete Volk und keine stärkere Waffe als den Volkskrieg, in dessen Feuer jeder Aggressor verbrannt und vernichtet wird." (Albanien heute) Auf dem Bild sind Männer und Frauen zu sehen, die in der Volksrepublik Albanien gemeinsam das Land verteidigen und die revolutionäre Staatsmacht sichern. An militärischer Ausbildung und Übung nehmen sie betriebsweise oder wohngebietsweise und im Rahmen der Dörfer teil. Die Volksarmee umfaßt daher nicht nur Soldaten und Offiziere im aktiven Dienst, sondern auch alle Reservisten und alle freiwilligen territorialen Selbstverteidigungskräfte, die Arbeiter- und Bauernmilizen, auf deren Grundlage im nationalen Volksbefreiungskrieg in Albanien und in China die Volksarmee aufgebaut wurde. Arbeitermilizen aus den Pekinger Betrieben waren es, die kürzlich bei den Zwischenfällen auf dem Tienanmen-Platz die Provokateure entwaffneten und festnahmen, die die Trauerfeierlichkeiten für Tschou En-lai ausnutzen wollten, um ein Chaos gegen die Diktatur des Proletariats zu stiften und den von den Massen kritisierten kapitalistischen Machthaber Deng Hsiao-ping auf den Posten des Ministerpräsidenten zu bringen.

Genauso wie die Bourgeoisie stellen die Revisionisten die Armee über das Volk. Sie trennen sie vom Volk und wenden sie gegen das Volk. Eine Volksarmee aber ist keine Kasernenarmee, keine abgekapselte Kaste, die vom Volk losgerissen ist und über ihm steht. Sie ist mit dem Volk verschmolzen und verteidigt mit ihm gemeinsam das Land unter Führung der Arbeiterklasse und der revolutionären Partei.

Soldaten und Offiziere im aktiven tariats zu stiften und den von den

Die Reaktion der Offiziere in Sontra

Der Presseoffizier des Panzeraufklärungsbataillons 5, Oberleutnant Fries, in der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" vom 20.7.76: „Man habe bei der Bundeswehr zwar Wert darauf gelegt, ‚einen möglichst vollständigen Überblick' über die Entwicklung der Panzerhusaren zu geben, gleichzeitig habe man ebensoviel Aufmerksamkeit darauf verwendet, daß die Zeichen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs nicht erkennbar seien, um keinen Anstoß zu geben." Ja, „der Kommandeur selbst hat kontrolliert, ob die Zeichen zu sehen waren" (Oberleutnant Fries). Außerdem verstehe er die Aufregung nicht, denn H. Arendt sei doch bloß wegen einer „ganz normalen Befehlsverweigerung" bestraft worden.

Von wegen ganz normal. Jetzt tut das Offizierspack so, als sei es beim Umzug in Sontra nur um den geschichtlichen „Werdegang" der Panzerhusaren gegangen. Was dieser Propagandaoffizier verschweigt, ist folgendes, und er rechnet da mit der Vergeßlichkeit der Massen: Noch Ende Mai 1976 hatte sich der Kommandeur der Sontraer Kaserne zur Tradition der Bundeswehr geäußert. Und zwar nicht „kritisch", sondern ganz parteiisch: In der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" vom 28.5.76 sagte Oberstleutnant Hänseler: „Nicht ohne Stolz nennen sich die Sontraer Panzeraufklärer auch Panzerhusaren, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie aus den berittenen Aufklärern hervorgegangen sind ... Panzeraufklärer sind, wenn es gilt, überall dort, wo es brennt ..., haben Aufgaben zu lösen, die den ganzen Mann verlangen ..." Stolz fühlen sich die Offiziere durch den Kommandeur Hänseler, den man, wie die „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine" vom 28.5. schreibt, „auch rein optisch die Rolle des John Wayne in den ‚Green Barrets' zutrauen würde", einem Film, in dem die imperialistische Aggression der USA in Nordvietnam verherrlicht wird. (Nach Kasseler Militärzeitung Nr. 5/6 1976)

Nicht nur optisch, sondern auch politisch stehen diese Offiziere in der Tradition der Aggressionen gegen fremde Völker, der Tradition imperialistischer Raubzüge. – (r., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

Strafversetzung

Stuttgart / Luftumschlagszug Echterdingen. Der Luftumschlagszug Echterdingen untersteht dem Kommandobereich der Mosbacher Bundeswehrkaserne und erfüllt Nachschub- und Versorgungsaufgaben für die westdeutsche Luftwaffe.

Vor zwei Wochen wurde von einem Tag auf den anderen ein Soldat des Zugs von Echterdingen nach Mosbach zur Stammeinheit versetzt, weil er es gewagt hatte, eine Beschwerde gegen fehlende sanitäre Anlagen (kein Wasser, keine Toiletten) zu schreiben.

Bereits vor ein paar Wochen wurde eine Beschwerde, die von den insgesamt sechs in Echterdingen stationierten Mannschaftsdienstgraden gemeinsam geschrieben wurde und sich u.a. gegen Unregelmäßigkeiten bei der Wehrsoldauszahlung richtete, mit der Begründung zurückgewiesen, daß Gemeinschaftsbeschwerden unzulässig seien. Eigens dazu kam ein Offizier aus Mosbach angereist, der uns weismachen wollte, daß wir durch eine Einzelbeschwerde weit mehr erreichen würden. Einige Kameraden waren danach der Meinung, aus taktischen Gründen eine Einzelbeschwerde besser sei.

Als nunmehr jedoch die einzige Antwort auf die Beschwerde dieses Kameraden seine Versetzung war, waren alle sehr empört und jedem wurde klar, was für einen Sinn es hat, wenn nur Einzelbeschwerden zugelassen werden: Die Soldaten sollen voneinander isoliert werden, ein einheitlicher Wille soll sich unter ihnen nicht herausbilden. Denn für die herrschende Klasse ist es gefährlich, wenn sich die Soldaten, die in der übergroßen Mehrheit aus dem Volk stammen, zusammenschließen und für ihre Rechte kämpfen; so kann die Bourgeoisie deren willenlose Unterwerfung unter ihre Befehlsgewalt nicht aufrechterhalten. Lediglich als einzelne sollen sich die Soldaten beschweren, damit man auch gleich den „Unbotmäßigen" am Wickel hat, um ihn unter Druck zu setzen, ihn von den Kameraden zu isolieren und exemplarisch, abschreckend zu bestrafen. Die Soldaten des Luftumschlagszugs Echterdingen ließen sich jedoch von diesem Treiben nicht entmutigen: Alle Soldaten schrieben sofort eine neue Beschwerde gegen die Mißstände, die am nächsten Tag gleich auf dem Tisch des kommandoführenden Hauptfeldwebels landete. Wie zu erwarten, wurde prompt das Gerücht von neuen Strafversetzungen verbreitet, aber unter den Kameraden ist die Einheit hergestellt, und das zählt. – (Aus: „Arbeiterstimme", Regionalbeilage Mittlerer Neckar zur KVZ Nr. 28)

Vollstreckung der Entlassung in Stetten aufgehoben

Stetten am kalten Markt. Am 12. Mai, dem Tag seiner Wahl zum Vertrauensmann der 2./293 in Stetten, wurde der Panzerschütze Kaiser aus der Bundeswehr entlassen. Die Bundeswehr wollte damit verhindern, daß das Amt des Vertrauensmannes zur aktiven Interessensvertretung der Mannschaften gegen die Offiziere genutzt wird. Gleichzeitig sollte mit der Bestrafung des kommunistischen Wehrpflichtigen die demokratische Bewegung unter den Stettener Soldaten eingeschüchtert werden, die eine eigenständige Soldatengruppe und eine regelmäßig erscheinende Soldatenzeitung hervorgebracht hat.

Gegen diese Bestrafung entwikkelte sich jedoch der Widerstand. Dieser Kampf um die Stellung des Vertrauensmannes und für freie politische Betätigung in der Bundeswehr hat jetzt einen ersten Erfolg gezeitigt: Am 9. Juli ordnete das Verwaltungsgericht Freiburg die aufschiebende Wirkung der Beschwerde Kaisers gegen seine Entlassung an. Der Vertrauensmann kann am 28. Juli wieder in seine Einheit zurückkehren, weil – so das Verwaltungsgericht – „der Antragsteller die Rechtmäßigkeit der ergangenen Entscheidung (d.h. der Entlassung, Anmerkung der Red.) mit überwiegender Aussicht auf Erfolg bestreitet." Die von der Division zur Entlassung Kaisers angeführte Begründung – das Aufbewahren von mehreren Soldatenzeitungen, das Schreiben eines Leserbriefes und das Tragen der Uniform bei einem Prozeß gegen Paragraph-218-Gegner – hält das Verwaltungsgericht nun nicht mehr für ausreichend.

Sturmlauf – Verschärfung der Schießausbildung

Schwanewede. Die 3. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 323 hat jetzt zum zweiten Mal auf dem Standortübungsgelände ein Gefechtsschießen mit Übungspatronen „DM 18" gemacht, ohne die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Das Geschoß der DM 18 ist aus Kunststoff (blau), wiegt nur etwa 0,7 Gramm und ist auf etwa 100 Meter tödlich. Der Gefahrenbereich beträgt 400 Meter. Bei dem Schießen wurden diese 400 Meter nur in Hauptschußrichtung durch Trassierband abgesichert. Zu beiden Seiten war viel weniger abtrassiert.

Gefährdet wurden aber nicht nur Leute außerhalb der Absperrungen, sondern auch die Soldaten der 3./323. Zweck der Übung war es, daß zwei Züge einen Sturmlauf über einen Geländeabschnitt hinweg machen und dabei möglichst treffsicher schießen sollten. Zur Erfolgskontrolle waren in dem Gelände Klappscheiben aufgestellt, die bei einem Treffer umfallen. Beide Züge sind zum Teil unterschiedlich schnell vorgestürmt. Durch ungewollt ausgelöste Schüsse, oder wenn ein Kamerad beim Schuß unglücklich gestolpert wäre, hätte das Schießen leicht zu Unglücken führen können. – (Ein Soldat aus Schwanewede, aus: Volksmiliz Nr. 5, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen)

„Prinzipiell kein Recht auf freies Wochenende"

Delmenhorst. Am 1. Juli wurden wir zur Bundeswehr eingezogen. Die ersten Tagen waren für viele eine große Umstellung. Befehl und unbedingter Gehorsam war das Erste, was man eingetrichtert bekam. Einheitliche Uniform hieß der Befehl, und jeder, der in der Hitze den Reißverschluß seines Trainingsanzuges etwas weit öffnete, weil es unerträglich heiß wurde, bekam sofort Druck vom Vorgesetzten.

Wir sehnten uns alle nach dem ersten Wochenende, um aus diesem Zuchthaus herauszukommen. Am Freitag hieß es dann aber, daß wir die Kaserne nicht verlassen dürften, obwohl frei war, die Papiere seien noch nicht fertig. Die Empörung darüber war groß. Das bekam auch der Kompaniechef bei seinem ersten Unterricht über die Rechte der Soldaten zu spüren. Heftig wurde das Ausgehverbot verurteilt, man kam sich wie eingesperrt vor. Der Kompaniechef sagte gleich, daß die Soldaten erst einmal prinzipiell kein Recht hätten auf freies Wochenende. Angesichts der Empörung der Soldaten verteidigte er sich aber, daß es ihm persönlich leid täte, daß die Papiere nicht eher fertig geworden sind.

An diesem Beispiel schärfte sich das Bewußtsein der Soldaten von der vollständigen Trennung der bürgerlichen Armee von der Bevölkerung. Eingesperrt und bewacht soll man unbedingten Gehorsam lernen, um die „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr herzustellen". Auf die Frage des Kompaniechefs, was die Soldaten am meisten störe, meinten auch alle einhellig: die Abgeschirmtheit von der Bevölkerung. – (j., Feldwebel, Lilienthal-Kaserne Delmenhorst)

Regierungsbildung in Italien

Vom Finanzkapital diktiert

In welcher Form die italienischen Parteien ein Programm zur weiteren Verschlechterung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und des Volkes unterstützen werden, ist Gegenstand der Verhandlungen, die der mit der Regierungsbildung beauftragte Christdemokrat Andreotti derzeit mit ihnen durchführt.

Andreotti hat als Haushaltsminister der sich seit Februar im Amt befindenden christdemokratischen Minderheitenregierung bereits ein solches Programm eingeleitet. Dieses Programm gegen die Arbeiterklasse und das Volk hatte das internationale Finanzkapital der italienischen Regierung diktiert. Man erinnert sich noch an das ständige Absinken des Lira-Kurses. Die damals unter Führung des westdeutschen Finanzkapitals gewährten Stützungskredite in Milliardenhöhe wurden gebunden an die Bedingung, ein „wirtschaftliches Sanierungsprogramm" durchzuführen. Darunter wurde verstanden Lohnstopp, Beseitigung der sogenannten Lohngleitklausel, die in einem bestimmten Verhältnis zu den Preissteigerungen automatisch zu Lohnerhöhungen führt, dann Einschränkung des Streiks, Senkung des Konsums der Arbeiterklasse und der Volksmassen und schließlich Senkung der Staatsausgaben.

Das, was die Regierung Moro im Frühjahr durchsetzte, waren niedrige Lohnabschlüsse in der Chemie- und Metallindustrie sowie die drastische Beschränkung des Imports von Konsumgütern, insbesondere von Fleisch. Einem Teil der italienischen Bourgeoisie aber schien damals die Regierungsbasis für weitere Angriffe auf das Lebensniveau der Volksmassen zu schmal. Die sozialdemokratische PSI gab im Parlament ihre Haltung, sich bei Regierungsvorlagen der Stimme zu

gab im Parlament ihre Haltung, sich bei

Regierungsvorlagen der Stimme zu enthalten und damit der christdemokratischen Minderheitenregierung die Durchsetzung ihrer Politik zu ermöglichen, auf und stimmte gegen die Regierung, was den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen bewirkte. Ziel der Politik der PSI war, die revisionistische KPI, die die zweitstärkste Partei in Italien ist und noch großen Einfluß auf die Arbeiterklasse und die übrigen Volksmassen hat, direkt an der Regierung und der Durchsetzung weiterer Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse und des Volkes zu beteiligen. Fiat-Chef Agnelli, der bis zu Beginn letzter Woche zugleich Präsident des italienischen Kapitalistenverbandes war, trat in Interviews scheinbar ebenfalls für eine solche Lösung ein. Eine zeitweilige Regierungsbeteiligung der Revisionisten sei tragbar.

Die Konferenz von Puerto Rico und die „Kissinger-Formel"

Nach den Neuwahlen am 20. Juni hat dann folgendes stattgefunden: Erstens die Konferenz von Puerto Rico, an der auf Einladung des US-Imperialismus die Regierungschefs der BRD, Großbritanniens, Frankreichs und auch Italiens teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurden der italienischen Regierung, die sich immer noch im Amt befindet, die Bedingungen des internationalen Finanzkapitals diktiert für weitere Kredite. Festgelegt wurde u.a., daß eine direkte Beteiligung der revisionistischen KPI an der Regierung vom internationalen Finanzkapital nicht hingenommen werde und für diesen Fall die Kredite gestrichen würden. Dieses Ergebnis der Konferenz hat inzwischen Bundeskanzler Schmidt in Interviews mit den USA herausgelassen. Die Konferenz hat sich auf einen vom amerikanischen Imperialismus vorgelegten Plan geeinigt. Diese „Kissinger-Formel" sieht nach Berichten der „New York Times" vor, daß die Kredite unter den bereits genannten Bedingungen weiter gewährt werden, wenn der Einfluß der KPI auf „unterhalb der Regierungsebene" beschränkt bleibt.

Zweitens. Mit dieser Richtlinie versehen hat die DC eine Konferenz der sogenannten Verfassungsparteien – das sind die italienischen Parteien, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges die italienische Verfassung ausgearbeitet und verabschiedet haben – durchgeführt. Erstes Ergebnis dieser Konferenz von DC, KPI, PSI, PSDI, Republikanern und Liberalen war die Vergabe der Kammerpräsidenten: Der Senatspräsident wird von der DC und der Parlamentspräsident von der KPI gestellt. Zweites Ergebnis war, daß die zu bildende Regierung ihr Programm gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen mit diesen Parteien abstimmt und diese Parteien das Regierungsprogramm grundsätzlich mitzutragen bereit sind. Die Programmpunkte, über die Andreotti seitdem verhandelt hat, sind nach Angaben der Zeitungen folgende: Unterbindung der Steuerhinterziehungen, Sanierung des Staatssektors der Wirtschaft, Steuererhöhungen und Lohnstopp. Diese vier Programmpunkte haben, wie gemeldet wird, auch die Zustimmung der von KPI, PSI und DC beherrschten Gewerkschaftsführungen gefunden.

Die KPI erhält den Vorsitz in sieben Kammerausschüssen

Um die revisionistische KPI nun aus der Regierung herauszuhalten, ist geplant, der KPI neben dem Parlamentspräsidenten eine Reihe von Ausschußvorsitzenden im Parlament zu geben. Am Anfang dieser Woche soll über die Besetzung der Ausschußvorsitzenden entschieden werden. Laut Zeitungsberichten hat sich die DC mit der KPI geeinigt, daß die KPI „in der Abgeordnetenkammer den Vorsitz in den Ausschüssen für Finanzen, Staatseigentum, Verkehr und öffentliche Arbeiten, im Senat den Vorsitz in den Ausschüssen für den Staatshaushalt, für Landwirtschaft und Gesundheit übernehmen". (Heidelberger Tageblatt, 27. Juli)

Die KPI hat zugleich in Aussicht gestellt, eine von der DC gebildete Minderheitenregierung zu tolerieren, wenn diese im Parlament darum nachsucht. Die übrigen vier Parteien haben sich bereits auf eine solche Lösung festgelegt. Die PSI will so lange nicht in die Regierung, wie die KPI nicht auch in der Regierung sitzt. Die PSI wird aber Stimmenthaltung gegenüber einer DC-Minderheitenregierung üben. Die PSDI, die Liberalen und die Republikaner verzichten auf direkte Regierungsbeteiligung, weil die PSI nicht in die Regierung geht. Auch sie werden aber Stimmenthaltung üben. Damit verläuft die italienische Regierungsbildung gemäß dem Diktat des internationalen Finanzkapitals und von der Konferenz von Puerto Rico gestellten Bedingungen. Daß das auch die

Stimmenthaltung ... Konferenz von Puerto Rico gestellten Bedingungen

Bedingungen der italienischen Finanzbourgeoisie sind, geht aus einer Rede des Fiat-Chefs Agnelli hervor. Agnelli hat bei seinem Ausscheiden als Präsident des Kapitalistenverbandes die DC scharf angegriffen, sie habe während ihrer 30 Jahre an der Macht die dem Lande zur Verfügung stehenden Mittel verschwendet. Bei der angestrebten Erneuerung müsse aber weiterhin die Demokratie garantiert werden. Das heißt, im Gegensatz zu seinen Interviews aus der Zeit vor der Wahl hat er sich jetzt gegen eine direkte Regierungsbeteiligung der KPI ausgesprochen. Somit kann es in Italien zu einer Minderheitenregierung der DC kommen, die die parlamentarische Unterstützung der KPI, der PSI, der PSDI, der Liberalen und der Republikaner hat. Auftrag dieser Regierung ist die Durchsetzung des Programms des Finanzkapitals gegen die italienischen Volksmassen.

Wie ein solches Programm von der Arbeiterklasse und den Volksmassen aufgenommen wird, davon gibt der Landarbeiterstreik einen Eindruck, über den nebenstehend berichtet wird. – (g.j.)

Ein Schritt zur Einheitsgewerkschaft in Spanien

Die spanische Arbeiterbewegung hat einen bedeutenden Schritt in Richtung auf eine einheitliche Gewerkschaft der Arbeiterklasse gemacht. Am Sonntag, dem 11. Juli, fand unter Bedingungen der Illegalität und Klandestinität der erste nationale Kongreß der Comisiones Obreras, der Arbeiterkommissionen (abgekürzt: CCOO) statt. Zirka 500 Delegierte der Arbeiterkommissionen trafen sich in dem kleinen Ort Sanz bei Barcelona, nachdem die legale Durchführung des Kongresses in Madrid vor zwei Wochen verboten worden war.

In der vergangenen Woche haben nun die Führung der Arbeiterkommissionen und der beiden sozialdemokratischen Gewerkschaften UGT und USO einen Koordinierungsausschuß der gewerkschaftlichen Organisationen COS gegründet, der bis zur ersten Septemberwoche ein Gründungsdokument vorlegen will. Damit ist die Einheit der gewerkschaftlichen Aktionen außerordentlich gestärkt worden und ausgezeichnete Bedingungen sind geschaffen worden für den Kampf gegen das faschistische Zwangssyndikat und gegen die Versuche der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft konnte noch keine Einheit erzielt werden.

Auf dem Kongreß der Arbeiterkommissionen traten die Vertreter der revolutionären Arbeiterorganisationen ORT (Revolutionäre Arbeiterorganisation) und PTE (Partei der Arbeit Spaniens) für die sofortige Bildung der Einheitsgewerkschaft ein, während die Mehrheit, unter der die Revisionisten bestimmenden Einfluß haben, gegenwärtig für ein Bündnis der drei gewerkschaftlichen Organisationen eintritt. Diese Position vertritt auch die sozialdemokratische UGT mit der Begründung, daß erst nach Herstellung der Gewerkschaftsfreiheit an die Bildung einer Einheitsgewerkschaft gegangen werden könne. Auf dem Kongreß der UGT, der schon vorher legal in Madrid stattgefunden hatte, hatte sich die Mehrheit der Delegierten gegen den Willen der Gewerkschaftsführung für die Bildung der Einheitsgewerkschaft ausgesprochen – sehr zum Ärger der anwesenden westdeutschen Sozialdemokraten Vetter und Matthöfer, die seit Jahren zielstrebig den Aufbau einer sozialdemokratischen Spaltergewerkschaft fördern und die Unterstützung der Arbeiterkommissionen sabotieren.

Die Arbeiterkommissionen sind Räte, die im Lauf der sechziger Jahre in immer mehr Betrieben nach dem Vorbild der Kommissionen, die im Bergarbeiterstreik von Asturien 1962 gebildet worden waren, von den Arbeitern gewählt wurden zur Führung der Streiks und zum Kampf gegen das faschistische Regime. Sie sind Organe der Arbeitereinheit und dienen ebenso zum Vorbild für die Kommissionen auf Stadtteilebene, die von den Volksmassen gebildet werden. Auf dem Kongreß der Arbeiterkommissionen wählten die 600 Delegierten eine 27-köpfige Leitung, von der je zwei Mitglieder zur ORT, zur PTE und zum MC (Kommunistische Bewegung) gehören. Die zentrale Leitung ist Teil einer aus 150 Mitgliedern bestehenden Koordinationsversammlung, deren restliche Delegierte (150 minus 27 gleich 123) in den nächsten Wochen von den Arbeiterkommissionen gewählt werden.

Streik der Landarbeiter

Am 20. Juli streikten erneut die 1,5 Millionen italienischen Landarbeiter für den Abschluß eines nationalen Tarifvertrags und für das Recht, darüberhinaus auf Provinzebene ergänzende Tarifverträge auszuhandeln. Vorher hatten sie bereits am 25. Juni und 6. Juli im ganzen Land gestreikt.

Bisher gab es einen Tarifvertrag nur für die in großem Maßstab kapitalistisch betriebene Landwirtschaft. Die Großbauern weigern sich hartnäckig, auch für die kleineren Betriebe einen verbindlichen Tarifvertrag abzuschließen, und wollen an einem unverbindlichen „Pakt" festhalten. Die großen Agrarkapitalisten fürchten die Kampfstärke der Landarbeiter und wollen unter allen Umständen verhindern, daß weitergehende Verträge in den Provinzen vereinbart werden können, wo kapitalistische Plantagenwirtschaft vorherrscht.

Die italienischen Landarbeiter sind gewöhnlich nur drei Monate im Jahr beschäftigt, den Rest des Jahres sind sie arbeitslos oder müssen schlecht bezahlte Handlangerdienste vor allem in der Bauindustrie leisten. Ihre Löhne liegen selbst in den drei Erntemonaten weit unter dem Durchschnitt. Mitten in der Erntezeit stellen sie jetzt in Streiks und großen Demonstrationen ihre Kampfbereitschaft unter Beweis. In Bologna versammelten sich 7000 Landarbeiter zu einer Kundgebung, auf der der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsbundes CGIL sprach.

Bei den anderen Teilen der Arbeiterklasse findet der Lohnkampf der Landarbeiter breite Unterstützung. Aus Solidarität streikten am 20. Juli Millionen von Metallern, Chemie-, Lebensmittel- und Bauarbeitern zwei Stunden.

Mittlerweile scheinen den Agrarkapitalisten und Großbauern die Knie weich zu werden. Nachdem sie Anfang Juni die Verhandlungen abgebrochen hatten, deuteten sie jetzt ihre Bereitschaft an, auf die gewerkschaftliche Plattform einzugehen. Auf jeden Fall werden die Landarbeiter am 28. und 29. Juli erneut zwei Tage streiken, um ihre Forderungen durchzusetzen. – (ug)



USA: Streiks für höhere Löhne

Boston/USA. Im Juni haben 65000 staatliche Arbeiter und Angestellte für Lohnerhöhung gestreikt (Bild). Vom 7. bis 11. Juli streikten 4000 Chrysler-Arbeiter in Trenton/Michigan. Zur gleichen Zeit haben 30000 Beschäftigte der Krankenhäuser der Stadt New York den Streik begonnen. Der Streik begann in den Privatkrankenhäusern und dehnte sich am 10.7. auf die staatlichen aus, so daß insgesamt 40000 im Streik standen. Am 12. Juli begannen 26000 Arbeiter des Westinghouse-Konzerns nach Auslaufen des Tarifvertrages für die Fortsetzung von Lohnerhöhungen zu streiken. Der Streik führte zur Arbeitseinstellung in über 30 Firmen.

Polen: Die Aktionen der Arbeiter in Radom

„Nieder mit der falschen Partei"

Die revisionistischen Machthaber Polens betreiben die Verwandlung des Landes in eine Halbkolonie des russischen Sozialimperialismus und haben sogar das Land weit geöffnet der Ausplünderung und Ausbeutung durch das internationale Kapital. Gegen die revisionistischen Machthaber, gegen diese neue Bourgeoisie haben die polnischen Arbeiter den Kampf aufgenommen. Mit breiten Streikaktionen haben sie am 25. Juni die Gierek-Clique zur Rücknahme von Preiserhöhungen gezwungen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens, die in der Illegalität gegründet wurde und in Polen illegal arbeitet, weil die revisionistischen Machthaber sie verboten haben, erklärte am 26. Juni: Dieser Sieg „zeigt die große Kraft des Proletariats und seine Einheit im Kampf und hat die gesamte Arbeiterklasse zu wirklichen Kämpfern und revolutionär gemacht". Inzwischen hat die „Neue Zürcher Zeitung" Augenzeugenberichte über den Aufstand in Radom veröffentlicht, die diese Einschätzung vollauf bestätigen und die wir im folgenden auszugsweise wiedergeben.

„Die Nachricht über die beabsichtigten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel hatte zur Folge, daß am frühen Morgen des Freitags, 25. Juni, die Belegschaften sämtlicher Fabriken den Generalstreik beschlossen. Die Leitung der Streikbewegung lag in Händen der Arbeiter aus der Waffen- und Munitionsfabrik ‹General Walter›, die bis dahin als der politisch zuverlässigste Betrieb galt. Die Arbeiter formierten sich in Achterreihen wie zu einem Demonstrationszug. Sie trugen rote Fahnen und sangen die ‹Internationale›. Zunächst gingen sie zum Waffendepot, um sich mit Gewehren und Maschinenpistolen zu bewaffnen. Die Lager waren jedoch leer. Offensichtlich hatten die Behörden die Waffen in der Nacht vorsorglich entfernen lassen. Die Demonstranten marschierten zunächst zu den anderen Industriebetrieben; ihr Zug wurde von Stunde zu Stunde länger. Ihm schlossen sich Arbeiterinnen aus der größten polnischen Schuh- und Lederfabrik ‹Radoskor›, Belegschaften der Reparaturwerkstätten der Eisenbahn, der Vereinigten Fabriken der polnischen Tabakindustrie, der Produktionswerke der telefonischen Einrichtungen und vieler anderer kleinerer Betriebe an. Auch Jugendliche aus mehreren Berufs- und Fachschulen sowie aus Gymnasien liefen mit. Die hinteren Reihen eines kilometerlangen Aufmarsches bildeten Tausende von Hausfrauen.

Die Demonstranten zogen zum Woiwodschaftskomitee der kommunistischen Parteibehörde (der Revisionisten, Anm. d. Red.) und wollten dort mit dem Ersten Sekretär, Janusz Propkopiak, über eine Resolution verhandeln, in der die sofortige Annullierung der Preiserhöhungen sowie soziale Verbesserungen in besonders vernachlässigten Betrieben verlangt wurden. Prokopiak sollte diese Resolution sofort Parteichef Gierek telefonisch zur Kenntnis bringen. Der Parteifunktionär lehnte jedoch ab, mit den demonstrierenden Arbeitern zu sprechen. Die Folge war ein erster Ausbruch von parteifeindlichen Sprechchören. Als die Haltung der Arbeiter immer aggressiver wurde, erschien der Zweite Parteisekretär Adamczyk und erklärte, man sei bereit, mit einer Delegation zu verhandeln. Nach einem erregten Wortwechsel zwischen Adamczyk und den Arbeitern über Lohnverhältnisse wurde der Sekretär von diesen angegriffen. Er mußte sich in Hemd und Unterhose unter einem Steinhagel ins Parteigebäude flüchten.

Die Arbeiter beschlossen, das Parteikomitee zu stürmen. Mit einem Traktor rammte man das Eingangstor. Als man im Speisesaal große Mengen von Exportschinken und Luxuswaren fand, geriet die Menge in noch größere Wut. Sie begann das Gebäude zu demolieren. Möbel, Akten und Teppiche wurden aus den Fenstern geworfen, mit Benzin übergossen und unter der Parole ‹Nieder mit der falschen Partei› verbrannt. Viele warfen Parteiausweise ins Feuer. Dienstwagen wurden ebenfalls angezündet. Schließlich brannte das ganze Gebäude."

Die Tansam-Bahn

Stärkung für Sambia, Tanzania und den Befreiungskampf in Afrika

Die Tansania-Sambia-Eisenbahnlinie, die in freundschaftlicher Kooperation von Tansania, Sambia und China erbaut und nach fünf Jahren und acht Monaten harter Arbeit fertiggestellt worden ist, wurde am 14. Juli für den Verkehr freigegeben. Der Bau der Eisenbahnlinie hat bewiesen, daß die Völker große Leistungen vollbringen können, wenn sie sich auf ihre eigenen Kräfte stützen. Die Bahn hat entscheidende politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung. Sie stärkt die Unabhängigkeit von Sambia und Tansania. Ihre Fertigstellung ist ein großer Sieg der Völker Afrikas im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und ein großer Schritt voran zur völligen Befreiung von ganz Afrika.

Im folgenden ein Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua über den Bau der Bahn sowie Auszüge aus den Stellungnahmen der Staatspräsidenten von Tansania und Sambia während der Feierlichkeiten am 14. Juli in der Stadt Kapiri Mposhi, dem Endpunkt der Bahnlinie mitten in Sambia, wo sie Anschluß findet an das sambische Streckennetz.

Fertigstellung der Tansam-Bahn

Diese 1 860 Kilometer lange Eisenbahnlinie führt von Daressalam nach Osten, durch Süd- und Südwesttansania, durch die nördliche Provinz Sambias, um sich dem sambischen Streckennetz in Kapiri Mposhi anzuschließen. Die Eisenbahnlinie nimmt ihren Weg über 320 Brücken, durch 26 Tunnels und 2 239 Durchführungen und bedient 93 Stationen. Für die Verbindung und die Signale ist das Eisenbahnsystem mit 1 976 Kilometer Verbindungskabel ausgerüstet; die Grundfläche für die Eisenbahngebäude beträgt über 390 000 Quadratmeter. Ausbesserungsarbeiten an den Lokomotiven und dem Wagenpark werden ausgeführt in Dar-Es-Salam und in dem sambischen Ort Mpika. Für den Bau der Eisenbahnlinie waren 68 870 000 Kubikmeter Erde zu bewegen, eine Menge die ausreicht, um entlang dem Äquator zweimal einen Deich zu errichten von einem Meter Breite und einem Meter Höhe.

Wirkungsvoller Schlag gegen den Imperialismus

Der erfolgreiche Bau der Eisenbahnlinie ist die Frucht der Freundschaft und Zusammenarbeit der Regierungen und Völker von Tansania, Sambia und China. Er ist auch ein Triumph für die Länder und Völker der Dritten Welt, die sich bei der Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaften auf ihre eigenen Kräfte stützen und sich gegenseitig unterstützen. Das ist von weitreichender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung wegen der Wirkung sowohl für die Stärkung der Unabhängigkeit von Tansania und Sambia, für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaften als auch für die Festigung der Beziehungen zwischen Tansania und Sambia und den ostafrikanischen, zentralafrikanischen und südafrikanischen Ländern. Präsident Kenneth Kaunda von Sambia beschrieb die Tansam-Bahn als „ein Symbol der politischen Unabhängigkeit unseres Landes" und als „ein Mittel, uns zu helfen, unser Ziel zu verwirklichen und Selbstvertrauen zu gewinnen".

Präsident Julius Nyerere von Tansania sagte, „die Fertigstellung der Bahn ist eine Stärkung für Sambia, Tansania und ganz Afrika".

Die Fertigstellung der Bahn ist ein wirkungsvoller Schlag gegen den Imperialismus und eine große Ermutigung für alle Völker der Dritten Welt. Die beiden Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, und andere imperialistische Länder, sie alle verweigerten die Hilfe für den Bau der Eisenbahn. Sie verleumdeten den Entschluß Tansanias und Sambias, die Bahn zu bauen, sie beschrieben den Plan als „wunderliche Illusion" und spotteten über die mutigen Zielsetzungen. Sie behaupteten, Tansanias und Sambias Anstrengungen würden mit einem Fehlschlag enden, und sie würden sich lächerlich machen.

Die Presse in Tansania und Sambia stellt heraus, daß „die Fertigstellung der Eisenbahn ein Kampf war, den die Imperialisten in Afrika verloren haben". Die Zeitungen erklären, es ist „ein großer Sieg für die Moral des afrikanischen Menschen", der Sieg „zeigt, daß es möglich ist für unabhängige afrikanische Länder, auf dem Weg voranzugehen, der weg führt vom Neokolonialismus", und daß Fortschritte „auch gemacht werden können ohne imperialistische ‚Beschützung'".

Arbeit im Geist kämpferischer Einheit

Seit langem hatte das tansanische und sambische Volk den Wunsch, die Bahnlinie zu bauen. 1965 stattete Präsident Julius Nyerere von Tansania China einen Besuch ab. Darauf folgte zwei Jahre später der Besuch von Präsident Kenneth Kaunda von Sambia. Beide sprachen mit dem großen Führer des chinesischen Volkes, dem Vorsitzenden Mao Tsetung, über dieses vortreffliche Projekt. Es wurde schließlich beschlossen, daß die Bahn durch gemeinschaftliche Leistung gebaut werden sollte. Der formale Vertrag wurde im September 1967 von den Regierungen, die betroffen waren, Tansania, Sambia und China, unterzeichnet.

Die an dem Bau beteiligten Arbeiter und Techniker waren entschlossen, jede Schwierigkeit zu überwinden und hart zu arbeiten im Geist kämpferischer Einheit. Sie kamen schnell voran und beendeten das Vermessen des Geländes und das Zeichnen der Pläne nach zwei Jahren. Der formale Start des Baus war im Oktober 1970 und die Gleislegung des 502 Kilometer langen Abschnitts von Daressalam bis Mlinba war nach einem Jahr fertig. Im folgenden Jahr stellten sie den schwierigsten Abschnitt der gesamten Strecke fertig, der sich, 155 Kilometer lang, von Mlinba nach Makumbako erstreckt. Damit war ein Drittel der Bauarbeiten des ganzen Unternehmens geleistet.



Nach der Fertigstellung der Schienenführung in Tansania im August 1973 brauchte die Armee von Gleisbauern weitere 22 Monate, um die 884 Kilometer lange Strecke des sambischen Abschnitts zu beenden. Am 7. Juni 1975 war die Streckenführung bis zum Endpunkt Kapiri Mposhi fertig. Probefahrten mit Reisenden und Frachtgut begannen am 23. Oktober. Ein weiteres Jahr harter Arbeit war beendet, die abschließenden Arbeiten einschließlich der Herstellung von Versorgungsanlagen entlang der gesamten Strecke waren fertig. Die Bahn wurde somit vollständig fertig in dem kurzen Zeitraum von 5 Jahren und 8 Monaten, und das Versprechen war erfüllt, sie fertigzustellen vor Ablauf der veranschlagten 6 Jahre.



Die Gleisbauer der drei Länder Sambia, Tansania und China kooperieren und arbeiten harmonisch zusammen.

Während der Jahre des beständigen harten Kampfes kooperierten die Gleisbauer der drei Länder Tansania, Sambia und China eng miteinander. Sie unterstützten sich gegenseitig und arbeiteten harmonisch zusammen. Der Hitze trotzend und mit mächtigen Stürmen ringend, entwickelten sie die Fähigkeiten für Planung, Zeichnung und Bau. Ihr Leben war einfach, sie wohnten in Hütten und hatten die Erde als Bett. Sie kämpften mit der Natur und überwanden viele Schwierigkeiten, sie scheuten weder Mühsal noch Gefahr. Wo Maschinen nicht eingesetzt werden konnten, arbeiteten sie mit spitzen Stahlstangen, mit Spitzhacken und Spaten. Viele Arbeiter weigerten sich, die Baustelle zu verlassen. Schlaf nahmen sie nur für kurze Augenblicke neben ihren Maschinen, aus Angst, die Fertigstellung des Projekts zu verzögern. Während der arbeitsfreien Zeit machten sie Ödland urbar, pflanzten Gemüse und züchteten Schweine und Geflügel, um die Last von der örtlichen Versorgung zu nehmen.

Das tansanische und sambische Volk unterstützten die Streckenarbeiter energisch. Viele alte Menschen schickten ihre Söhne und viele Frauen ihre Ehemänner, damit sie bei den Bauarbeiten helfen. Eine ziemliche Anzahl von Arbeitern verzichtete auf den Urlaub und einige stellten ihre schon geplante Hochzeit zurück, um die Arbeit voranzutreiben. Die Bevölkerung der Dörfer entlang der Eisenbahnstrecke erstieg Berge und überquerte Flüsse auf der freiwilligen Suche nach als Baumaterial geeigneten Steinen und Sand. Sie meldeten sich freiwillig für Wachaufgaben gegen mögliche feindliche Sabotage. Mit großer Begeisterung unterstützten sie auch das Aufforsten und das Einsäen der Grasflächen.

Gleichzeitige Ausbildung des technischen Personals

Ein Jahr lang haben Probefahrten mit Personen- und Güterzügen die hohe Qualität der Bahn gezeigt und bewiesen, daß in Ausführung und Funktion die Bahn den Anforderungen modernen Transports genügt.

Eine Armee von tansanischem und sambischem technischen Personals hat sich herausgebildet mit dem Bau und den Probefahrten der Tansam-Bahn. Über 10 000 Eisenbahner spielen nun eine wichtige Rolle beim Betrieb. Jede Station entlang der Strecke, ob groß oder klein, hat ihren eigenen Stationsvorsteher und Eisenbahner vom Dienst, die in der Lage sind, Züge abzufertigen. Lokomotivführer beider Länder führen bereits die Züge. Und mehrere hundert Mann technisches Personal arbeiten bereits geschickt mit verschiedenartigen Maschinen in den beiden Ausbesserungswerken für Lokomotiven und den Wagenpark in Daressalam und Mpika. Dazu hat die technische Schule für die Tansam-Bahn in Mpika beigetragen, die eine Gruppe technisches Personal nach der anderen ausgebildet hat für den technischen Betrieb der Bahn. Diese Tatsachen zeigen, daß die Völker von Tansania und Sambia nicht nur erfolgreich diese Bahn gebaut haben, sondern auch das Vertrauen und die Fähigkeit haben, wirkungsvoll ihren Betrieb zu führen.

Aus Erklärungen der Präsidenten von Sambia und Tansania

Morgens am 14. Juli fand eine große Feier statt auf dem neuen Bahnhof von Kapiri Mposhi in der sambischen Zentralprovinz anläßlich der Übergabe der Tansania-Sambia-Eisenbahn. Über 10 000 Menschen feierten begeistert die erfolgreiche vorzeitige Fertigstellung und den Beginn des offiziellen Betriebes der Tan-Sam-Bahn.

Anwesend bei der Feier waren der sambische Präsident K.D. Kaunda, der tansanische Präsident Julius Nyerere, der Präsident von Zaire, Mobutu Sese Seko, der Präsident von Botswana, Seretse Khama, sowie alle Mitglieder der Rgierungsdelegationen dieser Länder. Der Leiter der chinesischen Regierungsdelegation, der stellvertretende Ministerpräsident Sun Chien und alle Mitglieder der Delegation nahmen ebenfalls daran teil.

Präsident Kenneth Kaunda von Sambia hielt eine Ansprache, in der er u.a. erklärte:

„Über die Grenzen von Tansania und Sambia führen jetzt diese unzerstörbaren Schienen aus Stahl, die unsere Länder verbinden und mit der Hilfe der Volksrepublik China gebaut worden sind."

Feierlich forderte er auf: Das, was die Völker von Tansania und Sambia zusammen mit dem großen chinesischen Volk unter der Führung des Vorsitzenden Mao siegreich verbunden haben, „laßt keinen Menschen, keine Nation wieder auseinanderbrechen. Die Tansanier und die Sambier dürfen das nicht zulassen. Wirklich, Botswana, Zaire und andere Bruderstaaten der Frontlinie einschließlich Mozambique, die den Zusammenschluß schätzen als Eckpfeiler der Befreiung Afrikas und der Einheit Afrikas und die vollkommen verpflichtet sind der Erfüllung der hohen Ziele der Völker dieser Region und Afrikas im allgemeinen, dürfen das nicht zulassen."

„In diesem Kampf für eine gemeinsame Sache verpflichtet sich Sambia, seine Kraft und seine Hilfsmittel einzusetzen."

Auf dem an die Eröffnungsfeier sich anschließenden Bankett führte der Präsident von Sambia weiter aus: „Diese große Uhuru-Eisenbahn ist der praktische Beweis dafür, daß da, wo ein Wille ist zu arbeiten, der Erfolg gewiß ist; daß da, wo der Wille und die Verpflichtung ist, für ein gemeinsames Ziel zusammenzuarbeiten, man nicht scheitern kann." „Heldenhafte Siege können nur errungen werden von heldenhaften Männern. Gigantische Ziele erfordern gigantische Anstrengungen zu ihrer Erfüllung. Die Tansania-Sambia-Eisenbahn ist solch ein gigantisches Projekt, wofür zukünftige Generationen ihren Architekten immer dankbar sein werden. Sie wird immer ein Meilenstein, ein großer Markstein der chinesisch-afrikanischen Freundschaft bleiben." „Wir in Afrika, wir in der Dritten Welt sind entschlossen, die Bereiche unserer Zusammenarbeit auszuweiten und zu festigen." „Heute sehen wir ein lebendiges Beispiel für diesen unseren Entschluß." In der Tansania-Sambia-Eisenbahn hat man einen praktischen Beweis gesehen für afrikanischen Widerstand gegen Imperialismus, Kolonialismus, Faschismus und Rassismus. (Aus: Hsinhua, 16. Juli)

„Eine Waffe der Freiheit, für Sambia, für Tansania, für Zimbabwe, Namibia und Südafrika"

Eine zweite Ansprache hielt Julius Nyerere, der Staatspräsident von Tansania. Er stellte u.a. folgendes fest in seiner Rede:

„Im Juli 1970 wurde das Kreditabkommen (für den Bau der Eisenbahnlinie) unterzeichnet. Die Ankündigung wurde mit einer Mischung von Feindseligkeit und Unglaube aufgenommen. Die Feindseligkeit stammte von denjenigen, die die wirtschaftliche Unterordnung Sambias und Tansanias zu verewigen hofften. Der Unglaube entstand auf einer anderen Grundlage. Das Abkommen von 1970 beinhaltete einen Kredit in Höhe von 988 Millionen Yuan für die Gesamtkosten dieses Projektes, mitsamt den Import- und örtlichen Kosten. Somit war dies kein Mechanismus zur Finanzierung von Importen und Technikern aus China. Es war ein Kredit zum Bau einer Eisenbahnlinie für die Zwecke Sambias und Tansanias.

Zweitens handelte es sich um einen zinsfreien Kredit, wobei die Rückzahlung erst 1983 anlaufen wird; und drittens sollten die aus China kommenden Techniker und Fachleute auf dem gleichen Niveau leben wie ihre afrikanischen Mitarbeiter. Freunde, Afrika war und ist es immer noch nicht gewöhnt, Unterstützung zu solchen Bedingungen zu erhalten. Dennoch waren weder verborgene Kosten noch geheime Verpflichtungen an diese Hilfe geknüpft. Wir können jetzt aus Erfahrung, nicht aus Stolz sagen: Kein einziges Mal hat die chinesische Regierung den Versuch unternommen, sich in die politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen Tansanias und Sambias einzumischen.

Zwischen unseren Ländern bestanden gewichtige Meinungsunterschiede über internationale Angelegenheiten, es wurde jedoch niemals angedeutet, daß wir China verpflichtet (seien) und uns entsprechend verhalten sollten. Endlos wurde ich durch ungebetene Warnungen und Ratschläge über die Gefahr einer Annahme chinesischer Zusammenarbeit belästigt. Als es selbst den übelsten Verleumdern Chinas und den größten Feinden der afrikanischen Freiheit eindeutig klar wurde, daß China in Afrika keine imperialistischen Ziele verfolgte, wurde eine weitere Frage erhoben. Diese Frage lautete: Warum ist China, ein Land der Dritten Welt, so korrekt und großzügig in seinen Geschäften mit den Armen?

Meine Erwiderung auf dieses unformulierte Mißtrauen Chinas gegenüber lautet: Fragt die Führer der superreichen Länder, weshalb sie häufig so arrogant und gemein bei ihren Geschäften mit den Nationen der Dritten Welt sind. Herr Vizeministerpräsident, im Namen des Volkes, der Partei und der Regierung Tansanias bezichtige ich diese Einschmeichelung der Reichen der Lüge, bezeuge die Tatsachen unserer Erfahrung und gebe unserem tiefen Dank Ausdruck. (. . .)

Die chinesischen Arbeiter haben gearbeitet und während ihrer Arbeit Unterweisungen gegeben. Sie haben gelehrt und gearbeitet, während sie lehrten. Wenn sie wieder gehen, lassen sie eine Erbschaft an Fachwissen und die Eisenbahnlinie selbst zurück. Es wurde eine großartige Arbeitsleistung vollbracht.

Wir sind jedoch glücklich, daß auf unsere eigene Bitte hin ungefähr 1 000 chinesische Arbeiter noch etwas länger hier bleiben werden, um mit uns zu arbeiten, während wir mehr Erfahrungen sammeln, und um uns während ihrer Arbeit zu unterweisen. Wir müssen noch weiterlernen. Diese Eisenbahnlinie ist zu wichtig für uns, als daß wir in die Gefahren eines übergroßen Vertrauens geraten dürften. (. . .)

Diese Eisenbahnlinie, deren Fertigstellung wir heute feiern, steht in einer gewissen Verbindung mit dem Befreiungskampf in Südafrika. Es ist eine Waffe der Freiheit, für Sambia, für Tansania und daher auch für Zimbabwe, Namibia und Südafrika. Wir müssen sie mit unseren Leben und mit unserer harten, hingebungsvollen und disziplinierten Arbeit bewachen. Das chinesische Volk hat diese Eisenbahnlinie ermöglicht. Auf diese Weise wie auf vielen anderen Wegen hat es einen Beitrag zu unserem Freiheitskampf geleistet. Nun liegt es an uns, den Völkern Sambias und Tansanias, die Waffe, die uns ausgehändigt wurde, zu hüten und zu nutzen und sie für die Befreiung einzusetzen. Ich danke Ihnen allen."

(Nach einem Bericht von Radio Daressalam)

Der Überfall auf Entebbe ist Teil eines imperialistischen Plans gegen Uganda

Fortsetzung der imperialistischen Aggression gegen Uganda

Der Überfall Israels auf den Flughafen von Entebbe wurde von den westeuropäischen Mächten und der imperialistischen Supermacht USA von vorneherein mitgeplant und unterstützt, weil er direkt in ihre Aggressionspläne gegen die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten paßt.

Die Ereignisse seitdem lassen klar erkennen, daß sie von vorneherein mehr vorhatten als die Geiselbefreiung. Dabei setzen sie auf die Herstellung von Feindschaft zwischen Kenia und Uganda, die sie systematisch fördern. Schon der Überfall selbst war darauf angelegt, indem die israelischen Flugzeuge in Kenia auftankten, ohne Einwilligung der kenianischen Regierung, und mit dem Ziel, die Spannungen zu schüren.

Die Imperialisten versuchen, Widersprüche zwischen den afrikanischen Staaten zu schüren

Jetzt haben die amerikanischen und europäischen Konzerne in Kenia einen Wirtschaftsboykott durchgesetzt, indem sie die Ausfuhr von für Uganda lebenswichtigen Gütern, vor allem Mineralöl und Benzin, verweigern. Unmittelbar nach dem Überfall auf Entebbe landeten in dem Flughafen von Nairobi, Embakasi, zwei US-Marineflugzeuge, und im Hafen von Mombasa lief der amerikanische Zerstörer „Donald B. Beary" ein – zu einem Routinebesuch, wie es hieß. Ihm folgte ein Flugzeugträger mit vier Begleitbooten (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.7.). Die ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft der drei Staaten Uganda, Kenia und Tansania ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die Imperialisten wollen Uganda weichkochen und den Sturz des Präsidenten Idi Amin erreichen.

Uganda ist als Resultat der kolonialistischen und imperialistischen Ausbeutung und Abhängigkeit in der Hauptsache vom Kaffeeexport abhängig, um die lebenswichtigen Wirtschaftsgüter im Austausch zu erhalten. Über 50 Prozent des ugandischen Exports ist Kaffee. Während Anfang der 60er Jahre für den Import einer Uhr 7,5 kg Kaffee exportiert werden mußten, mußten im Durchschnitt der Jahre 1971–74 für eine Uhr 14,2 kg Kaffee exportiert werden. Dennoch konnte Uganda noch 1974 einen Exportüberschuß erzielen. Die Einfuhr betrug Güter im Wert von 213 Millionen Dollar, die Ausfuhr von 327 Millionen Dollar. Inzwischen ist es den Imperialisten offensichtlich gelungen, das Verhältnis wieder umzudrehen. Uganda habe keine Devisen (ausländische Währung) mehr und könne die notwendigen Importe nicht mehr zahlen. Das ist die offizielle Begründung des gegenwärtigen Wirtschaftsboykotts.

porte nicht mehr zahlen. Das ist die offizielle Begründung des gegenwärtigen Wirtschaftsboykotts.

Planmäßige imperialistische Pressekampagne gegen Idi Amin

Planmäßig geht die westdeutsche Presse vor, um das imperialistische Vorgehen gegen Uganda mit einer schamlosen Hetzkampagne gegen Idi Amin abzusichern.

Seit dem 30.6. wurde die Intervention gegen Uganda von der westdeutschen Presse systematisch vorbereitet. Auf der Seite 1 berichtet die „Bild"-Zeitung groß aufgemacht über die Flugzeugentführer, auf der letzten eine Meldung: „Keine Seife fürs Volk – aber zwei Flugzeuge für Idi."

Am 2. Juli hatte sich herausgestellt, daß Präsident Amin nicht bereit war, für Zionisten und Imperialisten die Polizei gegen die Palästinenser zu machen, sondern daß er mit den palästinensischen Flugzeugentführern verhandelte und die Regierungen aufforderte, deren Forderungen zu erfüllen. Jetzt heißt es: „Präsident Idi Amin küßt die Terroristen". Vorgeworfen wird ihm: „Amin arbeitet nicht mit ausländischen Anti-Terrortrupps zusammen (wie es bei der überfallenen deutschen Botschaft in Stockholm der Fall war – dort haben Beamte des Bundeskriminalamtes die Schweden unterstützt)." Offenkundig hatte also die Bundesregierung versucht, in Uganda westdeutsche Einheiten offiziell landen zu lassen, um dort selber gegen das palästinensische Kommando Krieg zu führen.

Die „Bild"-Zeitung reichert ihren Bericht über Amin an mit einigen Revolverstories über zerstückelte, geschlagene und betrogene Ehefrauen. Die Tendenz ihres Berichts: „Das Untier Amin ist kein Bestandteil der menschlichen Gesellschaft. Man muß es totschlagen." Und angedeutet wird, daß man sich nicht wundern solle, wenn das demnächst geschehe. „Zwölfmal wollten seine Landsleute ihn schon töten."

Einen Tag später dann: „Seine Frauen trieben tot flußabwärts oder lagen zerstückelt in Kofferräumen. Seine Gefangenen pflegte er mit dicken Hammern erschlagen zu lassen. ... Daß er aber Uganda jetzt zum Stützpunkt des internationalen Terror-Tourismus macht – nimmt die freie Welt das auch noch hin?" Dieser Schrei nach Intervention war am Sonnabend zu lesen, einen Tag vor dem Überfall dann druckt „Bild" die angebliche Frage einer israelischen Zeitung an Amin: „Fürchten Sie, daß Sie wegen dieser Sache ihre Präsidentschaft verlieren könnten?" Am 6. Juli dann eine weitere Meldung über ein angebliches Palästinenser-Kommando, das am Flughafen von Nairobi ein israelisches Passagierflugzeug habe abschießen wollen und von Amin ausgerüstet worden sei. Die Meldung ist offenbar wie so ziemlich alles andere frei erfunden und wird nicht wieder aufgegriffen.

Am 7.7.: „Deutsche Reiseunternehmen haben alle Buchungen nach Uganda gestoppt." Wieder das Anspielen auf innere Unruhen, Aufstände. Einen Tag später dann eine Meldung, die jede äußere Einmischung als

Uganda gestoppt." Wieder das Anspielen auf innere Unruhen, Aufstände. Einen Tag später dann eine Meldung, die jede äußere Einmischung als

Hirngespinst hinstellen soll: „Idi Amin sieht Geisterflugzeuge". Allerdings wieder einen Tag später: „Jets gegen Idi? Die Amerikaner wollen Kenia, das mit Uganda verfeindet ist, 12 Düsenjäger liefern."

Während so an Putsch- und Interventionsvermutungen gearbeitet wird, müssen gleichzeitig die Gründe dafür natürlich verstärkt werden. Am 9.7. die Meldung: „Idis Geheimpolizisten ersticken Geisel". Und am 13.7.: „Amins Geisel an Krokodile verfüttert". Eine Meldung von geringerem Wahrheitsgehalt als wenn man schreiben würde: Helmut Schmidt läßt Ulrike Meinhof in der Zelle ermorden!" Die eine Frau ist zu Tode gebracht worden, zweifelsfrei in einem und durch ein westdeutsches Gefängnis mit Isolationshaft. Ob und wie die andere Frau den Überfall der Israelis auf Uganda überlebt hat, bei dem 20 ugandische Soldaten ermordet worden sind, ist unklar.

Am 12. Juli dann eine erneute frei erfundene Meldung: „Neue Flugzeugentführung geplatzt! Amin wollte 260 Millionen Mark Lösegeld!" Als Quelle wird angegeben: „Tel Aviv", also direkt aus der Gerüchteküche des israelischen Geheimdienstes. Der sorgt gleich darauf noch für eine weitere, in allen Zeitungen nachgedruckte Story: Ein israelischer Psychiater (!) hat sich bereit gefunden zu der Erklärung: „Amin hat Syphilis" und leide unter Wahnsinn. Nachrichtenagenturen und Zeitungen führen Krieg gegen den Mann, gegen Uganda, gegen den Befreiungskampf Afrikas. Da ist jedes Mittel recht.

So schreibt die „Bild"-Zeitung am 19.7.: „Amin will 225 Millionen Lösegeld für den entführten Airbus auf dem Flughafen von Entebbe". Fünf Tage später ist die richtige Meldung nicht mehr zu vermeiden: Ganze 270000 DM hat Uganda sich zahlen lassen für die Versorgung von 265 Geiseln über fast eine Woche. Das sei zu teuer, kreischt die Pressemeute: Verlangt man von Uganda nach der Niedermetzelung von 20 Soldaten, dem niederträchtigen Angriff auf den Flughafen, der Vernichtung seiner Flugzeuge etwa auch noch kostenlose Gastfreundschaft! Am gleichen Tag kann man lesen, daß die Unterbringung einer westdeutschen Jugendgruppe in einem Lager in Montreal teurer kommt.

Ein Putsch soll vorbereitet werden

Die Pressehetze bekommt in den letzten Tagen einen immer eindeutigeren Charakter: Sie bereitet direkt auf einen Putsch und eine militärische Intervention vor. Am 15.7. schrieb die „Bild"-Zeitung noch: Die Israelis hatten zunächst Amin entführen wollen, um ihn dann gegen die Geisel auszutauschen. „Der Plan wurde wieder verworfen: Die Entführung Amins hätte wahrscheinlich zu einem Staatsstreich in Uganda geführt, und das neue Regime wäre kaum an Amin interessiert gewesen." Das war noch ein milder Hinweis.

Seit einigen Tagen werden Putschgerüchte über Uganda selbst verbreitet. Am 22.7. brachte die gesamte Presse einen Bericht über die Meuterei von 2000 ugandischen Soldaten in der Nähe der Hauptstadt. Seitdem war nichts mehr davon zu hören. In die Welt gesetzt hatte die Nachricht die in Kenia erscheinende Zeitung „Daily Nation". Im westdeutschen Fernsehen wurde kürzlich die kenianische Presse als die einzige „freie" in ganz Afrika gepriesen. Sie wird von weißen Journalisten der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien herausgegeben. Das ist eine ähnliche saubere Quelle wie die Kloake einer Villenvorstadt.

Warum dieser wütende Haß, mit dem die bürgerliche Pressemeute den Staatspräsidenten Idi Amin von Uganda verfolgt. Etwas davon läßt die „Bild"-Zeitung selber heraus: Am 2. Juli schrieb sie: „Bauernsohn, Ziegenhirt, Boxmeister und Korporal der englischen Kolonialarmee ... 1966 in Israel als Fallschirmspringer ausgebildet, 1971 durch einen Putsch an die Macht gekommen, schwenkte er nach einem Besuch Libyens vor vier Jahren um: Er warf die Israelis aus dem Land."



Volksbefreiungskämpfer in einem Ausbildungslager der Zimbabwe-Befreiungsarmee in Mozambique. Im Hintergrund einer der Landrover, die mit Hilfe der vom KBW vor eineinhalb Jahre n initiierten Spendensammlung bereitgestellt werden konnten.

Volksbefreiungskämpfer in einem Ausbildungslager der Zimbabwe-Befreiungsarmee in Mozambique. Im Hintergrund einer der Landrover, die mit Hilfe der vom KBW vor eineinhalb Jahre n initiierten Spendensammlung bereitgestellt werden konnten.

Offensive der Volksbefreiungskräfte auf Osttimor

Die FRETILIN, die Nationale Befreiungsfront von Osttimor, hat über ihren Rundfunksender in Maubeere, einem Ort in den befreiten Gebieten, mitgeteilt, daß die Volksbefreiungsstreitkräfte in der ersten Juliwoche 380 Soldaten der indonesischen Besatzungsarmee ausgeschaltet haben. Die eigenen Verluste in den Kämpfen mit den indonesischen Truppen wurden mit 36 angegeben. Dabei ist es den Volksbefreiungsstreitkräften gelungen, ein Dorf in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Dili zurückzuerobern. Weiter wurde mitgeteilt: Die FRETILIN kontrolliert heute 84 Prozent des Gebietes von Osttimor. Die indonesischen Aggressoren halten nur die Hauptstadt Dili und eine weitere Küstenstadt besetzt. Über den Fortgang des Befreiungskampfes informiert Radio Maubeere dreimal wöchentlich in seinen Sendungen, die in Australien in der Stadt Darwin aufgefangen werden, wo sich viele Bewohner Osttimors nach ihrer Flucht vor der indonesischen Aggression aufhalten. Dort hat der Vertreter der FRETILIN in Mozambique, Roque Rodrigues, erklärt, daß die vollständige Vertreibung der indonesischen Invasoren nur eine Frage der Zeit sei. Rodrigues führt derzeit eine Informationstournee in Australien durch: „Wir waren in der Devensive", führte er vor der Presse bei seiner Ankunft in Sydney aus, „wir gehen jetzt zum Angriff über. Monatlich töten wir wenigstens tausend Feinde. Und wir erobern Waffen und Munition." (aus der algerischen Zeitung El Moudjahid, 10.7.)

Der sudanesische Präsident enthüllt die Teilnahme einer Großmacht an dem Militärputsch

„Eine Großmacht war direkt oder indirekt beteiligt" an der Verschwörung am 2. Juli, die sudanesische Regierung gewaltsam zu stürzen, erklärte Präsident Gaafar Mohamed Numeiri in einer Rundfunkansprache an die Nation am Abend des 12. Juli nach einem Bericht der sudanesischen Nachrichtenagentur. Er erklärte, „die törichte ausländische Invasion ist nicht nur darauf gerichtet, die sudanesische Sicherheit zu unterminieren, sondern auch die Sicherheit der Region. Sie zielt darauf ab, Ägypten vom Süden zu trennen durch Installieren eines Marionettenregimes im Sudan ..." (aus: Hsinhua, 22.7.)

Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Erfolgreicher Auftakt der Rundreise mit einer Delegation der ZANU

Heidelberg. 850 Menschen nahmen auf Einladung der Ortsgruppe des KBW an der ersten einer Reihe von 13 Solidaritätsveranstaltungen mit dem Befreiungskampf in Zimbabwe teil. Mit herzlichem und langanhaltendem Beifall begrüßten die Versammelten die Vertreter der ZANU, den Genossen R. Chiwara, Vertreter der ZANU für Europa, und den Genossen Chidoda, Vertreter der ZANU in Kanada, sowie den Genossen Schmierer, Sekretär des KBW. Der Genosse Chiwara schilderte unter anderem die großen Fortschritte, die der bewaffnete Befreiungskampf seit der Zusammenfassung aller bewaffneten Kräfte unter ein einheitliches militärisches Oberkommando gemacht hat. Mit über 4000 DM, die auf der Veranstaltung gesammelt wurden, und weiteren 4956 DM, 254 Uhren, mehreren Radios, Fotoapparaten, Plattenspielern und Tonbandgeräten hat die Heidelberger Bevölkerung zur materiellen Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe beigetragen.

ZANU-Kleidersammlung

Neue Anschrift für Sammelstelle der Kleider und Geräte:
Ortsbüro des KBW
Gröpelinger Heerstraße 261
2800 Bremen

ZANU-Delegation in Darmstadt

Darmstadt. Erfolgreiche Veranstaltung mit dem Genossen Rex Chiwara und dem Genossen A.H. Chidoda. Die Veranstaltung wurde von 250 besucht. Sie wurde eröffnet durch Ausführungen über den Befreiungskampf in Zimbabwe. Die Ortsgruppe Darmstadt gab das Ergebnis der bisherigen Spendensammlung von 2500 DM bekannt. Die Sammlung im Saal erbrachte 1818 DM und die Ortsgruppe Bensheim übergab 210 DM. Der Genosse Chidoda sagte abschließend folgendes zum Verlauf der Veranstaltung: „Dies ist eine wunderbare Demonstration für den proletarischen Internationalismus. Dies ist der proletarische Internationalismus, der auf jeden Fall den internationalen Imperialismus schlagen wird. Mit dieser Solidarität, wie sie hier demonstriert wird, wird das Volk von Zimbabwe unter der Führung der ZANU siegen."

Neuss. Am 17.7. fand auf Initiative der Sympathisantengruppe des KBW ein Fußballturnier zur Unterstützung der ZANU statt. Über 100 Menschen nahmen daran teil. Durch Solidaritätsspenden und den Verkauf von Getränken und Essen wurden fast 600 DM eingenommen.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



Kontostand am 26.7.1976
79067,72 DM

ZANU-Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Kto Nr.: 106 83 26



Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Kampf zweier Linien in Chinas Hochschulen

Studenten müssen einfache Werktätige bleiben

Schenyang. In der nordöstlichen Provinz Chinas, Liaoning, nicht weit von der Grenze nach Korea, liegt die Stadt Schenyang. Hier hatte ich im Institut für Maschinenbau und Elektrotechnik die Gelegenheit, mit den Verfassern von zwei in ganz China bekanntgewordenen Wandzeitungen zu sprechen. Die erste Wandzeitung, die Ende letzten Jahres geschrieben wurde, war revisionistisch. Die zweite, verfaßt in diesem Jahr während des Aufschwungs der Kulturrevolution in der Bewegung gegen die Linie Deng Hsiao-pings, war eine revolutionäre Antwort auf die erste. Die Auseinandersetzung betrifft den Charakter der Erziehungsrevolution und gibt Aufschluß über den schwierigen und windungsreichen Verlauf des Linienkampfes im Sozialismus.

Das 1958 gegründete Institut befindet sich etwas außerhalb des Zentrums von Schenyang. Durch hohe Korridore gelangt der Besucher in den Empfangsraum. Mit einfachen Sätzen stellen der etwa 50jährige Vizeleiter des Instituts und andere verantwortliche Genossen die Situation des Instituts dar und beantworten bei der Besichtigung der Unterrichtsräume und Institutsfabriken die Fragen.

Unterricht, Produktion und Forschung werden unmittelbar miteinander verbunden

Dabei weisen die Genossen immer wieder auf die verschiedene Lage vor der Kulturrevolution und heute hin. Vor der Kulturrevolution wurden jährlich 300 Studenten aufgenommen und es gab damals knapp 600 Lehr- und Institutsangestellte. Heute werden im Jahr 700 bis 1000 Studenten aufgenommen, gegenwärtig studieren insgesamt 3000 an diesem Institut, und es sind 1500 Lehrer und Institutsangestellte tätig.

Vor der Kulturrevolution hatte das Institut drei Fakultäten, heute sind es elf. Damals betrieb die Schule eine Fabrik mit drei Werkstätten, heute zehn Fabriken mehr. Die Institutsangehörigen stellen in den Fabriken 18 verschiedene Produkte her, 14 davon sind in den Staatsplan aufgenommen.

Das Studium dauert drei Jahre. Die Studenten haben sämtlich mehrere Jahre praktische Produktionsarbeit auf dem Land oder in den Fabriken hinter sich und sind von den Arbeitern und Bauern zum Besuch der Hochschule ausgewählt. Vorbedingungen für die Auswahl sind längere praktische Produktionserfahrungen, der Kandidat muß ein revolutionäres Bewußtsein haben, er muß bei seiner Arbeit unter Beweis gestellt haben, daß er sich mit den Massen verbunden fühlt und er muß die Mittelschule abgeschlossen haben.

Aufnahmeprüfungen gibt es seit einigen Jahren nicht mehr.

Jedes Jahr gehen die Studenten für zwei Wochen aufs Land, um die Bauern bei der Arbeit zu unterstützen, mit ihnen auf einfache Weise zu leben und von ihnen den Geist des harten Arbeitens zu lernen.

Im ersten Studienjahr arbeiten die Studenten etwa 40 Prozent der Zeit in den Fabriken des Instituts und 60 Prozent haben sie theoretischen Unterricht. Im zweiten Jahr und in den ersten sechs Monaten des dritten Jahres bilden Schule und Fabriken gemeinsam die Studenten aus. Das letzte Halbjahr ist Praktikum. So werden Unterricht, Produktion und Forschung unmittelbar miteinander verbunden.

In den sich neben der Schule befindenden Fabrikhallen stellen Studenten, Lehrer und Arbeiter beispielsweise Präzisionsfräsen, Elektromotoren, Siebmaschinen, Elektromaschinen und Rundfunkgeräte her. 500 Arbeiter sind in den Fabriken angestellt. Sie arbeiten immer dort, leiten die Studenten politisch und bei der Produktion an und lehren sie.

„Gibt es an dieser Schule noch Abschlußprüfungen?" frage ich den Genossen vom Revolutionskomitee. „Nein", antwortet er, „den Abschluß bildet das Praktikum, und es wird kollektiv eine konkrete Projektaufgabe erfüllt. Solche Projekte werden erstellt von einer Dreierverbindung, die aus Arbeitern, Studenten und Lehrern besteht. Früher gab es Abschlußprüfungen und Noten, aber was nutzen Noten für die Praxis? Mit unseren Projekten unterstützen wir praktisch den Aufbau des Sozialismus, denn sie nutzen der Industrie."

Das Revolutionskomitee des Instituts, das heißt die Institutsleitung, hat derzeit zwanzig Mitglieder:

2 Arbeiter aus den Institutsfabriken,
3 Arbeiter aus der Arbeiterpropagandagruppe am Institut,
3 Lehrer,
12 Kader aus der Institutsverwaltung.

Studentische Vertreter gibt es gegenwärtig nicht in der Leitung, da die letzten gerade kürzlich das Studium abgeschlossen haben und noch nicht ersetzt worden sind.

Die Leiter werden ausnahmslos von den Massen gewählt und nicht von höheren Organen ernannt.

Kein „Gleichheitszeichen" zwischen Hochschülern und einfachen Arbeitern und Bauern?

Der stellvertretende Leiter des Revolutionskomitees bezeichnet die Situation im letzten Jahr, als in dem Institut eine von sieben Studenten verfaßte Wandzeitung mit dem Titel „Wir wollen nicht nur einfache Werktätige sein!" aufgehängt wurde, folgendermaßen: „Die Lage der Erziehungsrevolution ist sehr gut. Aber es herrschte im Erziehungswesen ein übler Wind. In der Gesellschaft waren falsche Ideen verbreitet, und auch an dieser Schule wurde die revolutionäre Richtung in der Ausbildung verfälscht. Dabei drehte es sich um Widerstand gegen die Große Proletarische Kulturrevolution, und angeführt wurde dies von Deng Hsiao-ping. Wir sagen, die Aufgabe der Schule ist es, Werktätige auszubilden. Die Agenten von Deng aber sagten: ‚Wenn die Schule nur Werktätige ausbildet, wozu soll sie dann gut sein?' Die Masse der Studenten, der Arbeiter, Bauern und Soldaten ließen sich aber von diesem Unsinn nicht beeindrucken."

Der vielleicht 26jährige Student Ma Hsiao-ming war einer der verantwortlichen Verfasser der ersten Wandzeitung. Er berichtet über den Text, der bei der Veröffentlichung am Institut für Maschinenbau und Elektrotechnik und in anderen Schulen der Provinz Liaoning und in anderen



Hochschulabsolventen aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten stellen die Forderung auf, in die „schweren Gebiete" gehen zu dürfen.

Provinzen große Unruhe hervorrief.

Die entscheidende Parole der Arbeiter damals war: Der Student muß nach dem Hochschulabschluß einfacher Arbeiter bleiben! Der Kernsatz in der Wandzeitung jedoch lautete: „Wir machen kein Gleichheitszeichen zwischen Hochschulabsolventen der Arbeiter, Bauern und Soldaten auf der einen Seite und einfachen Arbeitern, Bauern und Soldaten auf der anderen Seite."

Der Text enthielt drei Hauptpunkte:

1. In den drei Studienjahren erhöht sich das Bewußtsein der Studenten. Das bedeutet, daß sie *nach dem Studium mehr für den Sozialismus beitragen müssen als die einfachen Arbeiter, Bauern und Soldaten.*

2. Die Hochschule muß die Studenten sehr gut in der Technik ausbilden, damit sie auf diesem Gebiet beste Leistungen vollbringen. So wird den Bedürfnissen des sozialistischen Staates entsprochen, und es brauchen keine ausländischen Experten ins Land geholt zu werden.

3. Die Studenten haben die Aufgabe, gut zu studieren, die Hochschule gut zu verwalten und sie gut umzugestalten.

Ma Hsia-ming erläutert: „Es gab am Institut viele Reaktionen auf diese Wandzeitung und es wurde eine Debatte darüber entfaltet, wie die sozialistische Hochschule organisiert werden muß. Es herrschte anfangs viel Unklarheit, und um Klarheit zu gewinnen, studierten wir bestimmte Schriften des Vorsitzenden Mao und von Marx und Lenin. Wir diskutierten über unsere Fragen mit Arbeitern und Bauern ..."

„Euer Studium steigt euch zu Kopf!"

„Wie habt ihr mit den Arbeitern und Bauern gesprochen, kamen sie hierher an die Schule?", unterbreche ich.

„Wir gingen mit unseren Wandzeitungen in bestimmte Dörfer und Fabriken. Auch erhielten wir viele Briefe aus anderen Einheiten, die teilweise für, teilweise gegen die erste Wandzeitung waren. Die Arbeiter und Bauern sagten: ‚Nach der Beendigung des Studiums wollt ihr kein Gleichheitszeichen mehr zwischen euch und uns machen, ihr wollt nicht mehr uns gleich sein. Euer Studium steigt euch zu Kopf! Die Studenten, die uns nicht gleich sein wollen, sind nicht das, was wir an der Hochschule ausgebildet haben wollen.'"

Die Erklärungen der Arbeiter und Bauern in tagelangen und wochenlangen Diskussionen ließen die Studenten konkreter als früher erkennen, daß „in China der Hauptwiderspruch nach wie vor der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Eben dieser Widerspruch äußerte sich auch an unserer Schule. Die junge Generation der Werktätigen muß ausgebildet werden, nicht nur, damit wir Techniker haben, sondern um Fortsetzer der Revolution zu haben, die die Farbe nicht ändern. Sonst kann der Sozialismus nicht aufgebaut werden. In den 17 Jahren vor der Kulturrevolution wurden sogenannte ‚rote Experten' und ‚rote Ingenieure' ausgebildet, die nicht den Arbeitern und Bauern dienten, sondern für sich persönliche Verdienste sammeln wollten. Sie blieben intellektuelle Aristokraten. Hätten solche Leute die Macht, sie würden unser Land zum Kapitalismus führen. Wir müssen Revolutionäre ausbilden, die mit der Hand und mit dem Kopf arbeiten, Arbeiter und Bauern, die gegen den Revisionismus und für die Festigung der Diktatur des Proletariats kämpfen und den Aufbau des Sozialismus voranbringen wollen."

Der Fehler der Wandzeitung war, daß „der Schwerpunkt auf die Kultur gelegt wurde und nicht vom Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgegangen worden war". Eindeutig war der Klassenkampf nicht beachtet worden, und die Politik hatte nicht den Vorrang.

Gegenwandzeitung

Die Mehrheit der Studenten des Instituts für Maschinenbau und Elektrotechnik war gegen die erste Wandzeitung. Zwölf Studenten schrieben eine Gegenwandzeitung mit dem Titel: „Was bedeutet die Parole: ‚Wir wollen nicht nur einfache Werktätige sein!'?"

In unserer Diskussion sagt einer von ihnen, der etwas älter zu sein scheint als Genosse Ma: „Wenn ich vor der Kulturrevolution eine Wandzeitung wie die erste gelesen hätte, glaube ich, wäre ich damit einverstanden gewesen. Denn damals standen die Schulen unter der Herrschaft der revisionistischen Linie. Die Studenten damals dachten hauptsächlich daran, Ingenieure und Techniker zu werden. Wir denken heute, daß die Arbeiter und Bauern uns auf die Hochschule schicken, und daher müssen wir auf der gleichen Ebene sein wie die einfachen Arbeiter und Bauern. In unserer sozialistischen Gesellschaft ist noch bürgerliches Recht vorhanden. Um dieses und die großen Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit, Stadt und Land, Arbeitern und Bauern zu beseitigen, müssen wir unsere Beiträge leisten, sonst sind wir nichts anderes als Aristokraten, Herren auf dem Rücken der Massen. Deshalb darf nicht von der Kultur ausgegangen werden, sondern wir müssen unter der richtigen politischen Linie härter arbeiten, uns mehr Wissen aneignen und größere Leistungen vollbringen."

In der zweiten Wandzeitung heißt es, daß die These von der Überlegenheit der Hochschulabsolventen gegenüber den einfachen Arbeitern und Bauern revisionistischer Unsinn ist, denn: „Die Erfahrungen der einfachen Arbeiter und Bauern sind reicher als die der Studenten." Weiter: „Wenn man sagt, ‚Wir machen kein Gleichheitszeichen zwischen Hochschulabsolventen der Arbeiter, Bauern und Soldaten auf der einen Seite und einfachen Arbeitern, Bauern und Soldaten auf der anderen Seite', dann meint man, der Beitrag der Hochschulabsolventen der Arbeiter, Bauern und Soldaten sei größer als der der einfachen Arbeiter. Man wird dann nicht bereit sein, sich als einfacher Arbeiter zu fühlen."

Agenten Deng Hsiao-pings versuchten, die Diskussion um die zwei Wandzeitungen zu unterbinden. Denn das Bestreben dieser Leute war es, die Intellektuellen von den Massen der Arbeiter und Bauern zu trennen, um auf diese Weise vom Sozialismus wegzukommen und nach und nach den Kapitalismus zu restaurieren.

Einheit auf der richtigen Linie

Durch politisches Studium und die Diskussionen gelangten die Massen am Institut zu theoretischer Klarheit auf der proletarischen Linie und vereinigten sich im Kampf gegen Deng Hsiao-pings Linie.

Genosse Ma: „Im Verlauf der Auseinandersetzung, der Diskussion und des Studiums stellten wir fest, daß in der Hochschule sehr wohl Techniker ausgebildet werden müssen, aber so, daß sie ein hohes Bewußtsein über den Klassenkampf und den Sozialismus erlangen. Es müssen einfache Arbeiter ausgebildet werden, die dann noch besser für den Aufbau des Sozialismus arbeiten und die Partei unterstützen können. An dieser Linie müssen wir festhalten, andernfalls entwickeln die Hochschulabsolventen Aristokratenbewußtsein und betrachten ihr Wissen als privates Kapital. Wir müssen danach streben, immer dem Volk zu dienen und uns dafür die Berufskenntnisse aneignen."

Hätten die Autoren der ersten Wandzeitung persönlich angegriffen werden sollen? Nein, denn es betrifft nicht nur die sieben Genossen, ihre ursprüngliche Position war Ausdruck einer in der Gesellschaft vorhandenen Strömung, hervorgerufen durch den im Sozialismus noch bestehenden Klassenkampf und den Einfluß des Revisionismus.

Aus diesem Grund sagte der Leiter des Revolutionskomitees zu den sieben: „Ihr beteiligt euch an der Revolution im Erziehungswesen. Das ist gut. Aber euer Standpunkt ist irrig. Man muß an der Wahrheit festhalten und die Linie korrigieren. Hebt während der Debatte euer Bewußtsein! Ihr habt die Wandzeitung geschrieben und das hat Reaktionen hervorgerufen. Damit habt ihr beigetragen zur Revolution im Erziehungswesen."

Die insgesamt 19 Verfasser der zwei Wandzeitungen schrieben gemeinsam im März eine dritte Wandzeitung zur Kritik am Revisionismus und an Deng Hsiao-ping. Über die Entwicklung der Kämpfe am Institut für Maschinenbau und Elektrotechnik wurde in der chinesischen Volkszeitung berichtet, die Wandzeitungstexte wurden veröffentlicht.

12 von den 19 Verfassern werden im Oktober dieses Jahres das Studium abschließen. Einer von ihnen sagt mit großer Bestimmtheit: „Wir haben aktiv gefordert, aufs Land gehen zu können, dorthin, wo die schwersten Bedingungen sind, um als einfache Arbeiter und Bauern zu arbeiten. Wir werden sein wie sie und leben wie sie. Wir werden unsere Kenntnisse anwenden für den Aufbau des Sozialismus und wir werden alles tun dafür, daß der Kommunismus so bald wie möglich herbeigeführt wird."

Selbstkritisch betont der Vizeleiter des Revolutionskomitees: „Man kann durch die erste Wandzeitung sehen, daß unsere ideologische Arbeit, die ideologische Arbeit der leitenden Kader, nicht genügend ist, und das sagt etwas aus über die Schwächen der Leitung. Geschrieben wurde die Wandzeitung von Studenten, aber verantwortlich sind wir, die Leitung. In der Debatte muß auch das Bewußtsein der Kader gehoben werden."

Bereit und fähig, den Revisionismus niederzuschlagen

Die Debatte über den richtigen Charakter der Ausbildung am Institut für Maschinenbau und Elektrotechnik, in Schenyang geht weiter. Warum? Weil diese Frage ununterbrochen von entscheidender Bedeutung ist für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats in China, weil die sozialistische Gesellschaft sich immer weiter entwickelt und diese Frage daher immer tiefgehende Antworten verlangt und weil der Kampf zwischen den zwei Linien unter neuen Formen wieder auftauchen wird.

Das Beispiel des Linienkampfes am Schenyanger Institut läßt erkennen, wie kompliziert sich der Klassenkampf im Überbau der sozialistischen Gesellschaft entwickelt und wie notwendig es ist, daß das Proletariat seine Führung im Ausbildungswesen behauptet. Die Autoren der ersten Wandzeitung waren natürlich keine Rechten, sie waren Jugendliche, die aufgrund ihrer guten politischen Haltung von den Arbeitern und Bauern für den Besuch der Hochschule ausgewählt worden waren. Sie korrigierten ihre falschen Ansichten durch die überzeugenden Argumente der Arbeiter und Bauern und durch das Studium des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen. Die Einheit unter den Arbeitern, Studenten, Lehrern und Kadern am Institut, die heute enger ist als früher, wurde herbeigeführt dadurch, daß die Parteileitung die Massen mobilisierte und die Debatte nicht unterdrückte, sondern förderte mit dem Ziel der Vereinigung der Massen auf der revolutionären proletarischen Linie. Diese Debatte war notwendig, und sie trägt im Ergebnis bei zur Stärkung der Diktatur des Proletariats.

Diskussionen mit chinesischen Arbeiter-, Bauern-, Soldaten-Studenten sind für ausländische Genossen eine ermutigende Sache. Diese Studenten verfügen über ein hohes politisches Bewußtsein, wenn sie Irrtümer feststellen oder selbst welche begehen, scheuen sie sich nicht vor Kritik und Selbstkritik, sie haben offene Gesichter und in klarer Sprache benennen sie die Probleme des Klassenkampfes an der Hochschule und in der Gesellschaft, sie sind fest entschlossen, nach dem Studium nicht das Leben einer reichen Minderheit in den Städten zu führen, sondern aufs Land, in die „harten Gebiete" zu gehen und die Volksmassen mit ihrem Wissen zu unterstützen.

Das sind nicht die Intellektuellen von früher, die im Bündnis mit den herrschenden Klassen das Blut des Volkes aussaugten, sondern die heutigen Studenten sind unmittelbar verbunden mit den Arbeitern und Bauern, und sie studieren, um nützliche Arbeit für die Weiterführung der Revolution und den Aufbau des Sozialismus zu leisten. Wenn du sie kennst, zweifelst du nicht daran, daß sie bereit und fähig sind, den Revisionismus niederzuschlagen, in welcher Form er auch erscheinen mag. – (Uwe Kräuter, z.Z. Schenyang)

Das Eisen- und Stahlkombinat in Peking

Wie ein kolonialer Betrieb Chinas umgestaltet wurde

von Dschu Kang

Tagtäglich fahren Güterzüge und LKW's vom Eisen- und Stahlkombinat der Hauptstadt nach verschiedenen Provinzen und Städten des Landes, voll beladen mit allen möglichen von Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung und wissenschaftlicher Forschung benötigten Stahlprodukten.

Diese Erzeugnisse umfassen mehr als 10 000 Typen und Arten, darunter hauchdünne Stahlbänder und Stahldrähte, die feiner als ein Haar sind.

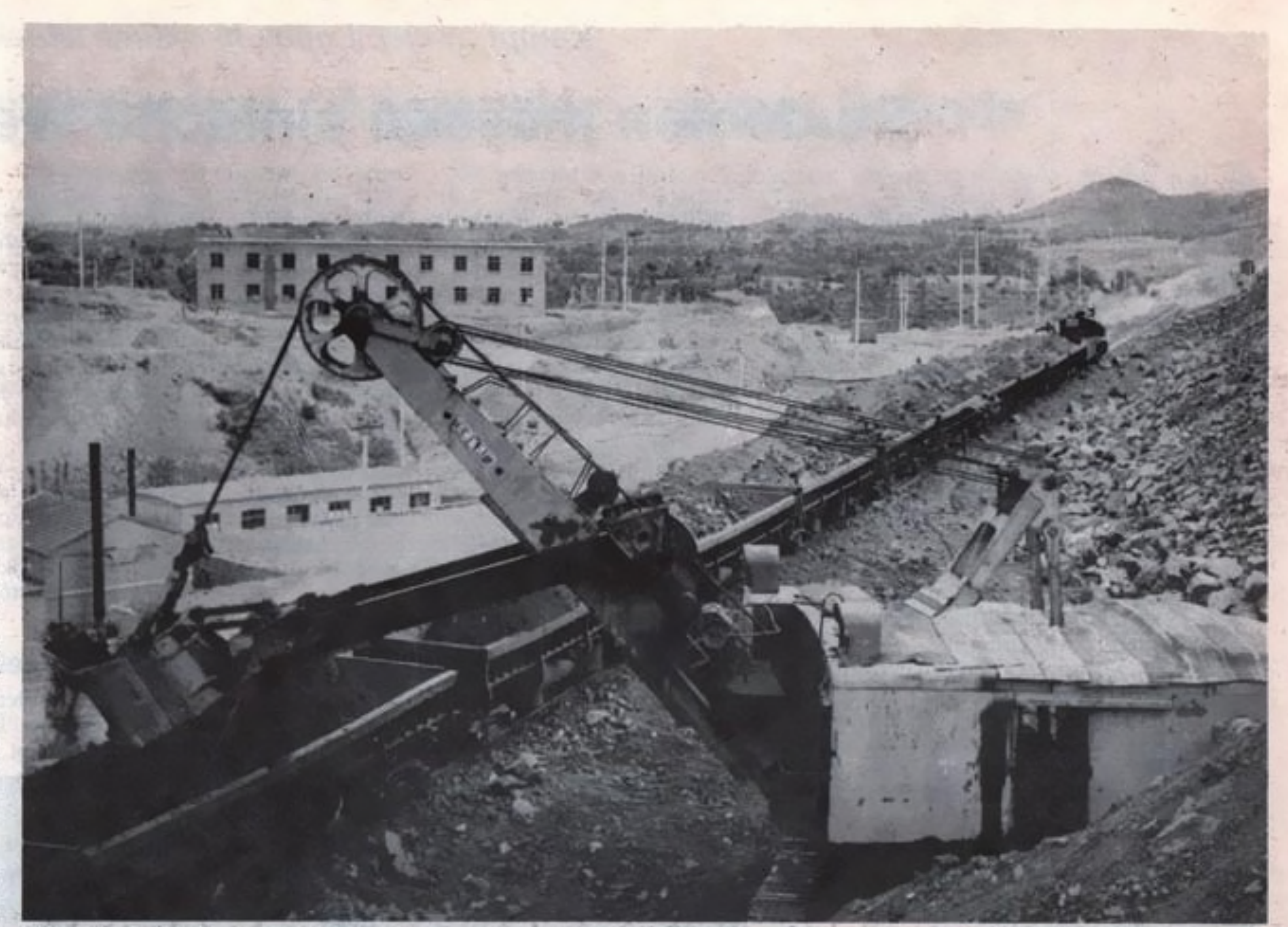
Das Eisen- und Stahlkombinat der Hauptstadt liegt am Fuß des Berges Schidjinschan in einem westlichen Vorort Pekings. Als ein großes Hüt- [illegible] sozialistischen volkseigenen Betrieb verwandelt.

Die Arbeiter des Werkes, die in der alten Gesellschaft furchtbar unter der gräßlichen Ausbeutung und Unterdrückung gelitten hatten, wurden Herren des Landes und des Betriebes. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas machten sie alle Anstrengungen, um die Produktion rasch wieder aufzunehmen. Sie reparierten die zerstörten Anlagen und sprengten das in den Hochöfen erstarrte Eisen. Schließlich brachten sie es fertig, schon im Jahre 1952 um 20 Prozent mehr Roheisen als in den zehn Jahren vor der Befreiung zu produzieren.

Nach Wiederaufnahme der Produktion riefen die Arbeiter und Angestellten des Hüttenwerkes gemäß der Richtlinie der „Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft" eine Massenkampagne für technische Neuerungen ins Leben. Sie ersetzten die alten Anlagen Schritt für Schritt durch neue und nahmen den umfangreichen Ausbau des Werkes in Angriff. In den letzten mehr als 20 Jahren wurde das Eisen- und Stahlkombinat der Hauptstadt gründlich umgestaltet. Auf dem einst völlig verwahrlosten Areal ist nach und nach ein großer moderner Betrieb entstanden, dessen Werkhallen sich über mehrere Kilometer hin erstrecken.

Das hier produzierte Roheisen wird zum Teil an die Traktorenfabriken und Fabriken für Agrargeräte verschiedener Städte geliefert, zum Teil im Stahlwerk nach dem LD-Verfahren zu [illegible] weither transportieren als arme Erze in der Nähe erschließen" wollten, stillgelegt worden. 1969 begann man mit dem Wiederaufbau dieses Bergwerkes. Nach drei Jahren harter Arbeit konnten in einem Umfang von 50 Kilometern ein großes modernes Tagebauwerk und eine Erzaufbereitungsanlage errichtet und in Betrieb gesetzt werden. Das Bergwerk liegt nur 300 Kilometer vom Eisen- und Stahlkombinat der Hauptstadt entfernt und ist durch eine eigens aufgebaute Eisenbahnlinie mit diesem verbunden.

Heute wird das Kombinat reichlich mit Eisenerz, dessen chemische Zusammensetzung konstant ist, versorgt. Die technischen und ökonomischen Produktionsnormen werden immer besser erfüllt. Die Benutzungsrate der Hochöfen erhöht sich ständig, ebenso die Roheisenproduktion. Der Koksverbrauch und die Produktionskosten für die Stahlerzeugung sinken.



Eisenerz des Tjiänan-Bergwerks wird auf einen Zug geladen, der es zum Eisen- und Stahlkombinat nach Peking bringt